



M
G
F
F
I

Kommunales Management für Familien. Strategien und Konzepte für eine zukunftsorientierte Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen.



Herausgeber

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
www.mgffi.nrw.de

Ansprechpartnerin

Referat Kommunale Familienpolitik, Allgemeine Fragen der
Familien- und Lebensformen
Eva-Marie Frings
eva-marie.frings@mgffi.nrw.de

Gestaltung und Redaktion

Städte-Netzwerk NRW e.V., Birgit Frey
unter Mitarbeit von Birthe Kiffer

Fotos

Karin Heßmann, ZENTRUM Studio für Fotografie, Dortmund

Druck Bresser OHG, Unna

© 2007/MGFFI 1045

Die Druckfassung kann bestellt werden:

- im Internet: www.mgffi.nrw.de/publikationen
- telefonisch: 01803-100110 (C@ll-NRW, 9 Cent/Min*)

* aus dem Festnetz der Deutschen Telekom AG

Bitte die Veröffentlichungsnummer 1045 angeben.

Kommunales Management für Familien.

Strategien und Konzepte für eine zukunftsorientierte Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen.

Kongress vom 22. und 23. Januar 2007. Dokumentation

Kommunales Management für Familien

Eine kurze Einführung

Familienpolitik erfährt zurzeit eine neue Wertigkeit. Ob sie aber funktioniert, entscheidet sich vor allem auf der Ebene der Gemeinden, Städte und Landkreise, denn hier spielt sich das Leben ab. Mit Unterstützung der Landesregierung soll Familienpolitik strategisch noch besser in der kommunalen Politik verankert werden.

Um dies zu erreichen hat das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration mit dem Landesprojekt *Kommunales Management für Familien – Komma, FF* verschiedene Bausteine gefördert, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Dazu gehören eine EDV-gestützte kommunale Familienberichterstattung, eine Strategie für kommunales Management für Familien als experimentelle Verwaltungsreform und Qualifizierungskurse zum kommunalen Familienmanager.

Außerdem hat das Familienministerium die Studie *Familienpolitik im internationalen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der lokalen und regionalen Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden, Dänemark und Polen* in Auftrag gegeben, um den Austausch von familienpolitischen Strategien und Instrumenten auch unter den europäischen Nachbarn zu befördern.

Unter dem Titel *Kommunales Management für Familien* veranstaltete das Ministerium gemeinsam mit dem Städte-Netzwerk NRW am 22. und 23. Januar 2007 in Gelsenkirchen einen landesweiten Fachkongress, um die Ergebnisse aus den Landesprojekten einer interessierten Fachöffentlichkeit vor- und zur Diskussion zu stellen. "Geht es den Familien gut, dann geht es dem Land, den Städten und Gemeinden gut", so formulierte Minister Armin Laschet das gemeinsame Bemühen von Kommunen und Landesregierung in seiner Eröffnungsrede auf dem ersten Kongresstag, der im Zeichen des internationalen Austauschs stand.

Im Mittelpunkt des zweiten Kongresstages stand der Austausch über tragfähige Politikkonzepte für die Entwicklung kommunaler 'Familienstrategien', wie sie im Landesmodellprojekt *Komma, FF* erprobt werden konnten. Begleitet wurde der Fachtag von einem landesweiten Projektmarkt, an dem 20 Kommunen aus ganz Nordrhein-Westfalen teilnahmen, um ihre familienfreundlichen Konzepte zu präsentieren.

Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Beiträge, Diskussionen und Praxisbeispiele des Kongresses und gibt auf diese Weise vielfältige Einblicke in familienpolitische Strategien und Instrumente sowohl auf internationaler als auch auf kommunaler Ebene.

Kommunales Management für Familien. Eine kurze Einführung 2

Inhaltsverzeichnis. 3

Teil 1: Das Strategiesymposium 4

Vision Familie. Werte und Leitbilder einer familienfreundlichen Politik für Nordrhein-Westfalen 6

Von den Nachbarn lernen. Familienpolitik im europäischen Vergleich. 14

Kommunales Management für Familien. Erfahrungen, Visionen und Strategien für eine erfolgreiche Familienpolitik 18

Teil 2: Der Fachtag 24

Politik für Familien vor Ort. Initiativen des Landes Nordrhein-Westfalen. 26

Kommunale Familienberichterstattung als Instrument einer präventiven Familienpolitik vor Ort 32

Schwerpunkte örtlicher Familienpolitik. Einblicke in die lokale Familienberichterstattung 39

Familienpolitik im interkommunalen Vergleich. Konzepte, Akteure, Strukturen . . . 48

Teil 3: Der Projektmarkt 54

Aus der Praxis. 20 Familienprojekte im Kurzportrait 56

Das Querflötenquartett der städtischen Musikschule der Stadt Gelsenkirchen stimmt die Teilnehmer auf das Symposium ein



Teil 1

Das Strategiesymposium



Familienminister Armin Laschet eröffnet den Kongress im stadt.bau.raum Gelsenkirchen mit seiner Rede über die Werte und Leitbilder einer familienfreundlichen Politik für Nordrhein-Westfalen

Vision Familie

Werte und Leitbilder einer familienfreundlichen Politik für Nordrhein-Westfalen



Armin Laschet
Minister für Generationen,
Familie, Frauen und
Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen

Der Beginn des neuen Jahres ist der richtige Zeitpunkt, sich auf wichtige Vorhaben einzustimmen und diese mit neuem Elan anzupacken. Eins dieser wichtigen Vorhaben auf Landes- und auf kommunaler Ebene ist die Politik für Familien. Denn fest steht: Familienpolitik ist Zukunftspolitik. Geht es den Familien gut, so könnte man es zuspitzen, dann geht es dem Land, dann geht es den Städten und Gemeinden gut. Familienfreundlichkeit wird mehr und mehr zu einem wirtschaftlichen Standortfaktor. Denn nur eine Stadt, die attraktiv für Familien ist, ist auch attraktiv für Unternehmen.

Schon heute macht sich der demografische Wandel in den Kommunen bemerkbar. Zahlreiche Städte schrumpfen bereits. Die Mittelschicht wandert verstärkt ins Umland ab. Gleichzeitig konzentrieren sich Familien aus bildungsfernen Schichten und Familien mit Zuwanderungsgeschichte auf wenige Stadtteile. Das stellt die Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Dabei hängt die Zukunftsfähigkeit der Kommunen davon ab, ob und wie erfolgreich Familienfreundlichkeit tatsächlich gelebt wird. Deshalb ist lokale Politik für Familien so wichtig. Hier – direkt vor Ort – müssen die Weichen gestellt werden.

Familie in der Gesellschaft

Es wird viel über Familien gesprochen in unserem Land: Politisch grundsätzlich wie beim Elterngeld, kontrovers in Talkshows und Printmedien oder bei tragischen Fällen von Kindesmisshandlung und -verwahrlosung. Tatsache ist: Die Familie ist ein Thema in der Öffentlichkeit – und das ist gut so. Denn wir tun gut daran, uns über Familienbilder und Familienleistungen, über Familienkultur und über die Zukunft der Familie neu zu verständigen.

Familie ist etwas sehr Persönliches und Privates und hat zugleich eine politische Dimension. Jeder Mensch, zumindest so gut wie jeder, wird in eine Familie hineingeboren. Hier erleben wir die prägenden Jahre der Kindheit, hier reiben wir uns in der Jugend. Zur Familie haben wir Verbindungen, die ein Leben lang bestehen. Familie, so schien es über Jahrhunderte, ist etwas Selbstverständliches. Etwas, das immer neu entsteht, weil junge Erwachsene ihre Herkunftsfamilie verlassen und eine neue Familie gründen. In den 1950-er und 60-er Jahren waren noch 95 Prozent einer Alterskohorte verheiratet und von diesen hatten wiederum 95 Prozent Kinder. Die seinerzeit selbstverständliche Konstanz des Familienlebens gibt es heute nicht mehr. Die Zahl der Menschen, die Singles bleiben, und die Zahl der Kinderlosen nehmen zu. Die Scheidungsraten steigen seit Jahren und die Geburtenraten gehen zurück. Familie ist scheinbar nicht mehr der Lebensentwurf schlechthin. Warum ist das so?

Der Publizist Warnfried Dettling schreibt in dem jüngst erschienenen Sammelband 'Politik für Familien': *"Es haben sich immer wieder jene Lebens- und Familienformen durchgesetzt, die den externen Anforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft am ehesten entsprochen haben."* In der Agrargesellschaft sei das die Großfamilie gewesen und in der Industriegesellschaft die Kernfamilie.

- Nun aber, da sich die Arbeitswelt gewandelt hat und immer weniger Männer ein Leben lang ein sicheres Familieneinkommen nach Hause bringen können,
- nun aber, da Mädchen die gleichen Bildungschancen haben wie Jungen, und Frauen keinen Mann mehr brauchen, um sich von der Herkunftsfamilie abnabeln zu können,
- nun – so schlussfolgert Dettling – kommt es zu einer Pluralisierung der Lebensformen.

Und jetzt? Ist das wirklich ein 'Aufreger'? Soll, muss die Politik steuernd eingreifen? Wenn ja, mit welchen Anreizen? Oder sind die Entscheidung für einen Partner, für Ehe, Kinder und Familie so privat, dass jegliche staatliche Subvention ohnehin fruchtlos bliebe? Gibt es dringenden Handlungsbedarf, weil Deutschland vom Aussterben bedroht ist? Oder erleben wir nur eine historisch kurze Phase der Verunsicherung, die sich legen wird, wenn die Menschen sich auf Globalisierung, Flexibilisierung und Mobilität eingestellt haben? Steht über kurz oder lang gar eine Renaissance der Familie bevor, weil Zuverlässigkeit und Sicherheit, Rückzugsort und geschützter Raum für das Individuum immer wichtiger werden? Ich habe nicht auf alle diese Fragen eine Antwort. Aber eins gilt nach wie vor: Der Staat ist in der Verantwortung, Familien zu unterstützen und zu fördern.

Der grundsätzliche Wunsch, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, ist ja bei sehr vielen jungen Menschen vorhanden. So steht für knapp 90 Prozent aller Menschen die Familie an erster Stelle und 72 Prozent der Jugendlichen sind der Meinung, dass man eine Familie zum Glückhsein braucht. Das ist ein Anstieg um 2 Prozent seit dem Jahr 2002. Aufgabe von Staat und Politik ist es, die Bedingungen so zu beeinflussen, dass der Wunsch nach Familie auch realisiert werden kann.

Staatliche Förderung für Familien gibt es in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten. In jüngerer Zeit wurden Jahr für Jahr dreistellige Milliardenbeträge ausgegeben. Die Angaben zur Höhe dieser Ausgaben schwanken je nach Berechnungsgrundlage zwischen 100 Milliarden Euro laut Bundesfamilienministerium und rund 234 Milliarden Euro nach Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Von welcher Berechnungsgrundlage man auch ausgeht – fest steht: Deutschland hat eine der höchsten Subventionsraten für Familien und eine der niedrigsten Geburtenraten. Und trotz jährlich steigender Ausgaben ist die Zahl der Kinder nicht gestiegen. Das zeigt: Am Geld kann es nicht liegen, es muss andere Ursachen geben.

Familie ist etwas sehr Persönliches und Privates. Dennoch gilt: Der Staat ist in der Verantwortung, die Familien zu unterstützen und zu fördern.

Europäischer Vergleich

Um diese Ursachen aufzufindig zu machen, hilft häufig der Blick über den Tellerrand. Können wir von den Nachbarn lernen? Und wenn ja, was? Dabei ist klar: Erfahrungen anderer Länder können wir nicht eins zu eins übernehmen, dafür sind die jeweiligen Bedingungen zu unterschiedlich. Aber eine Auseinandersetzung mit den anderen Politikkonzepten kann fruchtbar sein für unsere Planungen. In diesem Zusammenhang wünsche ich mir, dass Städtepartnerschaften einmal ganz gezielt zum Austausch über familienpolitische Fragen genutzt werden. Ein Aspekt, für den sich auch die Europäische Kommission stark macht, obwohl es keine ausdrückliche europäische Zuständigkeit für Familienpolitik gibt. Die Landesregierung wird sich jedenfalls an der Meinungsbildung und am Erfahrungsaustausch innerhalb der EU beteiligen und die von der deutschen Ratspräsidentschaft angestrebte 'Europäische Allianz für Familien' unterstützen.

Die Rahmenbedingungen für Familien sind in den Ländern Europas sehr unterschiedlich. Das zeigt sich vor allem bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Studie des Zentrums für Ruhrgebietsforschung hat gezeigt, dass Länder, die in besonders stark in diese Vereinbarkeit investiert haben, die höchsten und zum Teil steigende Geburtenraten aufweisen. Die Studie belegt ebenfalls, dass Familienpolitik sich den sozialräumlichen Unterschieden stellen muss, um vor Ort wirksam zu werden. Um herauszufinden, wie das Wechselspiel verschiedener Faktoren auf der lokalen Ebene funktioniert, hat mein Ministerium ein wissenschaftliches Kooperationsprojekt gefördert, an dem Herr Professor Strohmeier vom Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung mit seinem Team sowie Projektpartner aus den Niederlanden, Dänemark und Polen beteiligt waren.

Die Projektpartner hatten sich auf eine Strategie der Zusammenarbeit geeinigt, die es ermöglichen sollte, die erhobenen Daten trotz unterschiedlicher Ausgangslagen vergleichbar zu machen. Nun, dies war schwieriger als gedacht. Dennoch zeigen sich interessante Ergebnisse Ihrer vergleichenden Studie.

Bestätigt wird, dass die Rahmenbedingungen im näheren (Wohn-) Umfeld wie Kinderbetreuung, Entwicklung des Arbeitsmarktes, Wohnumfeld oder kulturelle Muster entscheidend dafür sind, wie Familien ihren Alltag bewältigen und ob sie sich für ein weiteres Kind entscheiden. Auf der lokalen Ebene können einzelne Komponenten aber ein unterschiedliches Gewicht bekommen. Das wird am Beispiel der öffentlichen Kinderbetreuung deutlich: Es wird allgemein und zu Recht angenommen, dass die Kinderbetreuung eine herausragende Bedeutung für die Geburtenrate hat. Aber obwohl wir hier im urban geprägten Ruhrgebiet eine vergleichsweise gute Versorgung haben, ist die Geburtenrate verglichen mit den untersuchten Kreisen – also ländlichen Gebieten – sehr niedrig. Zugleich aber sind die Familien in den Ruhrgebietsstädten eher traditionell organisiert, das heißt die Erwerbsbeteiligung der Mütter ist verglichen mit den Kreisen geringer. Dieses Beispiel zeigt: Die Zusammenhänge von Ursache und Wirkung sind komplex, und die lokale Politik muss genau hinschauen, um in diesem Gefüge die richtigen Stellschrauben zu bedienen.

Aufgaben der Familienpolitik

Fest steht jedenfalls: Verschiedene Faktoren führen dazu, dass in Deutschland immer weniger Kinder geboren werden. Es liegt in der Verantwortung der Politik, in unserem Land ein kinderfreundlicheres Klima zu schaffen und die Bedingungen für Familien zu verbessern. Dabei geht es nicht um die ideologische Frage, wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein modernes oder ein konservatives Familienbild aussieht. Wir brauchen auch keine Debatte, in der Kinderlose gegen Eltern und berufstätige Mütter gegen Frauen ausgespielt werden, die sich ausschließlich der Familienarbeit widmen.

Wir leben in einer Zeit, die – glücklicherweise – verschiedene Optionen bereithält. Wie sich die Menschen entscheiden, ist und bleibt Privatsache. Aus dieser Frage hat sich der Staat heraus zu halten. Was Staat und Gesellschaft aber leisten müssen, ist, die Freiheit dieser Entscheidung zu ermöglichen. Und dazu ist ein intelligenter und verlässlicher Mix von Maßnahmen vonnöten, der der realen Lebenssituation und den Lebensvorstellungen der Menschen von heute entspricht. Für mich als Familienminister stehen vor allem drei Aspekte im Vordergrund:

- einerseits die Familienarbeit als vollwertige gesellschaftliche Leistung anzuerkennen
- und andererseits, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.
- Hinzu kommt ein Drittes, das allen Eltern nützt – ganz gleich, ob ein oder beide Elternteile erwerbstätig sind: die Beratung und Unterstützung für Familien.

Und was diese drei Punkte anbelangt, so haben wir noch reichlich Nachholbedarf. Wie hat es Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede anlässlich des 'Forums Demographischer Wandel' Ende letzten Jahres formuliert: *„Unsere Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik und unsere Infrastruktur hinken den Veränderungen der Familie hinterher, weil sie an überholten Familienbildern ausgerichtet sind. Familien aber brauchen zeitgemäße Strukturen, sie brauchen eine Gesellschaft, die ihnen Zeit lässt und Raum gibt.“*

Die Landesregierung will das Angebot an Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige bis zum Ende der Legislaturperiode auf 20 Prozent ausbauen.

Das sehe ich ebenso. Ich bin überzeugt davon, dass wir Familien am besten und nachhaltigsten unterstützen, wenn wir in Zeit und Raum – also in entsprechende Infrastrukturen – investieren. Deshalb habe ich in den vergangenen Monaten mit der Bundesfamilienminis-



terin eine kontroverse Debatte um das Elterngeld geführt. Ich meine, dass der Ausbau der Kinderbetreuung vorrangig sein sollte und nicht die Lohnersatzleistungen für Mütter und Väter. Wir werden nun sehen, wie das Elterngeld wirkt und ob es jungen Menschen die Entscheidung für Kinder erleichtert. Die Frage ist doch: Wie sieht es *nach* den 12 oder 14 Monaten aus? Gibt es einen Betreuungsplatz für das Kind? Wie können Eltern Familie und Beruf miteinander vereinbaren? Für eine wirkliche Wahlfreiheit muss es eben ein ausreichendes Betreuungsangebot geben – auch schon für die Kleinsten.

Beim Regierungsantritt im vergangenen Frühsommer hat die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen eine Versorgungsquote von gerade mal 2,8 Prozent für Unter-Dreijährige vorgefunden. Das ist nun wirklich nicht der Rede wert. Auf 20 Prozent wollen wir das Angebot an diesen Plätzen bis zum Ende der Legislaturperiode ausbauen. Deshalb werden wir auch die Vermittlung von Tagesmüttern und hoffentlich auch -vätern intensivieren, die ja gerade für die Aller kleinsten eine gute Alternative zur Kindertagesstätte sind.

Das Thema 'Betreuung' setzt sich fort über den Kindergarten und die Grundschulzeit. Auch hier werden wir für ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsplätzen sorgen. Denn nur bei einer verlässlichen Betreuung ihrer Kinder haben Frauen eine echte Chance auf Rückkehr in ihren Beruf. Hier können wir sicher viel vom dänischen und finnischen Beispiel lernen. Dabei ist Betreuung das eine. Das andere ist die Bildung im Kindergarten und in der Nachmittagsbetreuung der Schule. Es geht uns nicht um das bloße 'Verwahren' der Jungen und Mädchen. Die Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder von den Nachmittagsangeboten profitieren. Wenn wir die frühkindliche Bildung verbessern, dann wird Deutschland übrigens auch in künftigen PISA-Tests besser abschneiden. Denn: Die Jüngsten optimal auf die Schule vorzubereiten, das kann die Sozial-Auswahl verhin-



dern, die unser Bildungssystem bislang trifft. Bildung im Kindergarten verbessert die Chancen aller Kinder auf einen erfolgreichen Start in der Schule. Deshalb testen wir in Nordrhein-Westfalen ab diesem Jahr bereits die sprachliche Entwicklung aller Vierjährigen, um dann die Zeit bis zur Einschulung für die Sprachförderung nutzen.

Eine neue, bessere Qualität der Kindertagesstätten werden wir in Nordrhein-Westfalen erreichen, indem wir diese Einrichtungen zu Familienzentren weiter entwickeln. Wir sind das erste Bundesland, das dieses Konzept umsetzt. Ziel ist es, Kinder besser zu fördern und Familien als Ganzes zu stärken. Familienzentren werden neben der Betreuung und einer altersgerechten Bildung auch Beratung für die Eltern anbieten. Dabei kehren wir die Logik des Zugangs um:

- Nicht Familien müssen sich nach den vorhandenen Betreuungs- und Unterstützungsangeboten richten, sondern diese Angebote werden nach dem Bedarf der Familien gestaltet.
- Nicht Familien sollen – oft mühsam – die richtigen Ansprechpartner für Beratungsfragen suchen, sondern die Kontakte werden vor Ort vermittelt.

251 Pilotprojekte sind im Sommer gestartet, und bis 2012 sollen in Nordrhein-Westfalen 3.000 der rund 9.000 Kindertagesstätten zu Familienzentren ausgebaut sein. Die werden dann auch diejenigen Mütter und Väter besser erreichen, die von sich aus keine Beratungsstelle aufsuchen würden, allen voran die Eltern mit Zuwanderungsgeschichte. Das ist zugleich ein Schritt in Richtung Chancenverbesserung für Kinder.

Kommunales Management für Familien - Komma, FF

Ich habe es bereits betont: Familienfreundlichkeit erfordert ein Gesamtpaket an passgenauen Maßnahmen. Die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie die Seniorenarbeit sind gefragt; und es gibt Handlungsbedarf in praktisch allen Politikfeldern von Schule und Sport über Kultur, Wirtschaft, Bauen und Stadtentwicklung. Familienpolitik ist ein Querschnittsthema, und das sollte sich auch auf der Managementebene der Städte und Gemeinden abbilden.

Nun zeigt sich Familienfreundlichkeit vor allem dort, wo Familien leben, in ihrem Lebensumfeld, in ihrer Kommune. Deshalb legt das nordrhein-westfälische Familienministerium einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf der Unterstützung der Familienpolitik vor Ort. Ein wichtiger Baustein dazu ist das 'Kommunale Management für Familien – kurz: Komma, FF'. Damit adäquat auf die demografische Entwicklung und die veränderten Lebensvorstellungen von Familien reagiert werden kann, ist eine genaue Analyse der Situation vor Ort erforderlich. Das bestätigen auch die Ergebnisse der Studie, um die es hier geht. Bisher haben die Städte und Kreise zwar meist aktuelle Daten über ihre wirtschaftliche Lage. Auskunft über Situation und Probleme von Kindern, Jugendlichen und Familien bietet die Statistik jedoch nur selten. Aber ohne diese Daten, ohne eine genaue Kenntnis der Situation vor Ort können die Kommunen nicht planen. Welche Infrastruktur für Familien und welche Angebote und Einrichtungen gebraucht werden, kann man nur einschätzen, wenn man weiß wie die Lebenslagen der Familien wirklich sind.

Aus diesem Grund haben wir das Projekt 'Komma, FF' ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um eine Kooperation von Land und Kommunen mit der Wissenschaft. An der Kooperation beteiligt waren mein Haus, das Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung, das Institut für Soziale Arbeit sowie die Städte Gelsenkirchen, Herten, Oberhausen und der Kreis Unna.

Im Ergebnis wurde ein Format kommunaler Familienberichterstattung entwickelt, das mittlerweile allen Städten im Land zur Verfügung steht. Sie bekommen damit Informationen über die allgemeine Lebenssituation von Familien an die Hand. Dazu gehören auch spezielle Auswertungen zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Lebensraum Stadt, zu Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und zur Lage der Kinder in der Familie. Die Aufarbeitung dieser Daten ermöglicht den örtlichen Akteuren in Politik, der Verwaltung und den Verbänden präzise Problembeschreibungen bis auf Stadtteilebene.

Was das Projekt so erfolgreich macht, ist die Tatsache, dass hierbei auch die Familien selbst befragt werden. Auf dieser Grundlage können die Kommunen dann die Ziele und Prioritäten ihrer Familienpolitik lebensnah und passgenau erarbeiten. Beeindruckend ist, dass Familienpolitik in allen Modellkommunen zur Chefsache geworden ist. Bereits die Beteiligung am Modellprojekt hat ja die Bereitschaft der Entscheidungsträger gezeigt, an der Familienfreundlichkeit der Kommune zu arbeiten. Ohne diesen politischen Willen wäre es gar nicht denkbar, dass ein solcher Prozess in Gang gesetzt wird.

Komma-FF bedeutet, dass in den Kommunen ganz anders agiert wird: Zusätzlich zu den Familienbefragungen wurden weitere Formen der Beteiligung genutzt wie zum Beispiel Familienkonferenzen, Lokale Bündnisse für Familie und Foren im Kontext von Bau- oder Raumplanung. Und es wurden neue Formen der Unterstützung von Familien genutzt, zum Beispiel aufsuchende Elternarbeit, Patenschaften zur Unterstützung junger Familien, Entwicklung neuer Baugebiete für unterschiedliche Familien-Konstellationen. Tatsache ist: Eine kommunale Familienpolitik, die den Dialog mit den Bürgern sucht, wirkt sich positiv auf das Miteinander in einer Kommune aus.

Bündnispartner finden

Ich wünsche mir, dass Städtepartnerschaften einmal ganz gezielt zum Austausch über familienpolitische Fragen genutzt werden. Die Landesregierung wird sich jedenfalls an der Meinungsbildung und am Erfahrungsaustausch innerhalb der EU beteiligen und die von der deutschen Ratspräsidentschaft angestrebte 'Europäische Allianz für Familien' unterstützen.

In ein wirklich tragfähiges familienpolitisches Konzept müssen möglichst viele unterschiedliche Partner eingebunden werden. Wenn sich Unternehmen, freie Träger, Vereine, Kirchen und andere Institutionen auf eine enge Zusammenarbeit verständigen, dann werden – nahezu zwangsläufig – neue Ideen entwickelt und auch umgesetzt. Das haben viele der rund 80 Lokalen Bündnisse für Familien in Nordrhein-Westfalen unter Beweis gestellt. Sie haben sich als innovative Ideenschmieden erwiesen. Thema Nummer 1 ist auch hier die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Wirtschaft. Es gibt Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die in dieser Hinsicht vorbildlich sind. Sie bieten neben flexiblen Arbeitszeiten auch betriebliche Kinderbetreuung an und pflegen insgesamt eine Firmenkultur, die es Eltern erleichtert, Beruf und Kinder unter einen Hut zu bringen. Und es gibt bundesweit positive Signale, dass sich die Wirtschaft und ihre Verbände jetzt auch grundsätzlich dieses Themas annehmen. Im Oktober erst haben Spitzenvertreter der Wirtschaft der Bundeskanzlerin eine familienfreundlichere Personalpolitik zugesagt.

Insgesamt geht diese Entwicklung aber nur zögerlich voran. Von einer authentischen und gelebten Kultur der Vereinbarkeit kann man noch längst nicht sprechen. Nach einer aktuellen Studie des Bundesfamilienministeriums sehen fast drei Viertel aller Unternehmen Familienfreundlichkeit als 'wichtig' für ihren Erfolg an - aber erst 2 Prozent haben eigene Betreuungsplätze. Hier muss etwas geschehen, und deshalb ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Schlüsselthema der nordrhein-westfälischen Familienpolitik. Männer wie Frauen soll es gleichermaßen möglich sein, Kind und Karriere miteinander zu vereinen. Ziel des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration ist daher, den Austausch und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft in diesem Feld deutlich zu forcieren. Ich will in Unternehmen ein stärkeres Bewusstsein für das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen und sie bei familienfreundlichen Maßnahmen unterstützen. Deshalb plane ich eine neue Initiative, die die Kooperation mit der Wirtschaft im Bereich Familienfreundlichkeit intensivieren soll.

Schlussbemerkung

Familienpolitik als Chefsache – das haben sich bereits viele Kommunen vorgenommen. Und das aus gutem Grund. Denn Familienfreundlichkeit hat entscheidenden Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit, den sozialen Zusammenhalt und die ökonomischen Wachstumschancen von Unternehmen und Regionen. Es geht um eine künftige Gesellschaft, in der sich unterschiedliche Lebensentwürfe verwirklichen lassen und in der Kinder und Berufstätigkeit ihren selbstverständlichen Platz haben. Und es geht darum, dass wir es schaffen, die Familien als starken Strang in unserem sozialen Netz zu fördern.

Als Landesregierung haben wir bereits vieles auf den Weg gebracht. Wir werden die Kommunen weiter dabei unterstützen, Familienfreundlichkeit zu ihrem Markenzeichen zu machen. Und ich rufe alle Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden dazu auf, ihre Kommunen weiter attraktiv zu gestalten für Eltern und Kinder. Denn im Zeitalter des demografischen Wandels ist es folgenschwer für unsere Gesellschaft, ob sich junge Menschen für eine Familie entscheiden. Unser ganzes Land braucht Kinder – und erst recht jede einzelne Kommune, die ja künftig im Wettbewerb um (junge) Bürger stehen wird. Deshalb appelliere ich an die Kommunalpolitik ebenso wie an die Verbände und an die Wirtschaft: Engagieren Sie sich für eine kinderfreundliche Arbeits- und Lebenswelt. Das war noch nie 'Gedöns' und ist heute erst recht ein Standortfaktor.

Wie wir unser gemeinsames Ziel erreichen und für Familien attraktiver werden können – dazu brauchen wir nicht nur den politischen Willen, sondern auch die Meinung und den Rat der Fachleute. Dabei wünsche ich Ihnen für heute im Austausch mit den Expertinnen und Experten interessante Begegnungen und anregende Impulse.

Von den Nachbarn lernen

Familienpolitik im europäischen Vergleich

Auf der Suche nach dem richtige Konzept für eine erfolgreiche Familienpolitik hören wir – nicht zuletzt dank der Medien – immer häufiger von den ‚Erfolgsmeldungen‘ aus den europäischen Nachbarländern. Denn trotz des systematischen Ausbaus von Betreuungsstrukturen und hohen Transferleistungen für Familien bleibt die Geburtenrate in Deutschland hinter den Nachbarländern zurück. Die Frage liegt auf der Hand: Was können wir von den Nachbarn lernen?

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen hat daher eine Studie mit dem Titel ‚Familienpolitik im internationalen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der lokalen und regionalen Familienpolitik in NRW, den Niederlanden, Dänemark und Polen‘ in Auftrag gegeben, die familienpolitische Konzepte der Länder nicht nur national, sondern vor allem auch in ihren regionalen Bezügen sowie im direkten interkommunalen Vergleich analysiert. Der Blick ins Ausland lohnt sich, auch wenn sich Rahmenbedingungen, Politiktraditionen und Sozialräume zum Teil erheblich voneinander unterscheiden.

Der Blick auf andere europäische Länder ist interessant, jedoch ist es für die kommunale Praxis kaum möglich, die dortigen Regelungen eins zu eins zu übernehmen. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse

der Studie. Die kulturellen Unterschiede im Umgang mit Familie, die gesellschaftliche Akzeptanz von Familie ist in jedem der betrachteten Länder sehr unterschiedlich, jedoch ausschlaggebend für die individuelle Entscheidung von Frauen und Männern, eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen. Dennoch: "Die Unterschiede der privaten Lebensformen und der Politikprofile sind zwischen den Städten größer als die zwischen den Ländern", so der Leiter der Studie, Prof. Dr. Peter Strohmeier vom Zentrum für Interdisziplinäre Ruhgebietsforschung (ZEFIR) an der Ruhr-Universität Bochum.

Wie im Durchschnitt ist es nirgendwo

Es gibt unterschiedliche Wirklichkeiten von Familie, die beim Blick über den Tellerrand zu den europäischen Nachbarn berücksichtigt werden sollten. Denn während die Familien in Deutschland nach wie vor eine strukturelle Rücksichtslosigkeit in der Gesellschaft erleben, erfahren Sie in Ländern wie den Niederlanden oder Dänemark als Lebensform eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und werden von den Menschen, so formuliert es Prof. Dr. Hans-Joachim Schulze von der freien Universität Amsterdam, "als kulturelle Selbstverständlichkeit" wertgeschätzt. Dennoch hatten auch die Vergleichsländer bereits mit stagnierenden bzw. rückläufigen Geburtenraten zu kämpfen. Nur hat die Politik dort früher reagiert, und das erfolgreich. Was also können wir von den Nachbarn lernen?

Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion (v.l.n.r.): Moderator Andreas Liebold, Prof. Dr. Peter Strohmeier vom Zentrum für Interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung, Dr. Tine Rostgaard vom National Institut of Social Research Kopenhagen, Dr. Jolanta Perek-Bialas von der Jagiollian Universität Krakau und Prof. Dr. Hans J. Schulze von der freien Universität Amsterdam



Wie in den meisten europäischen Ländern gibt es zum Beispiel in den Niederlanden keine explizite Familienpolitik. Dennoch hat man vor ca. zehn Jahren auf die stagnierende Geburtenrate reagiert. Die finanziellen Leistungen wurden gekürzt und dafür die Kinderbetreuung gerade für unter Dreijährige ausgebaut. Die Niederlande haben sich binnen kurzer Zeit als familienpolitische "Teilzeit-Meister" etabliert, indem insbesondere flexible Arbeitszeitmodelle gefördert und so die Erwerbstätigkeit der Frauen erhöht werden konnte. In den Niederlanden ist aber auch die Selbstverständlichkeit Kinder zu bekommen ungebrochener als in Deutschland. Kinder gehören "einfach dazu", unabhängig von staatlichen sozialpolitischen Leistungen.

Auch im traditionell geprägten Polen verzeichnet man in den letzten Jahren einen starken Einbruch bei den Geburtenzahlen. Auch die Zahl der Eheschließungen ist seit den 1980er Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Der Beitritt zur EU hat diese Entwicklung beschleunigt. Als Gründe führt Perek-Bialas die finanzielle Situation der jungen Menschen an. Frauen verzichten auf Kinder aus Angst um ihren Arbeitsplatz und ca. 50 Prozent der jungen Ehepaare leben noch bei den Eltern, weil sie sich eine eigene Wohnung nicht leisten können. Des weiteren wandern gerade die gut ausgebildeten jungen Männer und Frauen mit Beitritt zur EU vor allem nach Großbritannien und Irland aus. Ein weiteres Problem stellt die Unstrukturiertheit in den städtischen Verwaltungen dar. "Lokale Akteure haben kaum Einfluss auf Familienpolitik und beklagen die Interessenlosigkeit der Zentralregierung, wenn es um lokale Probleme geht."

"Das ist in Dänemark anders", stellt Dr. Tine Rostgaard von dänischen Sozialforschungsinstitut in Kopenhagen fest. In Dänemark verfügen die Kommunen traditionell über eine hohe ‚familienpolitische‘ Autonomie und daher über einen großen Handlungsspielraum. Das Land gilt daher im europäischen Vergleich als Vorreiter in der kommunalen Familienförderung. Während sich in Polen die finanzielle Unterstützung von Familien auf eine staatliche Einmalzahlung von 250 Euro beschränkt, sind die monetären Leistungen für Kinder und



Frauen in Polen wünschen sich im Durchschnitt mindestens zwei Kinder, und verheiratete Paare mit einem oder mehr Kindern sind nach wie vor die dominante Form des Privatlebens in Polen. (Dr. Jolanta Perek-Bialas)

Familien in Dänemark vergleichsweise hoch. Des Weiteren verfügt Dänemark über eine gut ausgebaute Betreuungsstruktur und garantiert Müttern eine hohe Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses Prinzip der für skandinavische Länder typischen wohlfahrtsstaatlich verankerten Chancengleichheit lässt mehr Frauen Kind und Beruf miteinander verknüpfen und fördert zugleich die familiäre Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen.

Überhaupt ist die Erwerbstätigkeit von Frauen in Dänemark unter diesen günstigen familienpolitischen Rahmenbedingungen seit den 80er Jahren kontinuierlich angestiegen. Arbeitgeber nehmen Rücksicht, wenn ihre Angestellten Kinder versorgen müssen. In Dänemark werden 60 Prozent der unter Dreijährigen und 90 Prozent der über Dreijährigen fremd betreut. Zum Vergleich: Der Prozentsatz der Betreuung unter Dreijähriger liegt in den alten Bundesländern Deutschlands gerade mal bei 3 Prozent. Im Vergleich zu Deutschland werden dänische Familien weniger mit finanziellen Transferleistungen unterstützt. Auch die Dauer der Auszahlung von Kindergeld ist vergleichsweise kürzer als in Deutschland und die Beträge sind zudem sozial gestaffelt.

Neben der traditionellen Familie, den verheirateten Paaren mit Kindern, haben andere neue familiäre Lebensformen, wie nichteheliche Gemeinschaften mit Kindern, Fortsetzungsfamilien und Alleinerziehende an Bedeutung gewonnen. (Peter Strohmeier)

Auch in Deutschland sinkt die Geburtenrate, wenn auch nicht so dramatisch wie zurzeit in Polen. Der Geburtenrückgang zeichnete sich bereits Mitte der sechziger Jahre ab, mit der beginnenden Gleichstellung von Männern und Frauen. Seitdem bekommen Frauen nicht nur weniger und später Kinder. Auch die familiären und kulturellen Wertewelten wandeln sich: Neue private Lebensformen sind entstanden. Mittlerweile lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Lebensformen ohne Kinder. Problematisch allerdings ist, dass die Politik diese Veränderungen noch nicht wahrgenommen bzw. darauf reagiert hat, obwohl Deutschland neben Frankreich zu den einzigen Ländern in Europa gehört, die eine explizite Familienpolitik betreiben. Leitgedanke dieser Politik ist es, den Einkommensverlust in der Familiengründungsphase abzumildern, um dem Kinderwunsch entgegen zu kommen. Dies erklärt die im europäischen Vergleich hohen finanziellen Transferleistungen für Familien.



Die Wirklichkeit der Familien in Deutschland passt schon lange nicht mehr mit dem traditionell geprägten Bild zusammen, das die Gesellschaft zum Teil immer noch von Familie zeichnet. Inzwischen, wenn auch sehr viel später als in den Nachbarstaaten, setzt man in der Familienpolitik auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Dänemark – ein Erfolgsmodell?

Ist Dänemark daher ein Erfolgsmodell für Deutschland, das sich für nordrhein-westfälische Kommunen zu kopieren lohnt? "Ja. Aber das ginge nur, wenn wir auch alle Dänen wären", fasst Strohmeier die Diskussion zusammen. Es ist eine Frage der Kultur, die mitunter auch regionale Unterschiede erklären kann. So bleiben Mütter in konservativ-katholischen Regionen eher nach der Geburt der Kinder zu Hause als zum Beispiel in protestantisch geprägten Regionen. Kulturelle und religiöse Traditionen haben einen erheblichen Einfluss darauf, ob sich Familien gründen. Weniger entscheidend ist die Höhe der Transferleistungen, wie sich am Beispiel Dänemarks und der Niederlande zeigt. "In den Niederlanden ist die Familie schon immer Privatsache", erklärt Schulze. Die Menschen in den Niederlanden erwarten keine staatlichen Transferleistungen. Sozialstaatliche Leistungen sind für niederländische Frauen keine Voraussetzung, Kinder zu bekommen.

Gerade deutsche Männer befürworten die traditionelle Rollenverteilung in einer Partnerschaft. Hier unterscheidet sich Deutschland erheblich von Dänemark. In Dänemark wundert man sich darüber, welche ideologischen Grabenkämpfe in der deutschen Politik ausgefochten werden, wenn es um den Ausbau von Betreuungsstrukturen, insbesondere für die unter Dreijährigen geht. Auch die Unsicherheit vieler Frauen in Deutschland, ob sie nun 'gute' oder 'schlechte' Mütter sind, wenn sie sich nicht selbst um ihre Kinder kümmern, sondern arbeiten gehen, stößt in Ländern wie Dänemark oder den Niederlanden auf Unverständnis.

Rostgaard betont in diesem Zusammenhang jedoch, dass eine hohe Geburtenrate auch immer mit einer guten wirtschaftlichen Situation korrespondiert. Und dies sei für die skandinavischen Länder auch der Fall gewesen. Die viel gepriesene Gleichstellungspolitik muss man sich auch leisten können. So verlangen Arbeitgeber in Dänemark zum Beispiel keine Überstunden von ihren Angestellten. Kinder und Familie haben Priorität. Auch die Öffnungszeiten der Horte und Kindertageseinrichtungen sind sehr flexibel, weil sie sich an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren. Zwar hat die Familie Priorität, aber die Politik richtet alle ihre Maßnahmen darauf aus, die Erwerbstätigkeit zu fördern. Beispielsweise ist der Mutterschutz in Dänemark vergleichsweise kurz. Man sollte aufpassen, dass das Familienleben dabei nicht auf der Strecke bleibt.

Mit Blick auf die ökonomische Situation der Familien in Polen sieht auch Perek-Bialas einen der Hauptgründe für die stagnierenden Geburtenraten in der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung. Allerdings sei dies ein schleichender Prozess, der bereits Anfang der 90er Jahre eingesetzt hat und nicht erst mit Eintritt des Landes in die EU. Würde sich durch ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum in Polen auch die Lebensbedingungen der Familien verbessern, würden sich die jungen Frauen auch wieder für Kinder entscheiden und gut ausgebildete Männer und Frauen nicht ins Ausland abwandern.

Passgenauer Maßnahmemix für Familien

Das unmittelbare Umfeld der Menschen muss stimmen, sowohl das ökonomische als auch soziale, greift Strohmeier den Faden auf. Die Familien ziehen dort hin, wo sie die passende Infrastruktur für sich finden. Gut verdienende Paare suchen sich ein Umfeld mit guten Betreuungsstrukturen, während für Familien aus bildungsfernen oder armen sozialen Milieus eher Qualifizierungs- und Arbeitsangebote standortentscheidend werden.



Wenn immer mehr junge Männer vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden, gründen sie keine Familien. Männer zu fördern, ist eine wichtige familienpolitische Zukunftsaufgabe. In einer Stadt wie zum Beispiel Gelsenkirchen geht es nicht darum, berufstätigen Müttern eine bessere Kinderbetreuung zu bieten, sondern es müssen zuerst Arbeitsplätze geschaffen werden, um die ökonomische Situation der Menschen zu verbessern. Das deutlich geringe Bildungsniveau des Großteils der Gelsenkirchener Eltern, besonders der Alleinerziehenden, erzeugt eine hohe Armutsbetroffenheit. So kann nach Angaben der Familienbefragung in Gelsenkirchen im Jahr 2005 nur jede vierzehnte Familie in Gelsenkirchen als wohlhabend bis reich angesehen werden. Vier von zehn Familien dagegen leben in Armut bzw. armutsnahen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Das eher deutsche Phänomen, dass gut ausgebildete Akademikerinnen keine Kinder mehr bekommen, liegt an der Betreuungssituation in den Städten. Wenn es also um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, können Länder wie Dänemark oder die Niederlande für die familienpolitische Diskussion in Deutschland richtungsweisend sein. Auch in Bezug auf die Verteilung der Zuständigkeiten kann Deutschland viel von den Nachbarn lernen. Statt eine explizite Familienpolitik zu betreiben, sind z.B. in den skandinavischen Ländern familienpolitische Maßnahmen in die allgemeinen Politikführung integriert. Zudem verfügen die Kommunen über eine hohe politische Autonomie, was die strategische Ausrichtung der Familienpolitik auf die konkreten Bedarfe vor Ort erleichtert.

Sicher ist aber auch, so Strohmeier, dass Veränderungen Zeit brauchen und dass nur eine langfristige Planung zum Ziel führen kann. Generell muss in Deutschland jedoch die Wertigkeit von Familie verbessert werden. Kinder müssen wieder selbstverständlicher Bestandteil der Lebensplanung junger Menschen werden. Für eine moderne lebenslaufbezogene Familienpolitik müssen insbesondere auf der kommunalen Ebene die richtigen Weichen gestellt werden.

Die hohe Geburtenrate in Dänemark hängt mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung eng zusammen. Aber die Familienpolitik in Dänemark legt ihren Schwerpunkt mitunter zu sehr auf die Förderung der Erwerbstätigkeit. Man muss aufpassen, dass das Familienleben dabei nicht auf der Strecke bleibt. (Dr. Tine Rostgaard)

Kommunales Management für Familien

Erfahrungen, Visionen und Strategien für eine erfolgreiche Familienpolitik

Infrastrukturentwicklung statt Geldtransfer

"Man kann immer von den Nachbarn lernen", eröffnet Staatsekretärin Dr. Marion Gierden-Jülich die Diskussionsrunde über die Erfahrungen, Visionen und Strategien eines kommunalen Managements für Familien. Zwar hat die Familienpolitik in Deutschland ein recht hohes Förderniveau erreicht, dennoch haben sich die Bedarfe der Familien verändert. Die Politik muss darauf neue Antworten finden. Das fordere die Kreativität des Landes und der Kommunen heraus. Deutschland hat in der Infrastrukturentwicklung für Familien vieles nachzuholen. Das heißt auch, die Einkommensorientierung in der Familienpolitik zu überwinden.

Aber die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind nicht untätig geblieben. Der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Frank Baranowski, betont die seit Ende 2004 bestehende Zielsetzung der Stadt, Zukunftsinvestitionen in Familien zu tätigen, um ihnen soziale Stabilität bieten zu können. Dies äußere sich in der strukturellen Verankerung von Familien- und Seniorenfreundlichkeit bis in die Verwaltungsspitze. Für Baranowski gehören Familien- und Seniorenfreundlichkeit zusammen und zu einem zukunftsorientierten Politikstil. Familie bedeutet, dass Eltern, Kinder und Großeltern immer eine Einheit bilden und das auch Pflegebedürftigkeit der Älteren so zum ‚Familienthema‘ wird.

In Gelsenkirchen leiden die Familien unter Arbeitslosigkeit, Bildungsferne und wurden daher immer als Problem betrachtet. Die bessergestellten Familien wohnen nebenan, in Essen. Um dies zu ändern, hat man sich an der Kinderbetreuungskultur in Dänemark orientiert und in jeden Stadtbezirk jeweils eine Kindertagesstätte eingerichtet, die von 6 bis 20 Uhr geöffnet hat, wenn nötig auch an Samstagen. Solche Maßnahmen erhöhen die Standortqualität und machen die Stadt attraktiver für Familien. "Aus diesem Grunde sind bereits fünf Familien nach Gelsenkirchen gezogen, da die Gemeinden, in denen sie zuvor lebten, diese Art der Betreuung für Kinder nicht bieten konnten", so Baranowski.



Teilnehmer der Diskussionsrunde (v.l.n.r): Sven Matzke von der EU-Kommission Brüssel, Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Dr. Marion Gierden-Jülich, Staatssekretärin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Sirkka Rousu vom Kommunförbet Kuntaliitto Helsinki, Sirkkaliisa Virtanen, stellv. Bürgermeisterin der Stadt Tampere, Moderator Andreas Liebold

Um die Familien generell zu stärken, wurde zudem ein lokales Bündnis für Familie gegründet und Maßnahmen wie Hausbesuche bei Neugeborenen ins Leben gerufen. Aufgrund der Sozialstruktur in vielen Stadtteilen gibt es einen großen Bedarf an familienunterstützenden Maßnahmen. 95 Prozent der besuchten Familien mit Neugeborenen wollen auch weiterhin vom Amt unterstützt werden und lehnen diese Hilfe, wie oft angenommen, keinesfalls ab. Die Stadt erhält sogar Anfragen von Familien, bei denen sie keine Unterstützung für notwendig halten. Allerdings muss die Finanzierung dieser Maßnahmen besser kontrolliert werden, damit hilfebedürftige Familien, darunter oftmals Migrantenfamilien, besser gefördert werden können. Bei den Lernstandserhebungen wurde festgestellt, dass 25 Prozent aller Kinder keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben, um eingeschult zu werden. Es besteht also ein dringender Sprachförderungsbedarf in den Kindergärten.

Nachholbedarf nordrhein-westfälischer Kommunen sieht auch Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Stadt Bergkamen, insbesondere bei der Einrichtung von Betreuungsstrukturen für die unter Dreijährigen. Aber man muss auch nicht immer ins Ausland schauen. Beim Aufbau von guten Betreuungsstrukturen lässt sich viel von den neuen Bundesländern abschauen. Neu ist, die Familienpolitik nicht allein den Jugendämtern zu überlassen, sondern sie als Querschnittsaufgabe in den Verwaltungen zu sehen. Ämter wie das Wohnungsamt oder die Wirtschaftsförderung sind ebenso gefordert wie Schulverwaltung, Verkehrs- oder Stadtplanung. "Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem kommunalen Management für Familien", betont Schäfer. Familienpolitik ist eine strategische Aufgabe, und Nordrhein-Westfalen kann hier mit guten Pilotprojekten und Politikansätzen punkten.

Überprüft werden müssen allerdings die finanziellen Transferleistungen. In Deutschland werden jährlich rund 184 Milliarden Euro für ehe- und familienbezogene Leistungen ausgegeben, so Schäfer, aber davon zu wenig in die Infrastruktur einer Kommune, zum Beispiel



Vieles lässt sich nicht durch finanzielle Anreize steuern, die Kommunen müssen ihre Angebote für Familien erweitern (Frank Baranowski)

in Gebäude und Personal, investiert. Direkte finanzielle Unterstützung ist auch wichtig, aber der Vergleich zu anderen europäischen Ländern zeigt, dass es auch besser gehen kann. Dabei ist die oft heraufbeschworene Unterscheidung zwischen Groß- und Kleinstädten für die familienpolitische Diskussion eher irrelevant. Die sozialen Probleme einer Großstadt wie Gelsenkirchen ähneln denen von Bergkamen, betrachtet man Problembereiche wie Arbeitslosigkeit, soziale Segregation oder Migrationsbewegungen. "Natürlich bedürfen die unterschiedlichen Strukturen in den jeweiligen Städten einer genauen Betrachtung, aber die 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind durchaus in der Lage, jede für sich passende Lösungen zu finden".

Familienpolitik ist Kinderpolitik

"In Finnland gibt es eine explizite Familienpolitik", erklärt Sirkka Rousu vom finnischen Kommunalverband Kuntaliitto. Familien zu fördern heißt für finnische Kommunen, die Beteiligung von Kindern zu fördern und ihnen ein sicheres Lebensumfeld zu bieten. Dieser Politikansatz, kombiniert mit hervorragenden Betreuungsangeboten mit gut ausgebildetem Personal und langen Öffnungszeiten – das heißt sieben Tage pro Woche à 24 Stunden – sind Gründe, warum die Geburtenrate in Finnland relativ hoch ist. Kinder sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und brauchen differenzierte Angebote, je nach Alters- und Entwicklungsstufe: Die Förderung von Hobbys, Schule und Bildung ist neben der Rolle der Eltern gleichwertig. In finnischen Kommunen gibt es daher eine Vielzahl an Dienstleistungen, die das Familienleben erleichtern. "Um dies zu gewährleisten, muss die Zusammenarbeit zwischen nationaler und kommunaler Ebene funktionieren, so Rousu.

Familienfreundlichkeit ist der Wettbewerb um Einwohner, der immer stärker ins Bewusstsein der Kommunen rückt. (Roland Schäfer)

So führte der finnische Kommunalverband frühzeitig eine Befragung aller finnischen Bürgermeister durch, um sich einen Überblick über die Lebenssituation der Familien und vorhandene familienfördernde Instrumente in den Kommunen zu informieren. Heraus kam,

dass fast alle Gemeinden in Finnland über familienpolitische Instrumente verfügen und 83% der Kinder auch in diesen Gemeinden aufwachsen. Die meisten Verwaltungen verfügen über strategische Partnerschaften mit privaten Initiativen. Dies und eine familienfreundliche Gesetzgebung fördern eine nachhaltige politische Langzeitstrategie.

Sirkkaliisa Virtanen, stellvertretende Bürgermeisterin von Tampere, hebt an dieser Stelle die familienpolitische Verantwortung der Kommunalverwaltungen als einen der großen Arbeitgeber in den Kommunen hervor. "Der öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber eine Vorbildrolle übernehmen und flexible Arbeitsmodelle für Eltern anbieten, aber auch den Nachwuchs fördern und qualifizieren. "Nicht nur in Tampere gehen bald viele Verwaltungsangestellte in den Ruhestand", gibt Virtanen zu bedenken. Da die Gemeinden die größten und wichtigsten Arbeitgeber sind, müssen sie als gutes Beispiel vorangehen.

Anders als in Deutschland hat man in Finnland Betreuungs- und Erziehungsfragen in eine Hand und dabei schon früh die Väter mit in die Verantwortung genommen. Überhaupt ist Erziehung in Finnland nicht ausschließlich Privatsache. Eine zentrale familienfördernde Aufgabe in Finnland ist es, Eltern zu Eltern zu erziehen. Über Fragebögen werden die Bedarfe der Eltern abgefragt und eigens dazu ausgebildete Krankenschwestern generieren daraus Angebote für die Familien. Paare werden so an die Elternschaft herangeführt. Sollten Probleme auftreten, werden die Familien so lange begleitet, bis das Kind schulpflichtig ist. Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei die frühe Gesundheitsvorsorge. Der Ansatz heißt "EduCare" (education and daycare). Dahinter steht der Leitgedanke, dass in erster Linie die Kinder ein Recht auf Erziehung und qualifizierte Betreuung haben und nicht die Eltern.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf heißt in Finnland, dass nicht die Kinder um 18 Uhr nach Hause geschickt werden, sondern die Eltern, um sich um ihre Kinder zu kümmern. (Sirkka Rousu)



Familie - ein europäisches Thema

Die Wirklichkeit der Familien hat sich verändert und das wird auch auf europäischer Ebene wahrgenommen. "Familie ist längst zu einem europäischen Thema geworden", antwortet Sven Matzke von der EU-Kommission Brüssel auf die Frage nach den europäischen Zuständigkeiten für Familienpolitik. Es gibt durchaus Möglichkeiten, die Kommunen auf ihrem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit zu unterstützen. Jedoch kann die EU nur in Bereichen aktiv werden, in denen sie auch Zuständigkeiten hat. Es wird keinen Masterplan für Familien geben. Familienpolitik ist nach wie vor Ländersache und das wird auch so bleiben. Daher fördert die EU den Erfahrungsaustausch zwischen Praktikern und der Politik, wie sie es schon seit einigen Jahren in der Armutsbekämpfung macht.

Die EU wird in der Familienpolitik kein Recht setzen, aber den Austausch zwischen kommunaler Praxis und der Politik in Europa fördern. (Sven Matzke)

Die EU-Mitgliedsstaaten betrachten die Familienpolitik immer mehr als europäisches Thema. Erstmals findet eine Tagung zum Thema Demografie und Familienpolitik in Brüssel statt. Die Kommission hat bereits eine Mitteilung zum demografischen Wandel vorgelegt und wird bald eine Mitteilung zur Familienförderung in Europa vorlegen. Auch werden lokale und regionale Foren in den EU-Mitgliedsstaaten veranstaltet, ähnlich wie die bereits stattfindenden europäischen Demografieforen. Denn es gibt Länder, wie die neuen Mitgliedsstaaten, aber auch Italien, die in der Familienpolitik noch nicht so weit fortgeschritten sind. "Die Europäische Kommission möchte mit begrenzt vorhandenen Mitteln und Zuständigkeiten den Kindern den besten Start ins Leben geben und bei den Eltern den Kinderwunsch fördern", so Matzke weiter.



Tagesbetreuung ist nicht für Eltern gemacht, die arbeiten wollen, sondern für Kinder, die Bildung brauchen, (Sirkkaliisa Virtanen)

Des Weiteren gestaltet die Kommission die europäische Allianz für Familie aus. Man wird weiterhin in die Forschung investieren und innerhalb von Forschungsrahmenprogrammen Ausschreibungen im Bereich Familienpolitik durchführen. Diskutiert wird auch die Entwicklung einer Beobachtungsstelle zur Strukturierung und Systematisierung von bereits vorhandenen Initiativen auf lokaler und regionaler Ebene über die Website der EU, wo nationale Korrespondenten über neue Reformen im Bereich Familienpolitik in den Mitgliedsstaaten regelmäßig berichten werden.

Auch die Förderung von jungen Müttern und Berufstätigkeit ist Thema der Europäischen Kommission. Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht innerhalb der EU seit längerem auf der Tagesordnung. Beispiele dafür sind die Richtlinien für Elternurlaub aus dem Jahr 1996. Die Erwerbstätigkeit von Frauen soll bis 2010 auf 60 Prozent europaweit steigen. Ziel der europäischen Initiative ist es, die Selbständigkeit junger Menschen zu fördern, und damit indirekt auch die Familien in Europa. Auch der europäische Sozialfond, dessen neue Förderperiode (2007-2013) gerade begonnen hat, kann z.B. für den Ausbau von Kinderbetreuungsstrukturen genutzt werden, wenn in der Antragstellung ein klarer Bezug zum Arbeitsmarkt deutlich wird. Auch nationale Programme, wie zum Beispiel das mehrjährige Investitionsprogramm der Bundesregierung, werden in Zukunft weiter unterstützt.

Schäfer betont, dass der Erfahrungsaustausch zwischen EU und den Kommunen sowie der Austausch zwischen den Mitgliedsstaaten untereinander immer wichtiger wird. Auf der einen Seite stehen wissenschaftliche Untersuchungen und Studien, auf der anderen Seite Beispiele aus der Praxis für diesen Austausch zur Verfügung. Studien, wie die des Zentrums für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung mit ausländischen Partner Universitäten, brauchen eine breitere Diskussionsplattform, ebenso regionale Projekte, wie das soziale Frühwarnsystem aus Nordrhein-Westfalen. "Der Vorbildcharakter von bereits durchgeführten Projekten hat", so Schäfer, "eine entscheidende Bedeutung". Erst wenn die

Kommunen vor Ort die Möglichkeit haben, sich über Projekte und Politikansätze zu informieren, wie andere Länder und deren Kommunen familienpolitische Themen handhaben, können sie entscheiden, ob Instrumente übertragbar sind. Die EU könnte hier einen wichtigen Beitrag leisten, indem auch der fachliche Austausch zwischen Städtepartnern gefördert wird, sowohl finanziell, als auch organisatorisch.

Perspektiven für Nordrhein-Westfalen

Für Dr. Marion Gierden-Jülich signalisiert die vergleichende Betrachtung deutscher und internationaler Familienpolitik, die auch die europäische Ebene erreicht hat, einen erkennbaren Wechsel zugunsten einer strukturierten Familienpolitik. An diesem Paradigmenwechsel orientieren sich auch immer mehr nordrhein-westfälische Kommunen. Das Land beteiligt sich daran mit einer Reihe von Landesprojekten und Gesetzesreformen, jedoch liegt es in der Zuständigkeit der Kommunen, den Familien vor Ort bedarfsgerechte Angebote anzubieten. Die gegenwärtige Beschäftigung mit dem Thema Familie auf der europäischen Ebene befördert diese Entwicklung. "Im europäischen Vergleich stellen wir fest", so Gierden-Jülich, "dass sich nicht nur die Probleme ähneln, sondern auch vergleichbare Instrumente vorhanden sind, um Familien zu unterstützen und zu fördern".



Die Kommunen sind verpflichtet, sich familienpolitisch zu engagieren und sowohl den Eltern mit kostenlosen Beratungsangebote zu helfen als auch den Kindern, die einen Anspruch auf Förderung und frühe Bildung haben. (Dr. Marion Gierden-Jülich)

"Kinder haben ein eigenständiges Recht auf einen guten Start ins Leben", so die Staatssekretärin. Um dies zu gewährleisten, wird das Kindergartengesetz in Nordrhein-Westfalen reformiert. Dieses fördert zum Beispiel mehr Flexibilität in der Betreuung, eine gezielte Sprachförderung bereits zwei Jahre vor der Einschulung anstatt der vorherigen Dauer von acht Monaten, die Entstehung von 3000 Familienzentren in Nordrhein-Westfalen und den Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige. Das Land setzt auf die Familienzentren und auf die Implementierung sozialer Frühwarnsysteme. Kommunen sollen motiviert werden, um frühe Hilfen für Familien zu entwickeln, die nicht aus eigener Kraft ihren Erziehungsauftrag nachkommen können. Wichtig ist auch die Kooperation mit der Wirtschaft bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Kinderbetreuung liegt nicht nur in der Verantwortung von Kommunen und freien Trägern, sondern auch von Unternehmen. Für den öffentlichen Dienst sind bereits Regelungen für Teilzeitarbeit für erwerbstätige Mütter und Väter vorhanden, wobei es auch hier noch an Unterstützung für junge Eltern fehlt.

184 Milliarden Euro stehen jährlich für Familienhilfe in Deutschland zur Verfügung. Diese finanziellen Mittel müssen zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt werden, wobei Einsparungen verhindert werden sollen. Das setzt einen Schulterchluss zwischen Bund und Ländern voraus, damit Gelder nicht eingespart oder an anderer Stelle verwendet werden. "Das beinhaltet die Schaffung von Klarheiten bezüglich Finanzierung, Gesetzgebung und Aufsichtsrecht in der Familienhilfe", so Baranowski. Es besteht eine Rechtspflicht der Kommunen, für ausreichend Betreuungsplätze zu sorgen. Aber der Wegfall des Elternbeitrags-

defizitausgleichs führt dazu, dass die Kommunen gezwungen sind, die Betreuung über freiwillige Leistungen zu kompensieren, will man die Eltern nicht weiter finanziell belasten. Hier wünschen sich viele Kommunen mehr Klarheit. Die Kommunen haben zudem das Problem, dass sich immer mehr kirchliche Träger aus der Betreuung zurückziehen.

"Familienförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die für alle auskömmlich gestaltet werden muss", so Roland Schäfer. Jedoch kann Familienfreundlichkeit bereits mit kleinen und bereits vorhandenen Mitteln vor Ort erzeugt werden. Aber die Verbesserung der Infrastruktur in der Familienhilfe kann nicht allein von den Kommunen getragen werden. Auch die Bildungsförderung in Kindergärten sollte in der Verantwortung des Landes liegen.

Mit dem Landesprojekt "Komma, FF" hat das Land bereits viel in den Kommunen angestoßen und gezeigt, dass sich Familienhilfe auch mit kleinen Mitteln und kostengünstigen Instrumenten weiterentwickeln lässt. Wichtig ist, dass die Angebote und Leistungen für Familien systematisiert werden müssen. Nur so können vorhandene Mittel gleichmäßig verteilt werden, und zwar dort, wo sie gebraucht werden. "Vieles ist machbar, wenn man den Blick darauf schärft", so Gierden-Jülich. Die Kommunen brauchen Partner vor Ort, wie Kirchen, Unternehmen und engagierte Bürgerinnen und Bürger. Es müssen mehr lokale Bündnisse für Familien angestoßen werden. Viele Unternehmen haben bereits begriffen, dass sie ihre Mitarbeiter mit Kindern unterstützen müssen.

Mit der im Rahmen von "Komma, FF" entwickelten Software gestützten Familienberichterstattung haben die Kommunen nun ein Instrument an der Hand, Bedarfe genauer abzufragen und passgenaue Angebote für Familien zu entwickeln. Dabei können sie bereits auf vieles zurückgreifen. Kommunen wie Gelsenkirchen, die sich in der Pilotphase an der Familienberichterstattung beteiligt haben, zeigen, dass ein effektives und finanzierbares kommunales Management für Familien möglich ist.



Im Anschluss an den 'offiziellen' Teil wurden die Gespräche und Diskussionen in angenehmer Atmosphäre weitergeführt.

In vier Foren informierten sich Fachleute aus der kommunalen Praxis über Erfahrungen mit der Entwicklung und Implementierung familienfreundlicher Konzepte in Gelsenkirchen, Herten, Oberhausen und im Kreis Unna



Teil 2

Der Fachtag



Über die Möglichkeiten und den Nutzen einer präventiven örtlichen Familienpolitik referierte Prof. Dr. Peter Strohmeier vom Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung an der Ruhr-Universität Bochum

Politik für Familien vor Ort

Initiativen des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Beate Wieland,
Abteilungsleiterin für
Generationen und
Familie im Ministerium
für Generationen,
Familie, Frauen und
Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen

Die Familienpolitik generell hat durch den demografischen Wandel auf allen politischen Ebenen – Bund, Länder, Kommunen – deutlichen Rückenwind bekommen. Die kommunale Familienpolitik ist in den Fokus der Aufmerksamkeit gelangt, weil sich der demografische Wandel ganz besonders deutlich in den Städten und Gemeinden bemerkbar macht.

Dabei ist bekannt, dass sich die demografische Entwicklung regional recht unterschiedlich vollzieht und bereits heute zahlreiche Städte schrumpfen. Familien der Mittelschicht wandern verstärkt ins Umland ab. Gleichzeitig konzentrieren sich Familien aus bildungsfernen Schichten und Familien mit Zuwanderungsgeschichte auf wenige Stadtteile.

Die Bevölkerungszusammensetzung hat unmittelbare Konsequenzen insbesondere auch für die Wirtschaftskraft von Kommunen. Vor diesem Hintergrund hat sich deshalb eine Art 'Ökonomisierung' der kommunalen Familienpolitik entwickelt, die sich auf den vereinfachten Nenner "gute Familienpolitik ist gute Standortpolitik" bringen lässt.

Wir können nun darüber philosophieren, warum Familienpolitik lange Zeit einen eher geringen Stellenwert hatte, obwohl Familie für die meisten Menschen – das zeigen alle Umfragen – sehr große persönliche



Bedeutung hat und jeder im Verlauf seines Lebens unterschiedliche Formen von Familienleben durchläuft. Mittlerweile ist Familie – gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – zu einem politischen Kernthema geworden. Mit Blick auf die Zukunft müssen wir uns neue Fragen stellen:

- Wie kann Politik auf allen Ebenen Familien sinnvoll unterstützen? Wie können wir die Rolle der Familie in einer Zeit stärken, die im Berufsleben – nicht gerade familienfreundlich – hohe und steigende Anforderungen an Mobilität und Flexibilität stellt?
- Wie werden Generationen künftig zusammenleben, gerade angesichts der Tatsache, dass sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Generationen im demografischen Wandel umkehrt und die Älteren in absehbarer Zeit die Majorität und die Jüngeren die Minderheit sein werden?
- Wie können wir Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besser integrieren?

Politik für Familien

Es ist klar: Der Bund, die Landesregierung und die Kommunen können die demografische Entwicklung möglicherweise durch geeignete Politikansätze längerfristig positiv beeinflussen, nicht aber kurzfristig umkehren. Es gilt vielmehr, die gesellschaftlich not-

wendigen Umbauprozesse zu gestalten und dabei auch die Chancen zu nutzen, die mit dem demografischen Wandel verbunden sind.

Familienfreundlichkeit ist ein Schlüsselfaktor für unsere Zukunft. Familie ist der Ort, an dem Kinder aufwachsen, an dem Grundlagen für Kulturtechniken und Sozialverhalten gelegt werden, und das sowohl zwischen den Partnern als auch zwischen den Generationen. Bei den meisten Familien funktioniert das recht gut. Aber die Herausforderungen und Belastungen steigen und damit auch die Zahl der Familien, die Unterstützung brauchen. Es besteht daher vom Grundsatz her flächendeckend Konsens zwischen allen politischen und gesellschaftlichen Akteuren, dass wir eine familien- und kinderfreundliche Politik brauchen.

Politik kann und will niemandem vorschreiben, wie er sein persönliches Leben gestaltet. Aber Familienpolitik kann dazu beitragen, dass junge Menschen wieder den Mut haben, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen, indem sie geeignete Rahmenbedingungen dafür schafft, und das steht im Vordergrund unserer Familienpolitik. Das heißt konkret:

- Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an verlässlicher Betreuung für alle Altersgruppen,
- die Weiterentwicklung von Beratung und Unterstützung für Familien und
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und zwar für Frauen und Männer.

Verbunden mit unseren familienpolitischen Ansätzen ist eine gezielte Unterstützung der Familienpolitik in Städten und Gemeinden.

Familienzentren und Kinderbetreuung

Ein zentrales Vorhaben der Landesregierung in dieser Legislaturperiode ist die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren. Mit der Entwicklung von Familienzentren reagieren wir auf die geänderte Situation und Bedarfe der Familien. Das Hauptanliegen dabei ist, die bisher oft in verschiedenen Einrichtungen nebeneinander stehenden Beratungs-, Betreuungs- und Dienstleistungsangebote für Familien gebündelt bereit zu stellen. Diesen Entwicklungsweg geht nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern es ist national und international ein Trend zur Integration verschiedener Angebote zu erkennen. Worin liegt das Neue dieses Ansatzes und was versprechen wir uns davon?

Die Landespolitik hat reagiert auf die geänderten Bedarfe der Familien unter anderem mit dem Ausbau der Betreuungsstrukturen und der Entwicklung von Familienzentren

Das Besondere dieses Weges besteht darin, dass wir die Logik der Ausrichtung und des Zuganges umkehren. Das heißt: Nicht die Familien sollen sich in ihrer Alltagsgestaltung dem jeweiligen Angebot anpassen, sondern umgekehrt: In den Familienzentren sollen möglichst flexible und umfassende Angebote vorhanden sein, die gut auf die Situation der Familien vor Ort passen. Nicht die Familien sollen sich auf die Suche von Hilfen machen, sondern diese sollen sie im Familienzentrum selbst oder von dort vermittelt vorfinden können. Das bedeutet auch, dass die Familienzentren selbst den Bedarf und die Wünsche der Familien als Grundlage nehmen müssen, um ein möglichst für das Umfeld passgenaues und niederschwelliges Angebot vorzuhalten. Warum ist dies heute notwendig?

Besonders anschaulich wird das an der Betreuungsfrage. Die Berufstätigkeit beider Elternteile wird zunehmend zum Regelfall in den Familien, damit wird die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur entscheidenden Herausforderung für das Gelingen des Familienalltages. Arbeitszeiten müssen mit Betreuungszeiten in Einklang gebracht werden, Ferienbetreuung organisiert, die Versorgung von Kindern unter drei Jahren ausgebaut und Hilfe bei erkrankten Kindern geleistet werden. Hier brauchen die Familien flexible, qualitativ hochwertige und verlässliche Lösungen. Deshalb vermitteln Familienzentren Eltern ein verbessertes und größeres Angebot an Tagesmüttern und Tagesvätern. Auch die Betreuungszeiten werden flexibler, damit Frauen und Männer Familie und Beruf besser vereinbaren können.

Gleichzeitig wachsen die Ansprüche an die Erziehung von Kindern. Frühkindliche Bildung, Sprachförderung, die Orientierung von Kindern im städtischen Umfeld und die Auseinandersetzung mit Medien sind nur einige Punkte, die Erziehung heute schwieriger machen. Auch wenn die meisten Familien die an sie gestellten Herausforderungen gut bewältigen, so ist doch der Bedarf an Unterstützung gewachsen.

Um Unterstützung für diejenigen, die sie wollen und brauchen, auch "an die Familie heranzubringen", ist ein höheres Maß an Niederschwelligkeit in den Angeboten erforderlich. Denn wir wissen: Die häufigste Hürde bei der Inanspruchnahme von Beratungs- und Hilfeleistungen ist der fehlende Zugang zu eben diesen Angeboten. Mit den Familienzentren, die auf Kitas aufbauen, können wir gerade diese Niederschwelligkeit erreichen. Denn Kitas sind die ersten Einrichtungen, in denen die Kinder viel Zeit verbringen, Zutrauen zu fremden Kindern und anderen Menschen entwickeln und auch ein vertrauensvoller Kontakt zwischen Erzieherinnen und Eltern entsteht. Deshalb werden die Angebote von Familienberatung und Familienbildung in den Familienzentren vernetzt sein.

251 Piloteinrichtungen haben sich auf den Weg gemacht, ein Familienzentrum zu werden und mit niederschwelligen Angeboten auch diejenigen Familien zu erreichen, die besondere Unterstützung brauchen.

Um beurteilen zu können, was ein Familienzentrum ausmacht, werden wir ein Gütesiegel einführen, in dem die Mindeststandards festgelegt sind. Das Gütesiegel wird ein Spektrum von verschiedenen Leistungen enthalten, so dass jede Einrichtung die Möglichkeit hat, ihr eigenes Profil zu finden – ein Profil, das dem Bedarf im Sozialraum entspricht, zur lokalen Infrastruktur passt und die Möglichkeiten vor Ort nutzt.

251 Piloteinrichtungen haben sich seit Mai 2006 auf den Weg gemacht, ein Familienzentrum zu werden. Dabei werden sie durch vielfältige Angebote wie Fachtagungen, Fortbildungen und Coaching direkt vor Ort in den Einrichtungen unterstützt. Bis 2012 sollen in Nordrhein-Westfalen 3000 der rund 9700 Kindertagesstätten zu Familienzentren ausgebaut sein. Damit wollen wir auch diejenigen Mütter und Väter besser erreichen, die von sich aus keine Beratungsstelle aufsuchen würden, allen voran die Eltern mit Zuwanderungsgeschichte. Das ist zugleich ein Schritt in Richtung Chancenverbesserung für Kinder.

Frühe Hilfen für Familien, Soziales Frühwarnsystem

Um speziell Familien mit Problemlagen frühzeitig erkennen und unterstützen zu können, hat sich die Landesregierung ein Paket von Maßnahmen vorgenommen. Es geht dabei um eine Vielzahl von Initiativen von der Verbesserung der Wahrnehmung der Früherkennungsuntersuchungen über Fortbildung und Qualifikation von Fachkräften bis hin zur Verbesserung der Elternkompetenz.

Bereits seit 2005 fördert die Landesregierung das Projekt: "Soziale Frühwarnsysteme – Frühe Hilfen für Familien", nachdem eine vorherige vierjährige Modellphase erfolgreich verlaufen ist. Ziel des Projektes ist es, durch strukturierte, verlässliche und berechenbare Kooperationen von Fachkräften in Kommunen rechtzeitig problematische Situationen zu erkennen, zu beurteilen und entsprechend zu handeln. Um Ihnen das Projekt plastisch zu machen, möchte ich Ihnen zwei Beispiele schildern.

In einigen Orten in Nordrhein-Westfalen (zum Beispiel Bielefeld) sind Frühwarnsysteme dergestalt installiert, dass Krankenhauspersonal und Hebammen gezielt geschult werden wahrzunehmen, wo ein möglicher Problemfall entstehen kann, zum Beispiel wenn eine Frau, die gerade geboren hat, keinen Besuch bekommt oder der Vater verwaorlost wirkt oder wenn die Frau mit dem Kind nichts anfangen kann. Ist das der Fall, wird noch in der Klinik ein Gespräch mit der Frau geführt und ihr Hilfe angeboten durch eine ehrenamtliche

"Patin", die ihr für eine unbestimmte Zeit zur Seite gestellt wird. Diese "Patinnen" sind durch Kinderschutzbund oder Jugendamt dafür geschult, mit Problemfamilien umzugehen. Sie betreuen die Familien, solange diese es braucht, und das können die ersten Monate nach der Geburt, manchmal aber auch Jahre sein. Die Patinnen werden von den Familien gut angenommen als freiwilliges niederschwelliges Angebot.

Am Standort Herne konzentriert man sich auf die Kindergartenkinder im Alter von drei bis sechs Jahren, da festgestellt wurde, dass die Zahl verhaltensauffälliger Kinder zunimmt. Alle Tageseinrichtungen in Herne beteiligen sich an dem Projekt. Fällt ein Kind in Herne in seiner Tageseinrichtung beispielsweise durch besondere Aggressivität auf, wird es von den geschulten Erzieherinnen systematisch beobachtet. Systematisch bedeutet, dass Verhaltensauffälligkeit definiert und in Beobachtungsbögen festgehalten wird, an denen sich die Erzieherinnen orientieren können. Gewinnt die Erzieherin den Eindruck, dass es sich hier um eine Verhaltensauffälligkeit handelt, nimmt sie Kontakt zu den Eltern auf. Bei einem Elterngespräch wird dann das Verhalten des Kindes dargestellt und Hilfe angeboten. Das kann bedeuten, dass mit den Eltern vorerst ein gezieltes pädagogisches Vorgehen vereinbart wird, das die Eltern in ihrer Erziehung anwenden. Sollte dies nicht funktionieren, könnten danach andere Hilfen wie zum Beispiel ein Beratungsgespräch bei einer Familienberatungsstelle angeboten werden. Außerdem kann den Eltern ein Kontakt zu den Gesundheitsdiensten vermittelt werden.

Wir haben solche Frühwarnsysteme zunächst an einigen Standorten erprobt (Siegen-Wittgenstein, Herne, Emmerich, Dortmund, Deutscher Kinderschutzbund LV NRW/OV Essen, Bielefeld). Die Orte, – Kita, Geburtsklinik etc. – sind verschieden, aber die Logik ist immer dieselbe:

- gezieltes und systematisches Beobachten,
- verbindlich vereinbarte Reaktionsschritte, wenn Auffälligkeiten auftraten, und
- klare Verantwortung, wer in welcher Form tätig wird, damit es keine Diffusion von Verantwortung durch unklare Zuständigkeiten gibt.

Dadurch konnten potenzielle Gefährdungssituationen bzw. massive Probleme schon im Vorfeld abgefangen werden. Auch wenn man den Erfolg entsprechender Ansätze nicht im exakten Sinne 'messen' kann: Ich bin sicher, dass auf diese Weise schon so manche unheilvolle Entwicklung verhindert werden konnte.

Nach den positiven Erfahrungen der Pilotprojekte haben wir eine Servicestelle (ISA) eingerichtet, die interessierte Kommunen und Träger bei der Etablierung sozialer Frühwarnsysteme unterstützt. Inzwischen sind allein durch die Unterstützung der Servicestelle über 30 Soziale Frühwarnsysteme zustande gekommen. Darüber hinaus gibt es weitere Standorte, die sich bereits selbstständig auf den Weg gemacht haben, wie zum Beispiel Düsseldorf. Die Servicestelle in Nordrhein-Westfalen steht auch in diesem Jahr allen Interessierten zur Verfügung. Durch Fortbildungen, Workshops und andere Veranstaltungen sollen möglichst viele Fachkräfte in die Lage versetzt werden, sich in einem sozialen Frühwarnsystem zu bewähren und mit den entsprechenden Arbeitsmitteln umzugehen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den Kindertageseinrichtungen. Daneben soll die Kooperation von Jugendhilfe und Gesundheitsdienst verbessert werden, um bereits rund um Schwangerschaft und Geburt ein verlässliches Hilfesystem anbieten zu können. Die mehrjährigen Erfahrungen erfolgreicher Standorte werden dazu ausgewertet und die Informationen für alle Interessenten bereitgestellt.



Mit einer Servicestelle beim Institut für soziale Arbeit in Münster unterstützt die Landesregierung die Kommunen bei der Realisierung sozialer Frühwarnsysteme. Ziel ist es, potenzielle Gefährdungssituationen in den Familien frühzeitig zu erkennen und abfangen zu können.

Kommunales Management für Familien

Wir möchten als Land die Kommunen auch dabei unterstützen, Familienpolitik strategisch noch besser in der kommunalen Politik zu verankern. Die Lebenssituation von Familien entscheidet sich ganz wesentlich vor Ort. Wie schon eingangs erwähnt, vollzieht sich der demografische Wandel in den Kommunen und Regionen recht unterschiedlich.

Das hat sich auch im Rahmen eines internationalen Forschungsprojektes gezeigt, das Prof. Strohmeier und sein Team von der Ruhr-Universität Bochum mit der Unterstützung unseres Ministeriums durchgeführt haben. Dabei ging es unter anderem um den Vergleich von Familienpolitik und privaten Lebensformen auf lokaler Ebene in verschiedenen EU-Ländern – neben Deutschland, den Niederlanden, Dänemark und Polen. Ergebnis dieser Studie ist: Die Situation der Familien unterscheidet sich im internationalen Vergleich – also wenn man die Daten auf Länderebene aggregiert betrachtet – nicht so stark voneinander. Viel größere Abweichungen gibt es zwischen den einzelnen Regionen, Städte und Stadtteilen innerhalb ein und desselben Landes. Das unterstreicht noch einmal, dass Familienpolitik sich jeweils einer spezifischen Ausgangslage vor Ort stellen muss. Genau hier setzen wir mit unserem Projekt Komma,FF – Kommunales Management für Familien – an. Dabei geht es um zwei Pfeiler, mit denen Kommunen bei ihrer Familienpolitik vor Ort unterstützt werden sollen: um eine EDV-gestützte kommunale Familienberichterstattung und um Qualifizierungskurse zum kommunalen Familienmanager.



Für die Familienberichterstattung wurde eine spezifische Software für die Erfassung von Daten entwickelt, die für eine zielgenaue kommunale Familienpolitik erforderlich sind. Das gilt sowohl für quantitativ-statistische Erhebungen als auch für Familienbefragungen. Außerdem gibt es Zusatzmodule, mit denen man spezifische Bereiche besonders unter die Lupe nehmen kann, zum Beispiel "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" oder "Familien in schwierigen Lebenssituationen". Auf der Grundlage dieser Daten können Ziele und Prioritäten der kommunalen Familienpolitik erarbeitet werden. Die Software wurde mit Förderung des MGFFI vom Zentrum für Ruhrgebietsforschung an der Ruhr-Universität in Bochum (ZEFIR) entwickelt. Hinter ZEFIR stehen Herr Prof. Strohmeier und sein Team. Für Interessenten sei gesagt: Die Software ist auch über ZEFIR zu beziehen. ZEFIR bietet auch an, eine Familienbefragung durchzuführen und auszuwerten und für die Kommunen einen schriftlichen Familienbericht zu erstellen.

Das Land unterstützt die Kommunen dabei, die Familienpolitik noch besser strategisch in der Kommunalpolitik zu verankern. Die im Rahmen von Komma,FF entwickelten Instrumente helfen, familienfreundliche Strukturen vor Ort gezielter und bedarfsgerechter zu implementieren.

Die drei Paketkomponenten (Datenerhebung, Familienbefragung, Familienbericht) wurden in einer Reihe von Modellkommunen zur Anwendung gebracht und mit Erfolg getestet, u.a. in Gelsenkirchen, Herten, Oberhausen und im Kreis Unna. Begleitet wurden die Modellkommunen von ZEFIR und vom Institut für soziale Arbeit in Münster (ISA). In allen Modellkommunen hat die Familienpolitik einen großen Schritt nach vorne gemacht und deutlich mehr Gewicht bekommen. In welcher Form das konkret geschehen ist, ist von Ort zu Ort unterschiedlich. Natürlich sind die Fortschritte der Modellkommunen nicht direkt und ausschließlich das Ergebnis der gezielten Datenerhebung und der Familienberichterstattung, sondern Folge der intensiven Zuwendung und Aufmerksamkeit, die das Thema Familienfreundlichkeit erfahren hat. Aber die Ansätze, die in dem Modellprojekt Komma,FF entwickelt wurden, sind gute Instrumente, um die Implementierung einer gezielten familienfreundlichen Kommunalpolitik zu erleichtern.

Das zweite Angebot, das im Rahmen des Modellprojekts bereitgestellt wurde, sind berufs-
begleitende Qualifizierungskurse für kommunales Familienmanagement. Die Kurse, die
2005 und 2006 angeboten worden sind, waren stark nachgefragt bzw. sogar überbucht.
Zurzeit überlegen wir deshalb mit ZEFIR, unter welchen Voraussetzungen wir die
Qualifizierungskurse in diesem Jahr wieder anbieten können.

Integration von Familien mit Zuwanderungsgeschichte

Ein weiterer Bereich einer gelungenen Familienpolitik vor Ort – den ich gerade wegen des
Profils unseres Ministeriums hier noch erwähnen möchte – ist die stärkere Einbeziehung
der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unsere Familienangebote. Das ist ganz
besonders wichtig für ein Land wie Nordrhein-Westfalen, in dem für fast ein Viertel aller
Einwohner Zuwanderung Teil der eigenen oder familiären Identität ist, wobei auch hier
ganz erhebliche Unterschiede in der kommunalen Verteilung bzw. noch kleinräumiger nach
Stadtteilen bestehen.

Obwohl Menschen mit Zuwanderungsgeschichte die Familienberatung bereits heute mehr
und mehr nutzen, gibt es noch kulturelle und Sprachbarrieren, die es zu überwinden gilt.
Wie das geschehen kann, erörtern wir derzeit mit den Trägerverbänden. Zur besseren
Ausrichtung der Familienberatung auf die Ansprüche und Problemstellungen der zuge-
wanderten Familien haben wir gemeinsam mit den Familienberatungsdiensten, den
Beratungsdiensten für Zugewanderte und mit Selbstorganisationen Handreichungen zur
interkulturellen Öffnung der Familienberatung entwickelt und veröffentlicht.

Für fast ein Viertel der
Bevölkerung in
Nordrhein-Westfalen ist
Zuwanderung Teil der
eigenen oder fami-
liären Identität.

Außerdem fördern wir zwei Modellprojekte zum Bereich "interkulturelle Öffnung in der
Familienberatung" in Leverkusen und Minden-Lübbecke. Ziel ist es, praktische Erfahrungen
zum besseren Erreichen der Kinder, Jugendlichen und Eltern mit Zuwanderungs-
hintergrund durch Angebote der Familienberatung zu sammeln und Hinweise über
Veränderungsnotwendigkeiten in den Familienberatungsstellen zu gewinnen. Zugleich wird
erprobt, welche Kooperationsbeziehungen nützlich und welche Angebotsorte hilfreich sind.

In Minden-Lübbecke liegt dabei der Schwerpunkt auf den Spätaussiedlern. Hier kooperiert
die Familienberatung mit Schulen mit besonders hohem Ausländeranteil. Die Beratung wird
auch in den Schulen angeboten, zum Beispiel in offenen Sprechstunden. In Leverkusen
konzentriert man sich auf Kinder, Jugendliche und Eltern vorwiegend türkischer Herkunft.
Hier findet die Kooperation mit Kindertageseinrichtungen und mit den muslimischen
Organisationen (Vereine, Moscheen) statt. Auch hier werden offene Sprech-
stunden in Kindertageseinrichtungen, Jugendtreffs etc. angeboten.

Ähnliche Ansätze wie bei der Beratung erproben wir auch in der Familienbildung. Zugleich
bauen die Landesorganisationen der Familienhilfe und Familienselbsthilfe Brücken zu den
Migrantenorganisationen. Nachdem sie im letzten September in Zusammenarbeit mit unse-
rem Haus einen Familientag unter dem Motto "Familienland NRW: Verschiedene Herkunft,
gemeinsame Zukunft" veranstaltet hatten, wird demnächst ein Handbuch für die künftige
Zusammenarbeit in den Kommunen herausgegeben.

Schlussbemerkung

Soweit der Überblick über unsere wesentlichen Schwerpunkte mit Bezug zur kommunalen
Familienpolitik. Die Kommunen sind unsere zentralen Partner bei dem Vorhaben, die
Familien- und Kinderfreundlichkeit in unserem Land weiter zu verbessern.

Kommunale Familienberichterstattung

als Instrument einer präventiven Familienpolitik vor Ort



Prof. Dr. Peter
Strohmeier, Leiter des
Zentrums für interdisziplinäre
Ruhrgebietsforschung an der Ruhr-
Universität Bochum

Familie – ein kommunalpolitisches Gewinnerthema?

Familienpolitik wird in Deutschland momentan als Gewinnerthema behandelt und erfährt eine neue ‚Wertigkeit‘. Im Allgemeinen gibt es in der Gesellschaft immer Themen, die ‚konjunkturell‘ verstärkt behandelt werden, aber auch schnell wieder von der Bildfläche verschwinden, ohne dass sichtbare Veränderungen stattgefunden haben. So stellte bereits der Familienbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1995 fest, dass es eine überall waltende strukturelle Rücksichtslosigkeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber der Familie gibt und dass den Familien geholfen werden müsse. Aber auch heute geht es den Familien noch schlecht.

Dennoch hat Familienpolitik in der aktuellen politischen Diskussion eine neue Wertigkeit erlangt. Hier findet tatsächlich eine Umorientierung statt. Längst geht es nicht mehr nur noch darum, armen Familien zu helfen, sondern in diese zu investieren. Familienpolitik kann nicht mehr länger auf kompensatorische Transferleistungen reduziert werden, nach dem Motto ‚den armen Familien muss geholfen werden‘. Familienpolitik muss viel früher ansetzen und als Investition in ein Zukunftspotenzial verstanden werden.

Familien sind soziale Gebilde bzw. soziale Systeme, in denen etwas grundlegendes produziert wird: Humankapital. Für die Entwicklung einer Gesellschaft ist nicht nur ausschlaggebend, wie viel Nachwuchs produziert wird, sondern auch dessen Qualifikation – Bildung und Sozialkapital – ist von entscheidender Bedeutung. Man muss also frühzeitig in Familie investieren, damit sie diese Produktionsleistung adäquat erfüllen kann,

um handlungsfähig zu sein. Nur so können in den Familien elementare Fähigkeiten, wie Solidarität oder Leistungsbereitschaft, entwickelt und weitergegeben werden.

Obwohl sich dieser Paradigmenwechsel in der Familienpolitik auf der kommunalen Ebene noch nicht durchgesetzt hat, gewinnt er zunehmend an Bedeutung. Der demografische Wandel hat Konjunktur und löst einen regelrechten Wettbewerb um die Familien aus. Jede Stadt will familienfreundlich sein und sinnt auf Strategien, den Zuzug von Familien zu fördern bzw. deren Abwandern zu verhindern.

Stolpersteine

Investitionen in die Zukunft im Sinne einer vorausschauenden Familienpolitik, sind für die meisten Kommunen in Nordrhein-Westfalen jedoch zurzeit mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Zum einen hat die überwiegende Zahl der nordrhein-westfälischen Kommunen im Vergleich zu anderen Bundesländern schlichtweg kein Geld für derartige Investitionen zur Verfügung. Vor dem Hintergrund knapper Kassen stellt sich zudem die Frage, an welchen Stellschrauben heute gedreht werden muss, damit morgen die positiven Effekte dieser Politik auch spürbar werden. Es fehlt an entsprechenden Informationssystemen, mit deren Hilfe die erwartbaren Tendenzen und Entwicklungen vor Ort kalkulierbar werden.

Ein weiterer, nicht zu unterschätzender ‚Stolperstein‘ für die Umsetzung einer präventiven Familienpolitik liegt in der für Deutschland zersplitterten Zuständigkeiten für Familien. Schaut man allein in eine Kommune und darauf, wer Leistungen für Familien bzw. Kinder erbringt, dann fällt auf, dass mindestens fünf Ämter für ein Kind zuständig sind: das Grünflächenamt und die Stadtentwicklungsabteilung, das Schul- und Jugendamt sowie das Sozialamt oder neu die ARGE n im Falle der Arbeitslosigkeit der Eltern.

Es müssen also Strukturen verändert werden, um die kommunale Familienarbeit nachhaltiger und effektiver gestalten zu können. Eine zielgerichtete präventive Familienpolitik braucht ein gut funktionierendes Informationssystem sowie klar definierte Zuständigkeiten. Vor diesem Hintergrund wurde die kommunale Familienberichterstattung entwickelt und den Kommunen ein Instrument an die Hand gegeben, mit dem sie zielgerichtet agieren können. Ziel ist es, die Strukturen so zu verändern, um die Zuständigkeiten für Familie effektiv bündeln zu können.

Differenziertheit von Familienpolitik

Wenn in den Medien über Familienpolitik diskutiert wird, dann immer nur in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Wie im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang ist es jedoch nirgendwo. Daher gewinnt Familienpolitik gerade auf der kommunalen Ebene an Bedeutung. Denn in jeder Stadt stellt sich die familienpolitische Situation anders dar. Nicht alle Familien wohnen zum Beispiel gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. Vielmehr haben wir es mit örtlichen Konzentrationen zu tun.

In jeder Stadt und jeder Region des Landes sind ganz unterschiedliche Familienstrukturen vorhanden. Lediglich ein Sechstel der Haushalte in den Großstädten sind Familienhaushalte, wobei in nur 20 Prozent dieser Haushalte auch Kinder leben. Der Rest sind Singles, kinderlose Ehepaare. Jeder fünfte Haushalt ist kinderlos. Die örtliche Ebene bildet die Wirklichkeit von Familie viel differenzierter ab, als der Diskussionskontext in dem das Thema Familienpolitik diskutiert wird. Es gibt eine regionale Ausprägung und Vielfalt von Familienleben und Familien erleben. Der Blick auf bestimmte Regionen ist wichtig, da Familien die Umweltbedingungen und die strukturellen Ungerechtigkeiten und Rücksichtslosigkeiten ganz unterschiedlich wahrnehmen. Im siebten Familienbericht der Bundesregierung werden das erste Mal solche kleinräumigen Zusammenhänge berücksichtigt.

Für eine zielgerichtete präventive Familienpolitik brauchen die Kommunen ein gut funktionierendes Informationssystem.

Weitere Beispiele, die im Ansatz auch in diese Richtung gehen, ist beispielsweise das Projekt "Demografischer Wandel und familienfreundliche Gesellschaft auf örtlicher Ebene" von der Bertelsmann Stiftung. Hier kann man Demografieprofile für jede Region abfragen. Die Datensammlung liefert zwar keine Handlungshilfe, kann jedoch für das Thema sensibilisieren und zeigt auf, dass unterschiedliche Entwicklungen verschiedene Strategien erfordern.

Warum ‚kommunale‘ Familienpolitik?

Insgesamt ist das Manko der familienpolitischen Diskussion, dass sie zu abstrakt geführt wird. Familien erleben Beschränkungen nicht repräsentativ im Bundesdurchschnitt, sondern in ihrem unmittelbaren Umfeld. Wenn es gelingt, bundesweit die Kinderbetreuung zu verbessern, hat man als Eltern nichts davon, wenn dies nicht auch innerhalb der eigenen Gemeinde geschieht. Die Erkenntnis, dass es schwierig ist, Beruf und Familie in Deutschland zu vereinbaren – ein Grund, warum viele akademische Frauen keine Kinder bekommen – ist eine örtliche Erkenntnis. Eine spürbare Veränderung der Lebenswirklichkeit von Familien muss also in deren unmittelbaren Umfeld geschehen und nicht 30 km entfernt.

Die kommunale familienpolitische Diskussion wird gegenwärtig zu undifferenziert geführt. Daher sollten sich die Kommunen auch von so generellen Zielsetzungen, wie die Steigerung der Geburtenrate, verabschieden. Die sinkende Geburtenrate ist zwar eine Begründung für die neue Wertigkeit der Familienpolitik. Aber die Hoffnung, dass man die Geburtenrate mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. dem Ausbau der Kinderbetreuung wieder erhöhen kann, wird sich nicht bestätigen, wenn sich die Situation der Familien nicht generell verbessert.

Es gibt vereinzelte Beispiele, die eine kurzfristige Verbesserung bezüglich der Geburten aufzeigen. Ein Beispiel hierfür ist die Gemeinde Laer, die durch den Ausbau der Kinderbetreuung kurzfristig eine Steigerung der Geburtenrate erzielen konnte. Dies ist jedoch nicht unbedingt ein nachhaltiger Effekt, denn die Mütter in Laer bekamen nicht mehr Kinder. Vielmehr sind viele Familien aus den größeren, umliegenden Städten wegen dieser Angebote erst zugezogen. Die Menschen suchen sich eben einfach immer die Umgebung aus, die für den jeweiligen Lebensabschnitt die besten Bedingungen bietet.

Es geht darum, die Lebenssituation von Familie generell zu verbessern. Das ist mit kurzfristigen Maßnahmen auf die Dauer schwer möglich. Man muss die Strukturen so gestalten, dass Familie eine Lebensform ist, die Spaß macht. Das Image von Familien, eine belastete Lebensform zu sein, soll positiv verändert werden. Zudem soll die Entscheidung für Kinder leichter fallen. Es hat also wenig Sinn, allein auf die Steigerung der Geburtenzahlen und damit auf kurzfristige Effekte zu setzen. Aber was kann eine Kommune überhaupt tun?

Möglichkeiten und Grenzen der Familienförderung

Es gibt vier Arten von Interventionen, mit denen der Staat bzw. die Kommune eine Verbesserung der Lebenssituation von Familien bewirken kann:

- Durch rechtliche Interventionsmöglichkeiten können Kinder alleinerziehender Eltern besser unterstützt werden. Diese Zuständigkeit liegt beim Bund. Die Kommune hat hier keine Handlungsmöglichkeiten.
- Auch ökonomische Interventionen, wie Kindergeld, Steuerentlastungen etc., liegen im wesentlichen im Kompetenzbereich des Bundes.
- Dienstleistungen für Familien, wie zum Beispiel Angebote der Kinderbetreuung und Familienberatung, fallen in den Bereich der ökologischen Intervention und liegen im Verantwortungsbereich der Kommune.
- Unter personeller oder auch pädagogischer Intervention versteht man den institutionellen Bereich zur Verbesserung der Dienstleistungsstruktur.



Während die rechtliche und monetäre Familienpolitik im Verantwortungsbereich der Bundesregierung liegt, liegt der familienpolitische Handlungsspielraum der Kommunen im Aufbau von familienfördernden Dienstleistungsstrukturen. Hierunter fallen jedoch auch Leistungen, die auf den ersten Blick nur entfernt etwas mit Familienpolitik zu tun zu haben scheinen. Sie sind aber dennoch relevant für den Grad der Familienfreundlichkeit einer Kommune. Gemeint sind Bereiche, wie zum Beispiel die Stadtentwicklung oder Verkehrsplanung, aber auch Bereiche, wie die Sozial- oder Altenhilfeplanung (Stichwort Barrierefreiheit). So können aufgrund ihrer Bebauung oder Stadtrandlage als besonders familienfreundlich ausgewiesene Stadtteile sich bei einer Elternbefragung als verkehrstechnisch völlig ungeeignet für Kinder herausstellen. Auf dem ersten Blick haben Bereiche, wie die Verkehrsplanung, nichts mit Familienpolitik im engeren Sinne zu tun, wohl aber mit familienfreundlicher Politik.

Das in der öffentlichen Debatte immer noch vorherrschende Image von Familie, eine belastende Lebensform zu sein, muss positiv verändert werden.

Bei der Frage, wer was macht, wird die Unterscheidung zwischen örtlicher und kommunaler Familienpolitik relevant. Unter kommunaler Familienpolitik verstehen sich alle familienfördernden Maßnahmen, die in der Kompetenz der Kommune liegen. Eine örtliche Familienpolitik stellt jedoch in erster Linie auf die Lokalität der Leistungserbringung ab. Diese kann also nicht nur im Handlungsfeld der Stadtverwaltungen liegen, sondern schließt auch Maßnahmen von Unternehmen (Betriebskindergärten, flexible Arbeitszeitmodelle) und anderen gesellschaftlichen Akteuren (Vereine) ein. Es gibt bereits eine Anzahl von lokalen Familienbündnissen, in denen sich vor allem Unternehmen familienpolitisch engagieren.

Von Belang ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass es nicht wichtig ist, wer eine familienfördernde Leistung erbringt, sondern dass diese im direkten Umfeld der Familien erbracht wird. Für die Familienberichterstattung bedeutet dies, dass beim Aufbau eines Familien-Informationssystems nicht nur verwaltungsinterne Daten und ‚Kennzahlen‘ erhoben und ausgewertet werden. Vielmehr sollen alle teilnehmenden Akteure und auch die Familien selbst mit relevanten Informationen versorgt werden. Bei der Familienberichterstattung geht es also darum, eine örtliche Familienpolitik zu entwerfen, die auf unterschiedliche Bedarfe eingeht und nachhaltig reagieren kann.

Familienförderung als örtliche Familienpolitik

Familienförderung als örtliche Familienpolitik bedeutet, dass die produktiven Fähigkeiten von Familie generell unterstützt werden. Das heißt in einem ersten Schritt, bereits vorhandene Ansätze, wie zum Beispiel die überall entstehenden lokalen Bündnisse, aber auch bereits vorhandene familienfördernde Infrastruktur ‚aufzufangen‘ und zu strukturieren. So entsteht eine klare Situationsbeschreibung der in der Kommune lebenden Familien. Im Rahmen einer solchen Bestandsaufnahme wird es möglich aufzuzeigen, welche Mittel bezüglich der Familienhilfe bereits vorhanden sind und wo sie gegebenenfalls noch ausgearbeitet werden können. Im Rahmen der Familienberichterstattung werden dazu Handlungsanleitungen herausgearbeitet, um durch strukturelle Veränderungen eine umfassende Familienfreundlichkeit realisieren zu können.

Die Verwaltung kann in vielen Fällen Moderator örtlicher Familienpolitik sein. Sie sollte weniger Leistungen erbringen, aber deutlich mehr Steuerungsfunktion übernehmen, das heißt die Bedarfe von Familien aufdecken, Entwicklungen wie Zu- oder Wegzug dokumentieren und alle relevanten Akteure an einen Tisch bringen. Im Vordergrund muss aber immer stehen, dass solche Veränderungen einen gewissen Zeitraum benötigen.

Politische Konzepte für Familienfreundlichkeit gibt es nicht von der Stange, wobei die Diskussion auf der Bundesebene immer davon auszugehen scheint. Laut eines Gutachtens von Rürup für nachhaltige Familienpolitik aus dem Jahr 2003 besteht eine zu große Schwelle von keinem Kind zum ersten Kind. Die Empfehlung hierzu lautet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und die Kosten des "Kinderbekommens" zu reduzieren. International gesehen zeigt sich, so Rürup, dass Länder mit quantitativ und qualitativ hoher Kinderbetreuung auch eine hohe Geburtenrate haben.



Alle diese Punkte sind für bestimmte Städte, Kreise und sogar Stadtteile zwar interessant und treffen zu, jedoch gibt es in jeder Stadt mindestens zwei Wirklichkeiten von Familie: Die Wirklichkeit der Mittelschichtfamilien, für die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund familienfördernder Maßnahmen steht, und die der Familien aus der bildungsfernen Schicht, oftmals mit Migrationshintergrund, bei denen Themen wie Integration, Erziehungsfähigkeit und das Erlangen eines Berufes im Vordergrund stehen. Letztere Familien findet man übrigens nicht nur in Teilen des Ruhrgebietes, sondern auch in bestimmten Stadtteilen von München oder Regensburg.

Nach Franz-Josef Degenhardt gibt es eine Ober- und eine Unterstadt. Die Empfehlungen der Rürup-Kommission beziehen sich jedoch lediglich auf die Politik der Oberstadt. In der Unterstadt geht es aber weniger um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier geht es grundlegende Fragen, um die berufliche Qualifikation, um Erziehungsfähigkeit und Integration. Daher gehören alle diese Themen in das Feld Familienpolitik.

In jeder Stadt gibt es zwei Wirklichkeiten von Familie, die der Mittelschicht und die der Familien aus den bildungsfernen Milieus. Das Familieninformationssystem setzt daher auf eine kleinräumige Berichterstattung.

Betrachtet man die Lebensformen von Müttern in Nordrhein-Westfalen sortiert nach Kreisen und kreisfreien Städten, zeigt sich, dass in den Kreisen Gütersloh, Herford, Steinfurt und Borken der Anteil der erwerbstätigen Mütter hoch ist. In den Städten Steinfurt und Borken ist parallel dazu jedoch nur relativ geringe Zahl an Betreuungsplätzen vorhanden. In Städten wie Duisburg und Gelsenkirchen sind trifft man mehrheitlich auf traditionelle, sozial schwache Familien. Hier sind kaum Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefragt. Es sind eher Maßnahmen bezüglich der "neuen" Armut gefordert.

In jeder Stadt gibt es also wohlhabendere und ärmere Stadtteile in unterschiedlicher Gewichtung, d.h. es gibt keine familienpolitischen Maßnahmen von der Stange. Die Politik sollte auf unterschiedliche Lebensformen und Bedarfe eingehen.



Kommunale Familienberichterstattung

Es gibt drei Gründe für den Einsatz der kommunalen Familienberichterstattung als Instrument einer örtlichen Familienpolitik:

Die Diagnosefunktion

Viele Städte haben keine Zahlen über die Anzahl vorhandener Familie, in welchen Stadtteilen wie viele Familien leben oder wie viele Alleinerziehende in der Stadt wohnen. Die letzte Volkszählung hat 1987 stattgefunden. Teilweise wird durch Erfassung der Lohnsteuerkarten geschätzt. Dies beinhaltet aber ein erhebliches Fehlerpotenzial, da zum Beispiel volljährige Kinder hiermit gar nicht erst erfasst werden können. Auf spezialisierte Fragen haben also die meisten Städte keine Antwort. Wer aber z.B. ein Betreuungsangebot für Alleinerziehende etablieren will, muss wissen, wo sich diese Elternteile befinden, um politisch kurzsichtige ‚Blindflüge‘ zu vermeiden.

Die Aufklärungsfunktion

Die zweite Funktion ist die Aufklärung der Öffentlichkeit. Es müssen Informationen und Argumente für die Öffentlichkeit bereit stehen, um begründen zu können, warum zum Beispiel Ressourcen innerhalb einer Stadt wie umverteilt werden. Wenn eine Stadt im Ruhrgebiet feststellt, dass im nördlichen Stadtteilen ein hoher Anteil an jungen Migranten ohne Schulabschluss lebt, dann muss man dort die Schulen fördern und dazu Ressourcen aus dem besser gestellten Süden der Stadt umverteilen. Die Familienberichterstattung muss öffentlich und durch die Bürger legitimiert sein.

Die Evaluationsfunktion

Die Ergebnisse der Familienberichterstattung müssen kontinuierlich ausgewertet und analysiert werden. Was hat die Veränderung gebracht? Es muss ein Informationssystem entstehen, das für den dauerhaften Gebrauch geeignet ist und nicht für einmalige Imagekampagnen. So wird die Familienberichterstattung als Instrument einer nachhaltigen Familien-

politik sichtbar, mit dem man Tendenzen und Entwicklungen in den einzelnen Ortsteilen voraussehen und daher präventiv regulierend eingreifen kann. So kann man unter anderem die Zunahme der Armutsquote in Stadtgebieten beobachten, wo die Schulabgängerquoten sinken.

Kleinräumige Berichterstattung

Es gibt tatsächlich nach wie vor relativ wenig familienspezifische ‚Informationssysteme‘ und Datensammlungen, die den Städten nutzen. Auch im Familienatlas der Bundesregierung werden die Informationen lediglich auf Kreisebene aufbereitet. Diese Form der Datenaufbereitung ist für einzelne Städte, wie zum Beispiel Haltern oder Herten, völlig unbrauchbar. Innerhalb dieses Berichtes werden u.a. die Kreise Unna und Recklinghausen als Durchgangsstation mobiler Singles beschrieben, da sie in die gleiche Kategorie wie Bochum und Münster fallen, bei denen das tatsächlich der Fall ist.

Sortiert man zum Beispiel die Stadtteile der Kommunen Gelsenkirchen, Oberhausen und Herten nach den durchschnittlichen Bildungsjahren der Erwachsenen, was in vergleichbaren Studien ein wichtiger Indikator für die Schichtzugehörigkeit ist, und nach dem Pro-Kopf-Einkommen, dann stellt sich heraus, dass die Stadtteile unterschiedlicher sind als die Städte im Vergleich. Gelsenkirchen gilt beispielsweise als homogen arm. Dennoch findet man zum Teil erhebliche Unterschiede im Vergleich der einzelnen Stadtteile. Will man also präzise agieren, benötigt man präzise Informationen. Die Familienberichterstattung setzt daher auf kleinräumige Berichterstattung.

Der Familienbericht sammelt familienrelevante sozioökonomische Daten und beschreibt die soziodemografischen Entwicklungen für jede Stadt. Die Daten werden anschließend familienrelevanten Themen zugeordnet und analysiert.

Komma, FF

Die Familienberichterstattung ist ein Projekt des Zentrums für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung in Kooperation mit der Landesregierung. Neben den beiden Projektbestandteilen gehört zu den Zielvorstellungen die Entwicklung einer öffentlichen Internetseite, gemeinsam mit den am Projekt beteiligten Städten. Neben dem Aufbau eines datengestützten Informationssystems ist ein wesentlicher Projektbestandteil die Durchführung einer Familienbefragung an den Modellstandorten mit einer repräsentativen Auswahl von 1000 Familien. Wegen der hohen Rücklaufquote und um die Ergebnisse zu präzisieren, ist eine weitere Befragung von nunmehr 2000 Familien geplant.

Der Familienbericht besteht aus Basismodulen, welche soziodemografische Entwicklungen und sozioökonomische Daten der jeweiligen Stadt aufgreifen. Das heißt, es werden Daten unter anderem über das Bevölkerungswachstum, die Verteilung der Bevölkerung in der Stadt bzw. in den einzelnen Stadtteilen, die Verteilung der Einkommen und andere soziodemografisch relevante Daten gesammelt. Der zweite Teil des Berichtes besteht aus vier Zusatzmodulen, die familienrelevante Themen abdecken, zu denen die Daten erfasst werden. Die Zusatzmodule heißen ■ Vereinbarkeit von Familie und Beruf ■ Lebensraum Stadt ■ Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf, also kinderreiche, arme oder alleinerziehende Familien, aber auch Pflegebedürftigkeit in der Familie (sind oftmals ohne diese Befragung beim Amt gar nicht aktenkundig) ■ Situation der Kinder in der Familie.

Zurzeit werden bereits weitere Module entwickelt, wie zum Beispiel das Modul "Familie und Bildung", um den Familienbericht kontinuierlich zu erweitern. Bei diesem Modul geht es um Vererbung von Armut bzw. der sozialen Herkunft, ein Prozess, der sich gerade in Deutschland stark über Bildungsprozesse definiert.

An der Universität Bochum wird ein Bildungsmonitoring durchgeführt, mit dem der Zusammenhang von Sozialstruktur, soziale Lage und Bildung untersucht wird. Es gibt Stadtteile in Städten in denen 10 Prozent der Schüler zum Gymnasium gehen und auf der anderen Seite sind Stadtteile vorhanden, in den 80 Prozent ein Gymnasium besuchen. Man kann den Bildungsweg bis zur Universität verfolgen, sogar bis hin zur Wahl des Studiums. So schafft man der Bildungspolitik Möglichkeiten, Schwachstellen in der Infrastruktur zu erkennen und gegenzusteuern.

Ein weiteres neues Modul ist die Bevölkerungsprognose. Viele Städte haben nicht die Möglichkeit, selbst eine Prognose durchzuführen. Auch Kinderbefragungen sollen als weiteres Modul in den Familienbericht aufgenommen werden. Auch Kinder können bereits Probleme reflektieren und Verbesserungsvorschläge machen. Geplant ist auch ein Modul zur Erfassung des 'Ist-Bestands'. Was tut die Stadt, welche Leistungen erbringen freie Träger, Vereine, Stiftungen, Unternehmen oder engagierte Privatpersonen? Ein anderes Modul beschäftigt sich mit den "Generationenbeziehungen". Dabei geht es um die Beziehungen zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern, aber auch die der Minderjährigen zu ihren Großeltern. Innerhalb dieser Beziehungen – soweit intakt – werden viele ‚Familienleistungen‘ erbracht, die später die Kommunen tragen müssen, da durch den demografischen Wandel Generationenverschiebungen zunehmen werden.

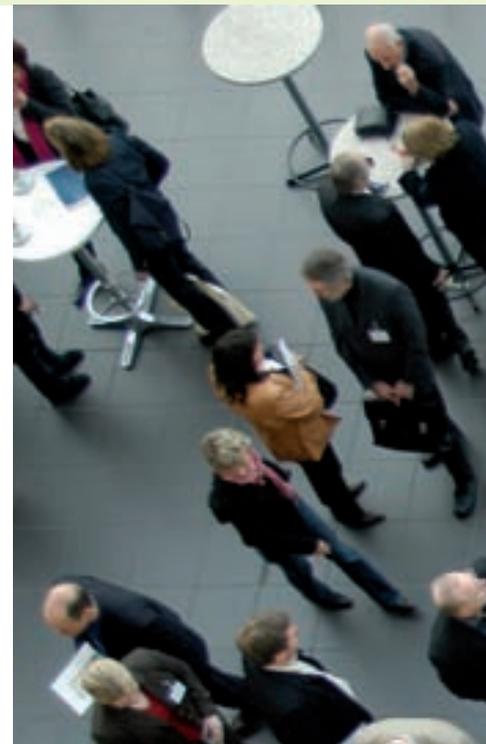
Heute werden viele Familienleistungen (Betreuung, Pflege) noch von Angehörigen erbracht. Aufgrund der demografisch bedingten Generationenverschiebung werden diese Leistungen in Zukunft jedoch immer häufiger von den Kommunen übernommen werden müssen.

Was nun? Der Nutzen für die Kommunen

Der Familienbericht bietet viele neue und hilfreiche Informationen, die Tatsachen über die Lebenssituation der Familien 'aufdecken'. Hieraus werden – so die Hoffnung – wertvolle Diskussionsgrundlagen für die Etablierung eines kommunalen Managements für Kommunen entstehen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Vereinheitlichung des Wissens. Der Familienbericht ist daher öffentlich und für alle zugänglich.

Zum Teil wurden Ortsteilgespräche durchgeführt, die eine informelle Artikulationsmöglichkeit für Betroffene bieten. Sie sind ein Element zur Partizipation in der kommunalen Familienpolitik. Das Ziel solcher partizipativer Elemente ist es, die Diskussion um mehr Familienfreundlichkeit zu objektivieren und falsche Annahmen zu berichtigen. So ging man in Marl bisher davon aus, dass der Stadtteil mit dem größten Anteil an Migranten auch der mit der höchsten Kriminalitätsrate sei. Dies stellte sich dank des Familienberichts als Irrtum heraus. Aus dem Bericht können viel präziser als bisher familienunterstützende und familienfördernde Maßnahmen unter Beteiligung der Betroffenen abgeleitet werden.

Das Projekt Komma, FF startete mit den vier Modellkommunen Oberhausen, Gelsenkirchen, Herten sowie dem Kreis Unna mit den Gemeinden Holzwickede, Fröndenberg und Bönen. Seit 2006 haben sich die Städte Rheine, Gladbeck, Mülheim an der Ruhr, Kreuztal und der Kreis Siegen Wittgenstein der Familienberichterstattung angeschlossen. Das Interesse an einer Zusammenarbeit zwischen den Städten ist sehr groß, insbesondere unter den Ruhrgebietskommunen. Dieser rege Bedarf an interkommunaler Kooperation muss zukünftig aufgegriffen und der Erfahrungsaustausch systematisiert werden. Städte, die bereits eine Familienberichterstattung durchgeführt haben, können ihre Erfahrungen an andere Städte weitergeben und sie damit ermutigen, dieses Projekt ‚anzugehen‘.



Schwerpunkte örtlicher Familienpolitik

Einblicke in die kommunale Familienberichterstattung

Familien leben und erleben Familie vor Ort, in den Städten, Kreisen und Gemeinden. Hier fallen die Entscheidungen für oder gegen Familie und genau hier muss Familienpolitik konkret gestaltet werden. Das Familienleben ist vielfältiger geworden und es lässt sich eine sozialräumliche Spaltung in unterschiedliche Familienmilieus beobachten, das heißt, den Familien stellen sich an unterschiedlichen Standorten unterschiedliche Probleme. Deshalb gibt es keine Familienpolitik "von der Stange". Lokale Familienpolitik muss im Umland und in den Kernstädten, im Süden oder im Norden der großen Städte unterschiedliche Ziele verfolgen, unterschiedliche Schwerpunkte setzen und dementsprechend auch unterschiedlich gestaltet werden. Hierfür sind Informationen über die Lage der Familien in den Kommunen notwendig. Nur so kann familienpolitischer Blindflug vermieden werden!

Eine kleinräumige kommunale Familienberichterstattung liefert Informationen über die Lage der Familien in den Kommunen. Ganz konkrete Fragen an eine kommunale Familienberichterstattung sind zum Beispiel:

- Welche demographischen Entwicklungen sind in naher Zukunft zu erwarten?
- Welche Familien gibt es vor Ort und wo leben diese?
- Welche Alltagsprobleme haben Familien?
- Wo sehen Familien Defizite vor Ort?
- Wo brauchen Familien Unterstützung und welche Familien brauchen Unterstützung?
- Wie kann die Alltagsorganisation von Familien durch Angebote unterstützt werden?

Das Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) hat gemeinsam mit den Modellkommunen Gelsenkirchen, Herten, Oberhausen und dem Kreis Unna im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen ein System kommunaler Familienberichterstattung entwickelt, das Kommunen dabei unterstützen soll, genau diese Fragen zu beantworten. Zum System gehören ein Familienstatistisches Informationssystem (FIS), eine Familienbefragung sowie schriftliche Familienberichte.

Lokale Familienpolitik muss im Umland und in den Kernstädten, im Süden oder im Norden der großen Städte unterschiedliche Ziele verfolgen, unterschiedliche Schwerpunkte setzen und dementsprechend auch unterschiedlich gestaltet werden.

■ Familienstatistisches Informationssystem (FIS): Im FIS können familienrelevante Daten der Kommune über eine interaktive Datenbank im Internet eingestellt und abgefragt werden. Kennzahlen und Indikatoren zur Lage der Familien werden kleinräumig ausgegeben und tabellarisch, graphisch und kartographisch dargestellt.

■ Familienbefragung: Zu ausgewählten familienpolitischen Themen wird eine schriftliche Befragung von Familien durchgeführt. Inhalte sind Aspekte der sozialen und ökonomischen Lebenssituation und die Zufriedenheit von Familien: Familienform und Haushaltszusammensetzung, Einkommens- und Erwerbssituation, Fragen zu den Kindern und zur innerfamiliären Betreuungssituation, Wohnsituation und Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld, Freizeitaktivitäten, Arbeitsteilung im Haushalt, Fragen zu informellen Netzwerken und Unterstützungsleistungen, Besuch von kommunalen Behörden und Inanspruchnahme von Beratungs- und Dienstleistungsangeboten.

■ Modulgestützte schriftliche Familienberichte: Auf der Basis des Familienstatistischen Informationssystems und der Familienbefragung wurde ein System kommunaler Familienberichterstattung entwickelt, das aus zwei obligatorischen Basis- und vier optionalen Zusatzmodulen besteht. Weitere Zusatzmodule sind derzeit in der Entwicklung und werden das Angebot in Kürze ergänzen (Familie und Bildung, Bevölkerungsprognose, Kinderbefragung, Qualitativer Zugang).



Lebensraum Stadt

Im Vordergrund des Moduls "Lebensraum Stadt" stehen Fragen rund um die Themen Wohnsituation, Wohnumfeld sowie Wohn- und Wanderungsverhalten von Familien. Die Wohnung und das Wohnumfeld haben für Familien eine herausragende Bedeutung, denn dort wo Familien wohnen, spielt sich ihr Alltag ab. Ein ausreichend große und gut ausgestattete Wohnung, ein familienfreundliches Wohnumfeld mit kurzen Wegen zum Supermarkt und zur Kita sowie Spielmöglichkeiten für Kinder bilden grundlegende Rahmenbedingungen für Familien und sind wichtige Kriterien für eine familienfreundliche Kommune.

Zusammen mit den soziodemografischen und sozioökonomischen Daten der Basismodule erlaubt das Modul "Lebensraum Stadt" Aussagen darüber, welche Familien in welchen Stadtteilen leben, wie zufrieden sie mit ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld sind und wie ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit begründet werden kann. Weiterhin erlaubt die Familienberichterstattung zum Thema "Lebensraum Stadt" Aussagen darüber, welche Familien die Absicht bzw. den Wunsch haben umzuziehen und wie dies von den Familien begründet wird. Im Folgenden werden Ergebnisse aus dem Familienbericht Oberhausen und dem Familienbericht Gelsenkirchen skizziert.

Betrachten wir die zwei Oberhausener (statistischen) Bezirke "Sterkrade-Nord" und "Altstadt-Mitte": In Sterkrade-Nord, ein Bezirk im Norden von Oberhausen, ist jeder zweite Haushalt ein Familienhaushalt. Nur jeder zwanzigste dieser Familienhaushalte ist ein Haushalt mit einem nichtdeutschen Haushaltsvorstand. Anders sieht es im Bezirk Altstadt-Mitte aus. Hier lebt nur in knapp jedem sechsten Haushalt eine Familie, in jeder dritten dieser Familien hat der Haushaltsvorstand jedoch keinen deutschen Pass und der Anteil der Alleinerziehenden ist mit 35 Prozent doppelt so hoch wie in Sterkrade-Nord (17 Prozent). Darüber hinaus sind die beiden Bezirke durch sehr unterschiedliche Sozialhilfedichten und Arbeitslosenraten gekennzeichnet. Während in Sterkrade-Nord die Arbeitslosenrate 2004 bei 5 Prozent und die Sozialhilfedichte der Kinder im Alter von unter sieben Jahren bei 4

Prozent liegt, beträgt die Arbeitslosenrate in Altstadt-Mitte 14 Prozent und jedes dritte Kind im Alter von unter 7 Jahren war 2004 von Sozialhilfe abhängig. Sterkrade-Nord ist ein Bezirk mit einer überdurchschnittlichen Familienprägung, einer niedrigen Prägung durch Migrantenfamilien sowie der niedrigsten Ausprägung von Familienarmut und sozialen Problemen innerhalb von Oberhausen. Der Bezirk Altstadt-Mitte dagegen weist die niedrigste Familienprägung innerhalb der Stadt auf, die Prägung durch Migrantenfamilien ist sehr hoch und Familienarmut sowie soziale Probleme sind deutlich überdurchschnittlich verbreitet.

Während im Bezirk Sterkrade-Nord jede zweite Familie "sehr zufrieden" mit dem Wohnumfeld ist, trifft dies in Altstadt-Mitte für nur jede siebte bis achte Familie zu. Da "Platz für Kinder" ein wichtiges Bewertungskriterium für die Wohnumfeldzufriedenheit ist, haben die Familien ihre Bewertung vermutlich auch von den im direkten Wohnumfeld vorhandenen Spielmöglichkeiten für Kinder abhängig gemacht. Während die Spielplatzfläche je Kind unter sechs Jahren in Sterkrade-Nord 19 Quadratmeter beträgt, steht einem unter sechsjährigem Kind im Bezirk Altstadt-Mitte mit 4,6 Quadratmetern nur ein Viertel dieser Fläche zur Verfügung. Indikatoren wie Grünflächenanteil, Verkehrssituation oder andere weisen im Vergleich der beiden Bezirke ähnlich deutliche Unterschiede auf. Kinder, die in diesen Bezirken aufwachsen, tun dies also unter sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Sie leben zwei verschiedene Kindheiten in ein und derselben Stadt. Auffällig ist beispielsweise, dass der Anteil der Kinder mit Bewegungsstörungen bei der Schuleingangsuntersuchung in Altstadt-Mitte mit über 9 Prozent mehr als doppelt so hoch ist wie in Sterkrade-Nord. Auch der Anteil der an vorschulischen Sprachförderkursen teilnehmenden Kinder ist mit 46,5 Prozent in Altstadt-Mitte sehr hoch – in Sterkrade-Nord besucht nicht ein einziges Kind einen solchen vorschulischen Sprachkurs.



Wie viele und welche Faktoren bei der Bewertung des Wohnumfeldes eine Rolle spielen, verdeutlicht auch das Beispiel Familienbericht Gelsenkirchen. Im Gelsenkirchener Durchschnitt ist jede vierte Familie "sehr zufrieden" mit ihrem Wohnumfeld, ein weiteres Drittel ist immerhin "zufrieden". Während sich der Anteil der "zufriedenen" Familien innerhalb der fünf Stadtbezirke kaum voneinander unterscheidet (30-36 Prozent), variiert der Anteil der mit ihrem Wohnumfeld "sehr zufriedenen" Familien zwischen 13 Prozent in Gelsenkirchen-Mitte und 38 Prozent in Gelsenkirchen-Ost. Als Gründe für diese Bewertungen können die von den Familien angegebene Mängel des Wohnumfeldes wie "zu wenig Freizeitangebote" und "viel Verkehr" (weshalb die Kinder nicht alleine raus können) vermutet werden. Erfahrungsgemäß spielt auch die Erreichbarkeit von Freizeiteinrichtungen eine Rolle. Um nur ein Beispiel zu nennen: Während in Gelsenkirchen Mitte fast jede dritte Familie angibt, dass der Fußweg zum nächsten Park bzw. zur nächsten Grünanlage länger als 15 Minuten dauert, geben dies in Gelsenkirchen-Ost nur 12 Prozent der Familien an.

Am Beispiel Gelsenkirchen kann auch nachvollzogen werden, welche Familien Umzugspläne haben und was der Hintergrund dieser Umzugspläne ist. Mehr als jede vierte Gelsenkirchener Familie hat im Rahmen der Familienbefragung geäußert, dass sie innerhalb der nächsten zwei Jahre umziehen wollen. Weitere zehn Prozent haben zumindest schon einmal darüber nachgedacht. Häufig genannte Gründe sind eine zu kleine Wohnung (37 Prozent) oder der Erwerb von Wohneigentum (28 Prozent). Aber auch ein nicht kindgerechtes Wohnumfeld wird häufig genannt. Jede vierte der umzugswilligen Familien gibt diesen Grund an. Insgesamt wollen zwei Drittel der Familien mit Umzugswunsch in der Stadt Gelsenkirchen bleiben, davon wiederum gut die Hälfte in ihrem jetzigen Stadtteil. Für Familien aus Gelsenkirchen-Mitte ist das Umzugsziel allerdings nur selten der gleiche Stadtteil, was mit einer ausgeprägten Unzufriedenheit mit dem Wohnumfeld zusammenhängen kann, denn dort leben die unzufriedensten Familien. Migrantenfamilien tendieren etwas seltener dazu, innerhalb desselben Stadtteils umzuziehen als Familien ohne Migrationshintergrund, aber sie wollen trotzdem in der Stadt bleiben.

Im Vordergrund des Moduls "Lebensraum Stadt" stehen Fragen rund um die Themen Wohnsituation, Wohnumfeld sowie Wohn- und Wanderverhalten von Familien.

Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Als Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf werden im Projekt Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund betrachtet. Aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation haben diese Familien häufig besondere Anforderungen und Belastungen im Familienalltag zu bewältigen. Kommunale Familienpolitik sollte daher für diese Familien unterstützende und fördernde Angebote bereitstellen. Innerhalb des Moduls interessiert, wie viele und wo diese Familien in den Städten leben, mit welchen Alltagsproblemen sie aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation konfrontiert sind, wie sie diese bewältigen und welche Unterstützung sie bereits erhalten oder zusätzlich benötigen. Zur Beantwortung dieser Fragen werden sowohl Angaben der Kommunalstatistik als auch Angaben der Familienbefragung einbezogen.

Alleinerziehende definieren wir dabei als Elternteile, die mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt zusammenleben. Kinderreiche Familien sind Familien mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren im Haushalt. Familien mit Migrationshintergrund sind nicht nur Familien mit mindestens einem nichtdeutschen Elternteil, sondern auch Familien mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund – das heißt mindestens ein Elternteil hat eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit oder aber mindestens ein Elternteil ist außerhalb Deutschlands geboren. Die Anteile der betrachteten Familiengruppen sind bezogen auf alle Familien in der jeweiligen Stadt recht unterschiedlich: In Gelsenkirchen wohnen anteilig die meisten Familien mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende sind ebenfalls in Gelsenkirchen und in Herten anteilig häufig zu finden. In Oberhausen hingegen leben anteilig besonders viele kinderreiche Familien. Eine Überschneidung der Gruppen, das heißt die Kumulation von Anforderungen und Belastungen findet sich in allen Kommunen eher seltener.

Lediglich kinderreiche Migrantenfamilien stellen eine etwas größere Gruppe von elf Prozent der Familien in allen Modellkommunen. Zu keiner der genannten Gruppen, die als Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf eingeordnet wurden, gehören mehr als die Hälfte aller Familien in den Modellkommunen. Es finden sich auch kleinräumig sehr unterschiedliche Verteilungen der betrachteten Gruppen in den Stadtgebieten. Besonders Migrantenfamilien und Alleinerziehende leben innerhalb der Städte besonders häufig in ärmeren Stadtteilen und da besonders oft in der Nähe der Stadtzentren. Um diesen Familien möglichst wohnortnah Unterstützung anbieten zu können, ist es wichtig, auch die kleinräumige innerstädtische Verteilung der Familienformen zu erheben und zu kennen. In den Familienberichten der Modellkommunen sind hierzu Analysen enthalten.

Der Anteil der armen und armutsnahen Familien ist unter Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf höher als unter anderen Familien. Besonders Alleinerziehende haben ein ausgesprochen hohes Armutsrisiko. Etwa ein Drittel aller Familien ist auf Basis von äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen als arm oder armutsnah einzustufen, bei Alleinerziehenden leben nach dem gleichen Kriterium drei von vier Familien in armen oder armutsnahen Einkommensverhältnissen. Unter kinderreichen Familien und Familien mit Migrationshintergrund betrifft dies etwa die Hälfte der Familien. Ein wesentlicher Hintergrund der hohen Armutsbetroffenheit der Familien ist ihr durchschnittlich geringeres Bildungsniveau. Das Bildungsniveau der Familie wurde hier über den jeweils höheren Schul- und Berufsbildungsabschluss der Eltern bzw. des allein erziehenden Elternteils bestimmt. Der Anteil der Eltern mit nur niedrigem Bildungsniveau in den Modellkommunen (höchstens Hauptschulabschluss verbunden mit einem Ausbildungsabschluss oder keinem beruflichen Abschluss) liegt für alle Familien bei 23 Prozent. Unter Alleinerziehenden erreicht dieser Anteil einen Wert von 45 Prozent, für Familien mit Migrationshintergrund 37 Prozent und für kinderreiche Familien ebenfalls noch einen Wert von 30 Prozent.



Migrantenfamilien und Alleinerziehende leben innerhalb der Städte besonders häufig in ärmeren Stadtteilen.

Das erhöhte Armutsrisiko ist aber auch darin begründet, dass für alle drei betrachteten Familienformen typischer Weise eine geringere Erwerbsbeteiligung der Eltern, besonders der Mütter, vorzufinden ist. Besonders Mütter in kinderreichen und Migrantenfamilien sind häufig nicht erwerbstätig, so dass etwa in der Hälfte dieser Familien nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Dies kann sowohl Ausdruck einer freiwilligen Entscheidung für das eher traditionelle Familienmodell einer Ernährerfamilie sein, als auch ein (unfreiwilliges) Ergebnis der größeren familialen Belastungen, die die Möglichkeiten der Erwerbsarbeit einschränken. Die Alltagsorganisation zu Hause und die Betreuung der Kinder konzentrieren sich in diesen Familien bei den Müttern. In Familien mit Migrationshintergrund finden sich darüber hinaus auch mehr Elternpaare, die beide nicht erwerbstätig sind. In allein erziehenden Familien sind etwas mehr als die Hälfte erwerbstätig und etwas weniger als die Hälfte nicht erwerbstätig. Gerade für Alleinerziehende führt Nichterwerbstätigkeit aber fast immer zu Einkommensarmut.

Der Anteil der armen und armutsnahen Familien ist unter Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf höher als unter anderen Familien. Gerade für Alleinerziehende führt Nichterwerbstätigkeit fast immer zu Einkommensarmut.

Das Zusammenleben mit Kindern verläuft in der Regel nicht völlig problemlos und führt im Alltag für alle Familien häufig zu Situationen, die nur mit Unterstützung gelöst werden können. Wir haben die Familien in den Modellkommunen anhand einer Auswahl vorgegebener Probleme gefragt, welche davon sie bereits im Alltag bewältigen mussten. Die Angaben in der Abbildung wurden nach der Häufigkeit der Nennungen bei allen Familien geordnet. Übergreifend zeigt sich, dass Erziehungsfragen und -probleme in allen Gruppen am häufigsten genannt werden. Darüber hinaus unterscheidet sich die Gewichtung der zu bewältigenden Probleme zwischen den betrachteten Familienformen zum Teil erheblich. Alleinerziehende benennen fast alle Probleme häufiger als andere Familienformen. Erziehungsfragen und -probleme und Geldsorgen hatten bereits mehr als 80 Prozent der Alleinerziehenden zu bewältigen.



Auch Wohnungsprobleme spielen im Vergleich zu den anderen Familienformen eine größere Rolle. Kinderreiche sind anteilig am häufigsten mit schulischen Problemen der Kinder konfrontiert und auch für diese Familien stellen sich sehr häufig Erziehungsfragen und -probleme. Migrantenfamilien nennen, ähnlich wie Alleinerziehende, häufiger als andere Familien Wohnungsprobleme und Geldsorgen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Mittelpunkt familienpolitischer Diskussion und wird maßgeblich durch drei Bedingungen beeinflusst: die Erwerbsaufteilung der Eltern, die Aufteilung der Haus- und Familienarbeit und die jeweils gewählten bzw. zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung. Mit Hilfe von Ergebnissen der Familienbefragung können in diesem Modul Aussagen über Erwerbsaufteilung der Eltern, die Arbeitsteilung im Haushalt, eine mögliche Entlastung durch den Einkauf von Dienstleistungen, Kinderbetreuung, soziale Netzwerke und über die subjektive Einschätzung der Vereinbarkeit durch Familien getroffen werden. Zusätzlich sind in diesem Modul amtliche Daten zu Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen und Betreuung in Grundschulen zu finden.

Im Folgenden wird zu Beginn die Erwerbsaufteilung der Eltern in den Modellkommunen Gelsenkirchen, Herten, Oberhausen und Bönen, Fröndenberg und Holzwickede im Kreis Unna vorgestellt. Die andere Seite der Vereinbarkeitsproblematik stellt die Familienarbeit dar: Wer putzt, kocht und wäscht im Haushalt und wer betreut die Kinder? Die Arbeitsteilung im Haushalt wird im Zusammenhang mit der Erwerbsaufteilung der Eltern analysiert. Abschließend betrachten wir den Themenkomplex: Ausbau und Verbesserung der institutionellen Kinderbetreuung, da die Umsetzung auf kommunaler Ebene geschieht und die Kommunen entsprechende Interventionsmöglichkeiten haben.

Die am stärksten vertretene Erwerbsaufteilung in Familien ist immer noch das klassische Ernährermodell: Ein Elternteil (in der Regel der Mann) arbeitet in einer Vollzeitbeschäftigung und der andere Elternteil (in der Regel die Frau) arbeitet zusätzlich Teilzeit oder ist nicht erwerbstätig.

Die am stärksten vertretene Erwerbsaufteilung in Familien ist immer noch das klassische Ernährermodell: Ein Elternteil (in der Regel der Mann) arbeitet in einer Vollzeitbeschäftigung und der andere Elternteil (in der Regel die Frau) arbeitet zusätzlich Teilzeit oder ist nicht erwerbstätig. Paare, in denen beide Elternteile voll erwerbstätig sind, finden sich nur in sieben Prozent der Haushalte, nicht erwerbstätige Paare nur in sechs Prozent aller Familienhaushalte. Von 13 Prozent Alleinerziehenden ist gut die Hälfte erwerbstätig.

Die verschiedenen Familien- und Erwerbskonstellationen existieren in allen Städten, allerdings mit unterschiedlichen Anteilen. Dass beide Elternteile nicht erwerbstätig sind, finden wir am häufigsten in Gelsenkirchen (8 Prozent), in Bönen, Fröndenberg und Holzwickede sind nicht erwerbstätige Paare deutlich seltener vertreten. In Oberhausen sind Alleinerziehende verhältnismäßig häufig erwerbstätig, während Alleinerziehende in Herten und Gelsenkirchen überwiegend nicht erwerbstätig sind. Maßnahmen die Vereinbarkeit von Familien und Beruf betreffend sollten alle Familien- und Erwerbskonstellationen berücksichtigen, daher ergeben sich in den einzelnen Städten unterschiedliche Handlungsnotwendigkeiten und Schwerpunktsetzungen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf umfasst neben der Erwerbstätigkeit auch die Familienarbeit, also die im Haushalt anfallenden Arbeiten wie Putzen, Kochen und Einkaufen sowie die Betreuung und Erziehung der Kinder. Wie teilen sich Paare diese Arbeiten auf und inwieweit lässt sich ein Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit der Eltern erkennen? Insbesondere haushaltsbezogene Tätigkeiten wie Putzen, Wäsche waschen und Kochen werden überwiegend von der Mutter ausgeführt. Tätigkeiten, die die Kinder betreffen (spielen, betreuen, Schularbeiten beaufsichtigen), liegen vermehrt in der Verantwortung beider Partner. Sowohl bei der Hausarbeit als auch bei der Kinderbetreuung ist es aber selten, dass der Vater überwiegend alleine diese Tätigkeiten ausführt. Bei der Bewältigung von Papierkram zeigen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede.

Reparaturen im Haushalt hingegen sind Männersache. Da allerdings der Mann in der Regel stärker in die Erwerbsarbeit eingebunden ist, ist es wenig verwunderlich, dass die Mutter häufiger für die Hausarbeit und die Betreuung der Kinder zuständig ist. Daher betrachten wir die Familienarbeit etwas genauer im Zusammenhang mit der Erwerbsbeteiligung.

In nahezu allen Erwerbskonstellationen ist überwiegend die Mutter für die Wäsche zuständig. Es ist zwar durchgängig eine Verschiebung zugunsten einer partnerschaftlichen Aufteilung der Hausarbeit zu erkennen, je stärker die Mutter in eine Erwerbstätigkeit eingebunden ist. Selbst wenn die Frau in einem größeren Umfang einer Erwerbstätigkeit nachgeht, führt sie diese Tätigkeit aber überwiegend aus. Auffällig ist, dass bei den Konstellationen, in denen beide Partner gleichermaßen (nicht) in die Erwerbsarbeit eingebunden sind, also beide nicht erwerbstätig oder beide Vollzeit erwerbstätig sind, Unterschiede hinsichtlich der Aufgabenverteilung deutlich werden. Ist weder die Mutter noch der Vater erwerbstätig, wird diese Hausarbeit häufiger von der Mutter ausgeführt, während bei doppelberufstätigen Paaren zu einem größeren Anteil beide verantwortlich sind. Das könnte darin begründet sein, dass Partner, die beide voll erwerbstätig sind, stärker die Arbeitsteilung im Haushalt aushandeln, während eine Nichterwerbstätigkeit beider Partner häufig unfreiwillig (besonders für Väter) und zeitlich oft nur befristet ist. Es zeigt sich, dass Männer stärker in die Familienarbeit einbezogen werden müssen. Väter sind zwar selten dazu gezwungen die Erwerbstätigkeit einzuschränken oder aufzugeben, wenn sie eine Familie haben, allerdings finden sie auch kaum Möglichkeiten oder sehen keine Notwendigkeit, sich stärker an der Familienarbeit zu beteiligen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine sowohl quantitativ als auch qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. An dieser Stelle bietet sich ein Ansatzpunkt für kommunale Familienpolitik, denn institutionelle Kinderbetreuung wird vor Ort organisiert. Betrachtet man die Versorgung mit Ganztagsplätzen und die Betreuung für Kinder unter drei Jahren in öffentlichen Kindertageseinrichtungen in den Kreisen und kreisfreien Städten NRWs erkennt man deutliche Unterschiede. Gerade vor dem Hintergrund





des Ausbaus der Ganztagsbetreuung und der Betreuung unter Dreijähriger spielt neben der quantitativen Ausgestaltung von Kindertageseinrichtungen die Qualität der Einrichtungen eine wichtige Rolle. Doch was ist Eltern wichtig? Wir haben die Familien gefragt, welches die ausschlaggebenden Gründe für die Wahl einer Kinderbetreuungseinrichtung sind.

In allen Städten des Modellprojekts geben über 90 Prozent der Eltern mit unter sechsjährigen Kindern als ausschlaggebenden Grund an, dass die Kinder gut gefördert werden, gut draußen spielen können und dass die Einrichtung einen guten Ruf hat. Allesamt Gründe, die sich direkt auf das Kind und dessen Förderung beziehen. Die für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf relevanten Motive "Nähe zur Wohnung" und "Flexibilität der Öffnungszeiten" sind für Eltern mit unter sechsjährigen Kindern ebenfalls wichtig. Die "Nähe zur Arbeitsstelle" spielt in allen Städten eine geringe Rolle. Gelsenkirchener und Oberhausener Familien nennen dieses Motiv häufiger, da in den großen Städten die Arbeitsstelle häufiger vor Ort liegt und die Familien seltener pendeln als in Herten und insbesondere in Bönen, Fröndenberg und Holzwickede.

Kinder in der Familie

Im Modul "Kinder in der Familie" werden die örtlichen Gegebenheiten einer Stadt und die Lebensbedingungen der Familien mit der Perspektive auf Kinder betrachtet. Im Zentrum des Interesses stehen dabei Aktivitäten, die die Kinder mit ihren Eltern in der Freizeit unternehmen, die Bildungsbeteiligung und -chancen, ausgewählte Aspekte der Gesundheit von Kindern, institutionelle Beratungen und Interventionen zum Kindeswohl sowie der Einfluss der wirtschaftlichen Lage der Familien auf die Kinder. Hier werden nun exemplarisch Ergebnisse aus den Bereichen Freizeit und Bildung näher betrachtet.

Im Modul "Kinder in der Familie" werden die örtlichen Lebensbedingungen für Familien aus der Perspektive der Kinder betrachtet.

So wurde in der Familienbefragung ermittelt, welche Freizeitaktivitäten Familien gemeinsam mit ihren Kindern unternehmen. Dabei wurden sowohl Aktivitäten, die im Freien stattfinden wie "Spazieren gehen" oder "Fahrrad fahren" als auch Beschäftigungen zuhause wie "Karten-/Brettspiele" oder "Video-/Computerspiele" zur Auswahl gestellt. Auf diese Weise lassen sich Aussagen zu folgenden Fragen machen: Gibt es überhaupt gemeinsame Freizeitunternehmungen und welche Familien unternehmen welche Aktivitäten? Konzentrieren sich diese eher auf die Wohnung oder das Haus oder finden Aktivitäten auch häufiger außer Haus statt? Im Folgenden sollen wenige ausgewählte Ergebnisse hierzu dargestellt werden. Die Angaben werden dabei jeweils auf die jüngsten Kinder in den befragten Familien bezogen, da besonders bei jüngeren Kindern häufiger von gemeinsamen Freizeitaktivitäten mit den Eltern ausgegangen werden kann.

Die weit verbreitete Kritik, dass sich Freizeitbeschäftigung von und mit Kindern nur auf passiven Medienkonsum und Fernsehen beschränkt, kann dabei nicht wirklich bestätigt werden. Allgemein lässt sich feststellen, dass sowohl in der Altersgruppe der 3 bis 6-Jährigen als auch in der Gruppe der 7 bis 11-Jährigen der Anteil der öffentlich eher positiv bewerteten Freizeitaktivität "lesen/vorlesen" als auch der Anteil der eher negativ bewerteten Aktivität "fernsehen" gleichermaßen hoch ist. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von weiteren

gemeinsamen Freizeitaktivitäten. Es wird aber deutlich, dass mit steigendem Alter des Kindes gemeinsame Freizeitaktivitäten mit den Eltern an Bedeutung verlieren. Über die allgemeine Beschreibung des Freizeitverhaltens von Kindern in der jeweiligen Stadt verdeutlichen die Ergebnisse der Familienbefragung einen Zusammenhang zwischen Freizeitverhalten der Familien und dem Sozialstatus der Eltern. Dies gilt für die Gruppe der 3 bis 6-jährigen Kinder stadtübergreifend.

Es lässt sich feststellen, dass "Fernsehen" unabhängig vom Sozialstatus eine häufige Freizeitbeschäftigung von Eltern und Kindern ist. "Lesen und Vorlesen" hat bei Familien mit niedrigem Bildungsstatus, geringem Äquivalenzeinkommen (also in armutsnahen Verhältnissen) und bei Familien mit Migrationshintergrund im direkten Vergleich eine geringere Bedeutung. Darüber hinaus lässt sich im Zusammenhang mit den ausgewählten Freizeitbeschäftigungen feststellen, dass größere Zeitreserven bei den Eltern (Vater alleine erwerbstätig) nicht zwangsläufig bedeutet, dass diese Eltern mehr gemeinsam mit ihren Kindern unternehmen als Eltern, die beide erwerbstätig sind. Soziale Unterschiede wirken sich offenbar deutlicher auf das gemeinsame Freizeitverhalten von Eltern und Kindern aus als die Zeit, die Eltern zur Verfügung steht.

Soziale Unterschiede wirken sich oft deutlicher auf das gemeinsame Freizeitverhalten von Eltern und Kindern aus. Eltern, die über größere Zeitreserven verfügen, unternehmen nicht zwangsläufig mehr mit ihren Kindern.

Einen weiteren Aspekt der Lebenslagen von Kindern stellen die Beteiligungschancen von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich dar. Die Ergebnisse der Familienberichterstattung in den Modellkommunen zeigen, wie viele andere wissenschaftliche Studien für Deutschland, dass es besonders für diese Kinder schwer ist, im deutschen Bildungssystem einen anerkannten oder höheren Bildungsabschluss zu erreichen. So werden in allen Modellkommunen die Übergangsquoten auf weiterführende Schulen stark von der Staatsangehörigkeit der Kinder beeinflusst.



Als eine der wesentlichen Voraussetzungen zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund wird die Beherrschung der deutschen Sprache genannt. Die Eltern wurden gefragt, in welcher Sprache sie mit ihren Kindern im Alltag sprechen. Es zeigt sich, dass in beinahe der Hälfte aller Migrantenfamilien deutsch oder überwiegend deutsch gesprochen wird. 40 Prozent der Familien geben an, dass sie sich zuhause zweisprachig verständigen. Auch wenn dies noch nichts über den Umfang der Sprachkenntnisse aussagt, wird doch die Bereitschaft der Familien deutlich, auch im privaten Umfeld deutsch zu sprechen. So lässt sich vermuten, dass diese Familien Maßnahmen zur Sprachförderung gegenüber aufgeschlossen sind.

Dass für Migrantenkinder ein erhöhter Bedarf an Sprachförderung besteht, lässt sich am Beispiel der Stadt Oberhausen kleinräumig belegen. Betrachtet man die Verteilung der nichtdeutschen Bevölkerung unter sieben Jahren nach Stadtteilen und setzt diese mit dem Anteil der Kinder in Beziehung, die an vorschulischen Sprachkursen teilgenommen haben, so lässt sich ein räumlicher Zusammenhang erkennen. In den Stadtteilen mit besonders hohem Anteil nichtdeutscher Kinder (zum Beispiel Lirich-Süd, Osterfeld-West) haben auch besonders viele Kinder vor der Einschulung Sprachkurse besuchen müssen. Die Erfahrungen in der Modellphase der kommunalen Familienberichterstattung haben gezeigt, dass der Aspekt Bildung im Modul "Kinder in der Familie" nicht hinreichend genau behandelt wurde. Ein Zusatzmodul "Bildung", das der zentralen Bedeutung von Bildungsbeteiligung und Bildungschancen im Leben von Kindern Rechnung trägt, ist derzeit in der Entwicklung.

Spricht man von familienfreundlichen Strukturen in einer Stadt, spielt ein gutes und den Bedarf angemessenes Bildungsangebot eine wichtige Rolle. Will man dies erreichen, ist die Kenntnis der bildungsrelevanten Strukturen elementar: Wie sind die sozialräumlichen Strukturen in einer Stadt und wo sind welche Bildungseinrichtungen? Was sind die bildungsspezifischen Bedarfe der Bevölkerung und wo sind Defizite? Das bestehende Instrument der Familienberichterstattung bietet die Möglichkeit, quasi im "Hucke-Pack-Verfahren" Berichtsergebnisse auch für die Bildungs- und Schulpolitik nutzbar zu machen und so Antworten auf die genannten Fragen zu erhalten.

Das Bildungsmodul wird aus zwei Komponenten bestehen. Die erste Komponente umfasst dabei eine Erweiterung der Familienbefragung. Zum einen werden bestehende Fragen um bildungsrelevante Antwortoptionen ergänzt und zum anderen werden konkrete Bildungsfragen dem Fragebogen angefügt. Hier sind Fragen zur Beurteilung des Angebots der wohnortnahen Schule durch die Eltern vorstellbar. Auch Wünsche und Vorstellungen der Eltern bzgl. der Bildungseinrichtung können abgefragt werden. Die zweite Komponente ergänzt die Familienberichterstattung um bestehende Bildungs- und Schulstatistiken und bringt diese in einen für die Stadt relevanten familien- und bildungspolitischen Kontext. In der Komponente werden insbesondere die sozialräumlichen Gegebenheiten in denen Bildungseinrichtungen agieren berücksichtigt. Es wird davon ausgegangen, dass Bildungseinrichtungen, und hier besonders die Grundschulen, ein standortnahes Einzugsgebiet haben.



Das hat zur Konsequenz, dass die Schülerklientel maßgeblich von den sozialstrukturellen Gegebenheiten der direkten Nachbarschaft geprägt ist. Die Kenntnis dieser Strukturen ist für eine zielgerichtete Bildungsplanung und Angebotsoptimierung essentiell. Sie ermöglicht eine Einordnung des Erfolgs und der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Schule unter spezieller Berücksichtigung der sozialräumlichen Gegebenheiten. Die so gewonnen Erkenntnisse können der Bildungspolitik und den Schulverwaltungen eine Entscheidungsgrundlage liefern, welche Schulen auf Grund ihres sozialen Umfeldes besonders unterstützt und gefördert werden sollten.

Da sowohl die Antworten innerhalb der Familienbefragung als auch die Schulstatistiken einen räumlichen Bezug enthalten, kann durch eine (räumliche) Verknüpfung der Komponenten die Informationsdichte noch weiter erhöht werden. Politik, Verwaltung, Schulen und Kindergärten erhalten so Informationen über die Wünsche und Ansprüche der Eltern an die Bildungseinrichtung vor Ort. Das skizzierte Bildungsmodul zeigt, dass es mit einer moderaten Ergänzung der Familienbefragung und der Hinzuziehung von amtlicher Schul- und Bildungsstatistik möglich ist, das bestehende Instrument der Familienberichterstattung auch für die städtische Bildungspolitik zu nutzen.

Das bestehende Instrument der Familienberichterstattung bietet die Möglichkeit, Berichtsergebnisse auch für andere Bereiche, wie zum Beispiel die Bildungs- und Schulpolitik nutzbar zu machen.



Familienpolitik im interkommunalen Vergleich

Konzepte, Akteure und Strukturen

Das Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) hat mit dem Familienpolitischen Informationssystem (FIS) ein Instrument geschaffen, welches den Kommunen erlaubt, familienrelevante Daten, wie sie in den verschiedenen Verwaltungseinheiten erhoben werden, zu bündeln und zu systematisieren, um die Lebenswirklichkeit von Familien in ihrem engeren Umfeld (Wohnquartier, Stadtteil) erfassen zu können.

Wissenschaftlich begleitet wurden die Modellkommunen vom Institut für soziale Arbeit in Münster. Aufgabe von ISA war es, die Kommunen darin zu unterstützen, aus den gewonnenen Daten Entscheidungsprozesse und Handlungsansätze abzuleiten, um die Familienpolitik bzw. -hilfe fundiert weiterentwickeln zu können – im Sinne eines kommunalen Managements für Familien.

Das Produkt dieser ‚Datensammlung‘ sind die nun vorliegenden Familienberichte der Städte Gelsenkirchen, Herten, Oberhausen und des Kreises Unna. Wie aber ist es gelungen, in nur drei Jahren ein ämterübergreifend einheitliches statistisches Berichtswesen auf die Beine zu stellen?

Ein kommunaler Kraftakt

Gelsenkirchen gehört zu den Kommunen, die den Anstoß zu dem Projekt "Familienbericht" gegeben haben. Die Gelsenkirchener Kommunalpolitik hat die Erstellung einer kommunalen Familienberichterstattung gefordert, um darauf aufbauend eine stärkere Familienorientierung entwickeln zu können. "Es ist ein Kraftakt, der von der Gelsenkirchener Kommunalpolitik jedoch als notwendig erachtet wurde", so Dr. Manfred Beck, Beigeordneter der Stadt Gelsenkirchen.



Die Teilnehmer der Diskussionsrunde (v.l.n.r.): Andreas Liebold (Moderation), Eva-Marie Frings vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Ilona Heuchel vom Institut für soziale Arbeit e.V. Münster, Gabriele Warminski-Leitheußer, Dezernentin des Kreises Unna, Dr. Manfred Beck, Stadtrat der Stadt Gelsenkirchen, Elke Münich, Fachbereichsleiterin bei der Stadt Herten und Reinhard Frind, Beigeordneter der Stadt Oberhausen

So kam es, dass sich die Stadt mit ZEFIR in Verbindung gesetzt hat, um die Grundlagen und Möglichkeiten zu erörtern, wie ein solcher Familienbericht aussehen könnte. Was die Stadt zum Projekt beitragen konnte, war eine bereits gut funktionierende Jugendhilfeplanung, eine relativ gute Sozialplanung und eine Bevölkerungsstatistik. Problematisch war eine Zusammenführung der Daten aus der Stadtverwaltung, da diese nur begrenzt aufeinander bezogen waren. Der Kraftakt in Gelsenkirchen bestand also darin, die Fülle an unterschiedlichen Daten zusammenzuführen und eine einheitliche Datenbasis zu erarbeiten, mit der alle Akteure in der Verwaltung arbeiten können.

Auf diesem Wege wurden die Planungsgrundlagen für eine familienfreundliche Entwicklung geschaffen. Später wurde die ‚technische‘ Bündelung durch eine organisatorische Bündelung ergänzt und das Team Familienförderung im Referat für Kinder, Jugend und Familie eingerichtet, wo die Zuständigkeiten für die städtische Familienpolitik seitdem zusammenlaufen.

In Oberhausen haben vor allem die Mitarbeiter mit ihrem Engagement dazu beigetragen, das familienstatistische Berichtswesen so zügig auf die Beine zu stellen, berichtet Reinhard Frind, der zuständige Beigeordnete. Dennoch wäre es ohne die tatkräftige Unterstützung von ZEFIR kaum möglich gewesen, in so kurzer Zeit den Familienbericht zusammenzustellen. Vorteilhaft war, dass die Statistiken, die man in Oberhausen vorfand, bereits über eine relativ gute Struktur und ausreichend Inhalte verfügten.



Ein umfassendes statistisches Berichtswesen ist wichtig, wenn man familienfreundliche Strukturen dort aufbauen will, wo sie gebraucht werden. Aber nicht nur die Daten, auch die Zuständigkeiten müssen gebündelt werden. (Dr. Manfred Beck)

Die Auswahl zur Modellkommune löste in der Oberhausener Politik und Öffentlichkeit rege Diskussionen aus, die sich meist darum drehten, die Stadt könne als "Prekariats-Stadt" in Verruf kommen. Mit dem nun vorliegenden Familienbericht konnte jedoch belegt werden, dass dies nicht der Fall sei. Trotzdem kristallisierte sich heraus, dass ein nicht unerheblicher Teil der Stadtbevölkerung im armutsnahen Bereich anzusiedeln ist. Für die Stadt Oberhausen bedeutete dies eine verstärkte Konzentration auf diese Einwohnergruppe, neben den Bevölkerungsteilen die sich bereits unter dem Existenzminimum befinden.

Fast parallel zur kommunalen Familienberichterstattung hat die Stadt Oberhausen ein lokales Bündnis für Familie gegründet. Dieses beinhaltet etwa 20 Projekte, die man im Stadtbild zu verankern sucht. Dieser Prozess dauert noch an. Die Stadt konnte zudem die Verantwortlichen der Landesregierung überzeugen ein Familienbüro und ein Frühwarnsystem mit Stellen auszustatten.

Die Kommunen brauchen engagierte Mitarbeiter, um so ein ambitioniertes Projekt wie die Familienberichterstattung. Der Lohn ist eine soziale Stadt mit einem lokalen Bündnis, einem Frühwarnsystem und Familienzentren in den Familienquartieren. (Reinhard Frind)

Es ist von Vorteil, mit einer unabhängigen Institution zusammenzuarbeiten. So kommen die Kommunen nicht in Versuchung, die Daten politisch schönzufärben. (Elke Münich)

Mehr Wissen über die Familien

Die objektive Betrachtung der Lebenssituation der Hertener Familien durch ZEFIR ermöglichte es uns auf Tatsachen zu stoßen, die in der Stadtverwaltung bisher nicht erkannt wurden", lobt Elke Münich, die zuständige Fachbereichsleiterin bei der Stadt Herten, vor allem auch die Zusammenarbeit mit ZEFIR. "Heute steht der Stadt eine andere Qualität von Daten zur Verfügung." Nun geht es darum, aus den Daten konkrete Handlungsmöglichkeiten abzuleiten.



Die kommunale Familienberichterstattung schafft mehr und differenzierteres Wissen über die Situation der Familien. Auch Herten hat sehr von der Zusammenarbeit mit ZEFIR profitiert, da die Stadt selbst nicht über die erforderlichen Instrumente verfügt, um die Daten systematisch zu erheben und genaue Analysen durchzuführen. Das liegt daran, dass Herten eine kreisangehörige Stadt ist. Ein weiterer Vorteil der Zusammenarbeit ist auch, dass durch die Mitarbeit eines unabhängigen Instituts unbewusste Manipulationen oder Schönmalereien gar nicht erst auftraten, die vielleicht eher entstehen können, wenn eine Kommune den Bericht auf eigene Faust anfertigt.

Ähnlich wie Herten hatte auch die Kreisverwaltung Unna mit lückenhaften Daten zu kämpfen. "So waren zu Beginn der Familienberichterstattung zum Beispiel gar keine Zahlen bezüglich der Jugendhilfeplanung auf Kreisebene vorhanden", erläutert Gabriele Warminski-Leitheußer, die zuständige Dezernentin des Kreises Unna, die Situation. Der Kreis Unna besteht aus zehn Städten, es standen aber nur Zahlen der Kreiskommunen Fröndenberg, Holzwickede und Bönen zur Verfügung. Beim Versuch die Zahlen der anderen Kreisstädte zusammenzutragen stellte man fest, dass sich die Datenerfassungssysteme so stark unterschieden, dass eine Erstellung einer gemeinsamen Statistik kaum möglich war.

Ein weiteres Problem waren die unterschiedlichen Zuständigkeiten der einzelnen Gemeinden auf Kreisebene. Das alles bremste den geplanten Projektverlauf, so dass man sich entschied, den Familienbericht für Holzwickede, Fröndenberg und Bönen fertigzustellen als Beispiel für die anderen Kreisgemeinden. Aufgrund der Haushaltssicherungssituation vieler Gemeinden ist es umso wichtiger, bei der Erfassung der Daten mit den knappen Ressourcen rentabel hauszuhalten. Es ist wichtig, dass man die richtigen Daten zusammenträgt und dann auch der Politik zur Verfügung stellt.

Die Daten zum Sprechen bringen

Nach den Familienberichten wird es nun ein wichtiger Projektschritt sein, die gewonnenen Erkenntnisse und Überlegungen zu konkreten Handlungen und Maßnahmen zugunsten von Familien. Ein wichtiges Ziel von Komma, FF ist es, die Aufmerksamkeitsstruktur in den Kommunen für familienpolitische Angelegenheiten zu verbessern und zu erhöhen. "Das heißt, auch andere Ämter wie die Wirtschaftsförderung, die Stadtentwicklung und das Schulamt mit einzubeziehen, erläutert Ilona Heuchel die Aufgaben des ISA als Projektbegleiter der Kommunen.

So befragten die Mitarbeiter von ISA Führungskräfte aus verschiedenen Ämtern der Städte zu deren Einstellung zur Familienpolitik und riefen damit zunächst auch einige Irritationen hervor. Nach einiger Zeit kamen jedoch Prozesse auf der Führungsebene verschiedener Unternehmen zustande, sich für Familien zu engagieren. Der Kontakt mit Führungskräften war für ISA wichtig, weil auf diesem Wege der Zugang zu den Mitarbeitern erst möglich wird.

Eva Marie Frings vom Ministerium für Familie und Generationen lobt den Mut der Modellkommunen, mit Komma, FF den politischen Gestaltungswillen genutzt zu haben und dabei neben den eigenen Stärken auch die Schwächen in der kommunalen Familienpolitik aufzuzeigen. Eva-Marie Frings: "Die einzelnen Kommunen signalisieren bereits, dass die Erhebung, Systematisierung und Evaluierung von konkreten Daten für sie von strategischem Nutzen ist. Die Kommunalpolitiker haben dadurch auch die Möglichkeit, frühzeitig auf konkrete Problempunkte in ihren Städten hinzuweisen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen.



Die immer geringeren finanziellen Mittel erfordern allein schon ein Überdenken von Strukturen und eine Neudefinition von Qualität in der Familienpolitik. Kommunen, die zum Beispiel unter die Haushaltssicherung fallen, können durch den Familienbericht gegenüber der Bezirksregierung belegen, warum sie zum Beispiel die Kindergartenbeiträge nicht erhöhen können. Sie können belegen, dass Eltern in der Stadt leben, die einfach nicht in der Lage sind, eine Beitragserhöhung zu schultern. "Die immer wiederkehrende Begründung der Kommunen, sie hätten kein Geld, ist auf Dauer nicht hilfreich", so Gabriele Warminski-Leitheußer.

Die politischen Entscheidungsträger in den Kommunen haben immer noch nicht begriffen, worum es geht und investieren nach wie vor zu wenig in Bildung und Betreuung. (Gabriele Warminski-Leitheußer)

Die nächsten Schritte

Für Gelsenkirchen ist die Einbeziehung möglichst vieler Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft wichtig. Daher wurde das Gelsenkirchener Bündnis für Familien gegründet und auf Verwaltungsebene das Team Familienförderung, wo nunmehr alle Fäden zusammenlaufen. Neu in Gelsenkirchen ist ebenfalls die gezielte Kontaktaufnahme und Unterstützung von frischgebackenen Eltern. Gelsenkirchen möchte so früh wie möglich Bildungsprozesse in Kooperation mit Eltern konzipieren, um eine optimale Erziehung und Bildung gewährleisten zu können. Dazu gehöre es, ganz praktisch mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Weiter geplant ist eine Ausweitung der offenen Jugendarbeit und die optimalere Gestaltung außerschulischer Lernorte.

Oberhausen setzt auf den Ausbau von Familienzentren unter Einbeziehung der Jugendamtsbezirke, um die Standortfrage klären zu können. Der Familienbericht soll den Familienzentren als Grundlage für die Entwicklung ihrer Angebote dienen. "Die Leistungen müssen dort erbracht werden, wo sie gebraucht werden", so Frind. Des Weiteren veranstaltet Oberhausen erstmalig 2007 einen Unternehmenswettbewerb zum Thema Familienfreundlichkeit. Die Tatsache, dass sich sieben von 6000 Unternehmen beteiligt haben, zeigt

den noch notwendigen Handlungsbedarf. Dies gilt auch für die Stadtverwaltung als Arbeitgeber. Und gerade die Kommune sollte hier eine Vorbildfunktion übernehmen können, indem sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für ihre Mitarbeiter fördert.

In Bildung und Betreuung investieren

Obwohl die Geburtenrate rückläufig ist und die Städte vergreisen, werden nicht mehr Mittel in die Kinder- und Familienhilfe investiert, beispielsweise in den Ausbau der Betreuung für Unter-Dreijährige. Der Familienbericht wird helfen, auch den letzten Kommunalpolitiker davon zu überzeugen, dass mehr Mittel in die Bildung und Betreuung von Kindern investiert werden müssen. Der Kreis Unna versucht aktuell, mit der Durchführung von jährlich kreisweiten Familienkonferenzen ehrenamtliche Träger für die Familienförderung zu gewinnen. So konnten bislang drei Bündnisse gegründet werden.

Der Aufbau eines umfassenden kommunalen Managements für Familien ist für alle Beteiligten ein langwieriger Prozess. Daher sollte die Last nicht allein auf den Jugendämtern liegen.
(Ilona Heuchel)

Auch in Herten wird überlegt, welche Ziele man mit den vorhandenen Ressourcen erreichen und den Ehrgeiz der Handelnden und Verantwortlichen wecken kann. Hier übernimmt der Bürgermeister die Aufgabe, Handlungskompetenzen zu erarbeiten und macht das Thema Familie damit zur politisch-programmatischen ‚Chefsache‘. Im Vordergrund steht, die Entscheidungsträger zu gewinnen, Familien zufrieden zu stellen und bereits bestehende mutmaßlich familienfreundliche Maßnahmen dahingehend noch einmal genauer zu überprüfen.



Ein langwieriger Prozess

Die Verbesserung der Familienpolitik wird sich für die meisten Kommunen als ein sehr langer Prozess herausstellen. Diese Erfahrung haben die ISA-Mitarbeiter bei der konkreten Unterstützung und Begleitung der Kommunen vor Ort gemacht. Es wird nicht einfach sein, die Entscheidungsträger von der Dringlichkeit der Thematik zu überzeugen und die entsprechenden finanzielle Leistungen zu mobilisieren.

Auch von den ‚außerstädtischen‘, zum großen Teil bürgerschaftlich engagierten Partnern der Kommune wird viel Durchhaltevermögen erwartet. Umso wichtiger ist es, diese immer wieder zu ermutigen und mit der kontinuierlichen Präsentation des bisher Erreichten zu motivieren und ‚am Ball‘ zu bleiben.

Oberhausen und Gelsenkirchen setzen daher auch bewusst auf die Einbindung ihrer Oberbürgermeister in diesen Prozess. Ein Oberbürgermeister, der sich der Familienförderung als wichtiges Zukunftsthema annimmt, hat eine entscheidende Aufmerksamkeits- und Multiplikatorenwirkung auch über die Startphase hinweg. Die Verankerung der Familienförderung in der Verwaltungsspitze hilft zudem, eine gut funktionierende Querschnittsorientierung innerhalb der Verwaltung zu etablieren.

Das aktuelle Medienecho nutzen

Jetzt ist ein guter Zeitpunkt für die Kommunen, familienpolitisch aktiv zu werden. Die momentane Aktualität des Themas und das starke Medienecho sollte genutzt werden, um Veränderungen in den Strukturen und den Köpfen der Menschen zu bewirken oder zumindest die öffentliche Diskussion auf lokaler Ebene anzuregen. "Für die Zukunft ist es wichtig, bestehende Einzelinitiativen strategisch im Familienmanagement der Kommunen zu verankern", so Frings. Ein weiterer Schritt wird sein, den Kontakt zu weiteren, an der kommunalen Familienberichterstattung interessierten Kommunen herzustellen. Zwar wird das

Ministerium sich aus der Finanzierung zurückziehen, jedoch in Kooperation mit dem ZEFIR Sorge tragen, dass die Entwicklung eines Familienberichts auch für kleine Kommunen weiterhin finanziell erschwinglich bleiben wird.

Mit den Familienberichten die öffentliche Diskussion über die Ziele und Perspektiven der kommunalen Familienpolitik anzuregen, ist sicher wichtig. Die Berichte müssen nun jedoch in alltägliches Handeln umgewandelt werden.

Die breit angelegten lokalen Familiennetzwerke werden kontinuierliche Unterstützung brauchen. Daher wurde die Anregung von Seiten des Landes begrüßt, ein Beratungs- und Informationszentrum zu etablieren, das landesweit den interkommunalen Austausch organisiert.



Die hohe Tagesaktualität des Themas Familie in der Öffentlichkeit und den Medien sollte von den Kommunen genutzt werden, um familienpolitisch aktiv zu werden und für ihre Vorhaben eine breite Akzeptanz bei den Mitarbeitern, in der Bevölkerung und bei den Partnern zu schaffen.
(Eva-Marie Frings)

Dr. Beate Wieland,
Abteilungsleiterin für
Generationen und
Familie im Ministerium
für Generationen,
Familie, Frauen und
Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen,
eröffnet den 'Markt der
Möglichkeiten'



Teil 3

Der Projektmarkt



Die Teilnehmer konnten sich an über 20 Ständen über die familienpolitischen Aktivitäten von nordrhein-westfälischen Kommunen, Verbänden und anderen Institutionen informieren.

Aus der Praxis

20 Familienprojekte im Kurzportrait



Aachener Bündnis für Familie

Ganz oben auf der Prioritätenliste der Stadt Aachen steht für Oberbürgermeister Dr. Jürgen Linden das Bündnis für Familie. Man wolle in Aachen nicht nur das Klima, sondern auch die Voraussetzungen für Familien verbessern. "Familien sind ein wichtiger Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenlebens, sie sind wichtig für ein zukunftsfähiges Aachen, sie sind unser Kapital", betonte Linden auf dem traditionellen Neujahrsempfang der Aachener Kreishandwerkerschaft. So wird derzeit ein integriertes Marketingkonzept für Familien erarbeitet, in dem sämtliche familienbezogenen Angebote, Leistungen und Ziele in der Stadt Aachen aus den Bereichen Stadtplanung, Wohnen, Verkehr, Wirtschaft, Schule, Jugend, Kultur und Sport übersichtlich dargestellt werden. Insgesamt sind mehr als 50 Organisationen im "Aachener Bündnis für Familie" aktiv, um gemeinsam neue Ideen für mehr Familienfreundlichkeit in Aachen zu entwickeln.

Des weiteren möchte die Stadt Aachen als einer der größten Arbeitgeber der Region eine Vorbildfunktion als familienfreundlicher Betrieb wahrnehmen. Am 1. Dezember 2006 hat die Hertie-Stiftung der Stadt das Grundzertifikat im Zuge des dreijährigen Auditierungsverfahrens "berufundfamilie" zuerkannt. Kernstück ist eine aus acht Handlungsfeldern bestehende Zielvereinbarung, die alle Ämter, Fachbereiche und Eigenbetriebe umfasst. So soll beispielsweise die alternierende Telearbeit zur effektiven Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgebaut und gefördert, eine betriebliche Kinderbetreuung – speziell für Unter-Dreijährige – aufgebaut sowie ein Familien-Service-Büro für die Beschäftigten eingerichtet werden.

Kontakt Heinz Zohren, Jugendamt der Stadt Aachen
T 0241 432-5132, heinz.zohren@mail.aachen.de



"Die Schaukel" Hilfe für junge Mütter und Familien in Arnberg

Eine Schwangerschaft verändert oft das ganze Leben, vor allem wenn die werdende Mutter selbst noch fast ein Kind ist und weder die Schule noch eine Ausbildung abgeschlossen hat. Oft existieren überzogene Vorstellungen von Erziehung. Schwierigkeiten tauchen mit der geregelten Betreuung und Versorgung des Kindes auf. Eine Entlastung der Mütter ist in vielen Bereichen nicht gegeben, da häufig kein funktionierender familiärer Rückhalt vorhanden ist. Hier setzt "Die Schaukel" an. Die zur Zeit 25 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen (Tendenz steigend) gehen zur zeitweisen Betreuung der Kinder oder als Gesprächspartner für junge Eltern in die Familien. Der regelmäßige Erfahrungsaustausch, die Begleitung zu Erstkontakten, die monatliche Supervision und notwendigen Qualifizierungen werden durch die Koordinationsstelle für bürgerschaftliches Engagement organisiert und angeboten.

Die Schaukel wurde durch den Zonta Club Arnberg e.V. initiiert und wird seit der Gründung Anfang 2005 auch durch diesen begleitet und finanziell unterstützt. Des Weiteren wird die Arbeit der Schaukel von der Gleichstellungsstelle der Stadt Arnberg und der Koordinationsstelle für bürgerschaftliches Engagement in Arnberg mitgetragen. Ziele ■ Entlastung der oben genannten Zielgruppe im täglichen Leben ■ praktische Hilfen bei der Säuglings- oder Kinderpflege durch Beratung und Vorträge ■ hauswirtschaftliche Hilfen ■ Unterstützung bei Antragsstellungen und Behördengängen ■ Betreuung der Kinder auf Nachfrage ■ Vorträge zum Thema Ernährung und Gesundheit

Kontakt Petra Vorwerk-Rosendahl, Stadt Arnberg
T 02932 201-1402, p.vorwerk-rosendahl@arnberg.de

Flexible Kinderbetreuung mit Zukunft in Bielefeld

Die Von-Laer-Stiftung ist bereits seit 1913 Träger verschiedenster Organisationen der Jugendhilfe. Neben Projekten innerhalb der Bereiche Familien- und Erziehungshilfe und betreutem Wohnen für Mutter und Kind bietet die Stiftung ebenfalls Tageseinrichtungen für Kinder an. Die Kindertagesstätte Minimax beispielsweise bietet Familien eine zeitlich umfassendere Tagesbetreuung als andere Einrichtungen (Wochenendbetreuung oder Betreuung über Nacht). Minimax bietet neben der Betreuung auch eine Anzahl an Freizeitangeboten für Familien. Auch die Teilnahme an familienspezifischen Informationsveranstaltungen ist möglich. Beim Aufbau halfen Fördermittel der Stadt Bielefeld und der EU. Getragen wird die Einrichtung durch Elternbeiträge. Zudem können Unternehmen für Mitarbeiter Plätze für die Nachmittags- und Abendbetreuung mieten.

Ein weiteres Projekt, der Kinder- und Familienclub Arminis, wurde von den Spielerfrauen von Arminia Bielefeld initiiert. Diese wünschten sich eine Kinderbetreuung während der Heimspiele. So entstanden Räumlichkeiten, die auch für Kindergeburtstage genutzt werden können. Das Projekt finanziert sich durch die Beiträge der Clubmitglieder. Der Kinder- und Familienclub Arminis bietet die Kinderbetreuung im Stadion, aber auch Rabatte für Eintrittskarten oder Fanartikel. Für die Betreuung wurde im Stadion ein sogenannter Familienblock eingerichtet, innerhalb dessen die ganze Familie ungestört das Spiel genießen kann. Zudem ermöglicht der Club Veranstaltungen und Unternehmen in Ostwestfalen die Arminis-on-tour zu buchen. Mit Torwand und Hüpfburg und gegebenenfalls Autogrammstunden mit Fußballprofis arbeitet der Club öffentlichkeitswirksam für sich und andere.

Kontakt Martina Ritzenhoff, Von-Laer-Stiftung Bielefeld
T 0521 96459-12, minimax@von-laer-stiftung.de, www.von-laer-stiftung.de



Jugendhilfedatenbank und Elternschule in Bochum

Das Bochumer Kinderbüro ist Teil des Jugendamtes. Im Vordergrund steht, Bochum als kinderfreundliche Stadt in Erscheinung treten zu lassen. Daher ist der Einfluss von Wünschen auf Seiten von Kindern und Jugendlichen ein wichtiger Bestandteil in der kommunalen Stadtplanung. Das heißt, dass beispielsweise bei der Planung eines Spielplatzes oder bei der Verbesserung eines Wohnumfeldes immer im gewissen Maße auf die Kinderfreundlichkeit Rücksicht genommen wird. Neben einer Vielzahl von Angeboten in der Jugendhilfe hat das Kinderbüro der Stadt die sogenannte Jugendhilfedatenbank und die Elternschule der Bochumer Familienbildungsstätten ins Leben gerufen. Bereits 2600 für die Jugendhilfe relevante Einträge sind in der Jugenddatenbank zu finden, die bei Bedarf thematisch abgefragt werden können. Ebenfalls möglich ist die kurzfristige Erstellung aktueller Informationsmaterialien und die Abfrage von Hilfsangeboten in den jeweiligen Sozialräumen durch sogenannte "Sozialraumatlanten".

Die Familienbildungsstätte Bochum bietet neben einer Reihe von familienunterstützenden Angeboten und Kursen ebenfalls die sogenannte Elternschule an. Hier werden Maßnahmen vor allem für Familien mit kleinen Kindern angeboten, die zur Erziehung der Kinder beitragen oder wenn der Familienalltag mal wieder an den Nerven zerrt. Ziele: ■ Einbeziehung von kinderfreundlichen Maßnahmen in die kommunale Stadtplanung ■ Bereitstellung, Nutzung und Weiterführung ■ Familienunterstützende Bildungsangebote bereitstellen ■ Unterstützung junger Familien zur Erhöhung der Erziehungskompetenz

Kontakt Andreas Knost, Jugendamt/Kinderbüro der Stadt Bochum
T 0234 910-3982, kinderbuero@bochum.de, www.bochum.de/jugendamt



Young! Borken

Die Initiative Young! wurde im Jahr 2003 gegründet und bildet das lokale Bündnis für Familie der Stadt Borken. Mit der Initiative werden Eltern verstärkt in Erziehungsfragen unterstützt. So erhalten beispielsweise Eltern nach der Geburt des ersten Kindes ein sogenanntes "Starterset", um die erste Zeit mit dem Familienzuwachs entspannt zu erleben. Ebenfalls werden Elternbriefe zur Erziehungsunterstützung angeboten. Ganz pragmatisch setzen sich Kinder beispielsweise im Mitmachtheater mit den Themen Toleranz und Zivilcourage auseinander. Im Coolness-Training lernen Jugendliche Auseinandersetzungen verbal zu regeln und ihren Aggressionen auf gewaltfreiem Wege Luft zu machen.

Neben dem Unterstützen der Eltern in Erziehungsfragen werden ebenfalls zielgruppengerichtete Kurse angeboten. Tipps zur Medienerziehung oder Kurse mit der Thematik Erziehungsbeistand machen nur einen Bruchteil der Angebote von Young! aus. Sowohl Leiter/innen schulischer Einrichtungen, als auch Erzieherinnen und Erzieher haben bei Young! die Möglichkeit, von Fortbildungsseminaren oder ähnlichen Angeboten zu profitieren. Finanziert wird das Projekt unter anderem durch Sponsorengelder. Ziele ■ Vorbilder für Kinder und Jugendliche schaffen vor allem innerhalb der Streitschlichtung und Gesundheit ■ Stärkung von Werteerziehung und Elternkompetenz

Kontakt Wolfgang Schlagheck, Lokales Bündnis für Familie
T 02861 939-292, young@borken.de, www.young-borken.de



Diakonisches Werk Gladbeck-Bottrop-Dorsten e.V.

Insgesamt 21 Einrichtungen im Kirchenkreis der Ruhrgebietsstädte Gladbeck, Bottrop und Dorsten werden vom Diakonischen Werk Gladbeck-Bottrop-Dorsten unterhalten. Das breite Tätigkeitsfeld des Vereines umfasst im Allgemeinen die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Arbeits- und Wohnangebote für Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen sowie die Seniorenhilfe mit stationären, teilstationären und ambulanten Diensten. Unter dem Motto "Hilfe für die Schritte ins Leben" betreut das Diakonische Werk in Form von ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfe Familien. Der Kontakt mit den zuständigen Jugendämtern ist dabei besonders wichtig. Auch die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt von Seiten dieser Ämter.

Konfliktberatung, Anti-Gewalt-Training sowie die Unterstützung von Migrantenfamilien sind nur ein kleiner Auszug aus dem Hilfsangebot. In der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe machen die ambulanten Hilfen einen wichtigen Teil aus. Innerhalb teilstationärer Hilfsangebote und Tagesgruppen werden Kinder und Jugendliche mit Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsrückständen unterstützt. Dabei werden die Eltern immer in diese Maßnahmen mit einbezogen. Elterngespräche und -trainings tragen dazu bei. Tagesgruppen werden für Kinder in den unterschiedlichen Altersgruppen angeboten. Auch Wohngruppen, beispielsweise für Mädchen, oder der sogenannte Verselbstständigungsbereich als Unterstützung zur individuellen Selbstverwaltung werden angeboten. Das Diakonische Werk engagiert sich ebenfalls in der Nachmittagsbetreuung an offenen Ganztagschulen.

Kontakt Klaus Wieprecht, Diakonisches Werk Gladbeck Bottrop Dorsten e.V.
T 02051 51144, klaus.wieprecht@diakonisches-werk.de, www.diakonisches-werk.de



Die Erziehungs- und Familienberatungsstelle der Städte Brühl und Wesseling

Die Erziehungs- und Familienberatungsstelle Brühl/Wesseling bietet psychologische Familientherapien für Kinder, Jugendliche und Eltern. Das Team versorgt mehr als 80 000 Menschen wohnortunabhängig mit institutionaler Familien- und Erziehungsberatung. Die Beratungsstelle sieht das Kind im Kontext seiner Familiendynamik und psychosozialen Situation und unterstützt bei Fragen zur Kindererziehung und zum Familienleben. In enger Vernetzung mit anderen Einrichtungen kooperiert die Beratungsstelle mit Jugendämtern, Schulen, Kindertagesstätten, Familienzentren, Ärzten, Kliniken, Psychotherapeuten. Sie bietet eine Elternschule, präventive EFFEKT-Familienförderkurse für Eltern und Kinder, einen Alleinerziehenden-Treff, Elternabende, Trennungs- und Scheidungs-Gruppentherapie, Förderprogramme für unruhige Kinder, Gesprächsgruppen für Eltern und pubertierende Jugendliche.

Möchte man anonym bleiben, aber trotzdem nicht auf einen Rat verzichten, bietet die Erziehungs- und Familienberatungsstelle im Internet auch anonyme Beratungen an. Bereits über 300 Einträge sind bei <http://www.12plus.bruehl.de>, zu finden, einer Beratungsplattform für Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus berät ein Diplompsychologe Kinder, Jugendliche und Eltern, aber auch Fachpersonal von Kindertagesstätten und Familienzentren im Rahmen der "Virtuellen Beratungsstelle" der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung, Fürth, unter <https://www.bke-beratung.de/User/>. Das Angebot ist niedrigschwellig ohne lange Wartezeiten. Schweigepflicht und Datenschutz werden in der gesamten Arbeit groß geschrieben. Die Beratungs- und Behandlungsstelle wird aus Mitteln des Landes und der beteiligten Kommunen finanziert. Ziel: Fachliche Beratung für Familien und Früherkennung bei Kindesvernachlässigung.

Kontakt Hans-Reinhard Schmidt, Brühl-Wesselingener Erziehungs- und Familienberatungsstelle
T 02236 39470, feb@wesseling.de, www.wesseling.de/einrichtungen/sp_auto_6927.php

Familiertisch Düsseldorf

Der Düsseldorfer Familiertisch wurde Anfang 1999 gegründet. Bereits 1998 kam vom Familienbund der Katholiken die Anregung, ein solches Netzwerk zu knüpfen. Der Initiative Lokale Bündnisse für Familie trat der Familiertisch Anfang 2004 bei. Mit Themen wie "Kinderbetreuung, Familienfreundliche Unternehmen vor Ort, Offene Ganztagschulen, Familienzentren, Erziehung, Alleinerziehende oder Marktplatz für soziale Partnerschaften" beschäftigt sich unter anderem der Familiertisch. Im Hinblick auf spezielle Nöten von Familien bewirkte der Familiertisch schon vor Jahren die Einrichtung eines Familiennottelefons. Der Familiertisch beschäftigt sich kurz gesagt mit allem, was in der Landeshauptstadt familienorientiert gesehen und behandelt werden sollte.

Mitbegründerin und Vorsitzende Heike Mioszcza fasst die Intention des Düsseldorfer Familiertisches wie folgt zusammen: "Konkretes Engagement für Familien vor Ort halte ich für außerordentlich wichtig und notwendig. Denn die Familie ist die zwar kleinste, aber wichtigste Zelle in der Gesellschaft. Ohne Familie läuft nichts. Ziele ■ Raum für Diskussionen bieten ■ Familienfreundliches Wohnumfeld schaffen ■ Förderung von Familienfreundlichkeit in der Stadt ■ Vorantreiben der Bedarfsmittelverteilung in der Familienpolitik ■ Bekanntmachung von Angebot für Familien (in Notlagen) ■ Verbesserung der Betreuungssituation für Kleinstkinder

Kontakt Frau Heike Mioszcza, Vorsitzende

T 0211 764-990, familienbund.koeln@t-online.de, www.lokales-buendnis-fuer-familie.de



Familien-Projekt der Stadt Dortmund

Das Familien-Projekt wurde als zentraler Bestandteil einer kommunalen Strategie zur Weiterentwicklung familienfreundlicher Strukturen im Jahr 2002 durch den Oberbürgermeister Herrn Dr. Langemeyer ins Leben gerufen. Hintergrund war die durch den Rat beschlossene und im Konsens mit allen gesellschaftlichen Gruppen erarbeitete familienpolitische Leitlinie, eingerichtet wurde das familienpolitische Netzwerk, in dem Vertreter aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung vertreten sind, um eine breite, stadtweite Beteiligung aller Partner sicherzustellen. In einem ersten Schritt hat das Familien-Projekt den Ausbau der Offenen Ganztagschule vorangetrieben, insbesondere der bedarfsgerechte Ausbau der Ganztagsangebote für 0-6 jährige Kinder mit Hilfe des städtischen Eigenbetriebs FABIDO und der freien Träger.

Seit Feb. 2006 stehen in allen 12 Dortmunder Stadtbezirken Familienbüros als Servicestelle für alle Fragen rund um den Familienalltag zur Verfügung. Familienbüros bestehen aus jeweils zwei Kolleginnen und Kollegen, die in einem Team arbeiten und in erster Linie Wegweiser und Unterstützer für Eltern und Familien sind. Des weiteren stehen die Familienbüros als Gesprächspartner zur Verfügung, nehmen Anregungen und Hinweise entgegen und geben diese an Träger von Maßnahmen und Angeboten weiter. Auf diesem Weg kann die Weiterentwicklung von Angeboten beteiligungsorientierter durchgeführt werden. Mit Hilfe der dezentralen Strukturen wird das Familien-Projekt zukünftig gemeinsam mit allen stadtinternen sowie externen Partnern die Weiterentwicklung der Infrastruktur für Familien vorantreiben. Dabei stehen folgende Kernbereiche im Mittelpunkt der Umsetzungsaktivitäten ■ Familie und Beruf verbinden ■ Familien stärken und stützen ■ Im Stadtteil leben und wohnen ■ Lebensqualität durch Freizeit, Kultur und Sport fördern

Kontakt Rainer Möller, Familien-Projekt Dortmund

T 0231/50-2 98 96, familie@dortmund.de, www.familienprojekt.dortmund.de

Die Lernwelt Essen

Die Lernende Region Essen will die Bildungs- und Arbeitsmarktentwicklung verbessern und dem Bildungsgefälle entgegenwirken. Menschen, Institutionen und Ideen werden zusammen gebracht, um Projekte zu entwickeln, Konzepte zur Systematisierung zu erarbeiten und die Umsetzung zu unterstützen. Gemeinsam können wir mehr bewegen als jeder für sich allein. Dabei ist der breit angelegte Transfer durch die Etablierung des Erarbeiteten in die Regelsysteme sowohl in der Stadtverwaltung als auch bei den freien Trägern von hoher Bedeutung für die inhaltliche und strukturelle Nachhaltigkeit. Die Arbeit der Netzwerke zielt dabei auf einen erfolgreichen Übergang vom Kindergarten zur Schule und von dort in die Berufswelt. Damit erhöhen sich die Chancen für einen individuellen Bildungserfolg. Die KinderLernwelt hat in einem Reader Empfehlungen zusammengefasst, die den Kitas und der Primarstufe Hinweise zur Umsetzung gemeinsamer Bildungsverantwortung und einer erfolgreichen Zusammenarbeit im Sinne der Kinder geben möchte. Schwerpunkt in der ElternLernwelt ist die Systematisierung und Intensivierung der Elternbildung in Essen. Auf der Grundlage eines gesamtstädtischen Konzeptes für Elternbildung in Essen wurde ein zentrales und dezentrales (stadtteilorientiertes) Steuerungsmodell für Elternbildung (Elternbildungskonferenzen) in der Praxis modellhaft und erfolgreich erprobt.

Die KulturLernwelt fördert die Entwicklung der kreativen Talente im schulischen Alltag durch Musik, Kunst, Tanz und Theater. Eine Schulkulturkoordinierungsstelle hat sich etabliert und ist Mittlerin zwischen den Welten. Der direkte Kontakt zwischen Schule und Künstlern findet auf der Schulkulturbörse statt. Um die Möglichkeiten und das umfangreiche Angebot der beruflichen Weiterbildung für arbeitslose Menschen transparent zu machen, veranstaltete die ArbeitsLernwelt gemeinsam mit dem Verein Weiterbildung im Revier (W.I.R.) mehrere Weiterbildungsmessen. Jeweils über 2.000 Besucherinnen und Besucher konnten sich so einen Überblick über die für sie geeigneten Qualifizierungs-Maßnahmen verschaffen. Die Zusammenführung der Schüler mit der Welt der Betriebe ist Thema der SchülerLernwelt und FirmenLernwelt. Welche Berufsbilder sind derzeit aktuell, wie können Firmen bei der Entwicklung der Schüler zu ausbildungsfähigen Jugendlichen helfen und welche Kompetenzen benötigen ihre zukünftigen Mitarbeiter? Hier soll ein Teampatenmodell weiterhelfen. Fantasie und Kooperation gegen Bildungslücken – das ist das Motto der Lernwelt Essen.

Kontakt Brigitte Liesner, Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung
T 0201 88-88715, brigitte.liesner@lernwelt.essen.de



Kinderdorf Duisburg e.V.

Das Kinderdorf Duisburg e.V. ist eine Jugendhilfeeinrichtung, die eine Vielzahl von unterschiedlichen Angeboten zur Unterstützung der Familien entwickelt hat. Die Elternarbeit hat zu der Konzeption eines Familienhauses geführt, in dem die ganze Familie Aufnahme findet (an Stelle der Aufnahme eines Kindes). Der Verein erfüllt in Zusammenarbeit mit den Eltern die unterschiedlichen Entwicklungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und fördert deren individuellen Fähigkeiten. Das Kinderdorf bietet ein breites Spektrum von betreutem Wohnen an, abgestimmt auf die Anforderungen der unterschiedlichen Zielgruppen. Langfristige Kinder- und Jugendwohngemeinschaften, stadtteilbezogenen Internatsgruppen mit familientherapeutischer Begleitung und sozialpädagogisch betreutes Einzelwohnen sind nur Bestandteile des Kinderdorfes Duisburg.

Das zum Verein gehörend Kinderparlament besteht seit Mitte 1997. Kinder und Jugendliche machen hier die Mitglieder aus. Ziel ist es, sie Einfluss auf die Vorgänge innerhalb des Vereines nehmen zu lassen. Unter anderem werden hier Ideen zu Projekten entwickelt, verantwortlicher Umgang mit Finanzbudgets erlernt, und es soll zudem vermittelt werden, dass Politik keine langweilige Sache sein muss. Des Weiteren sieht sich das Kinderdorf als Beratungsstelle in Betreuungsfragen. Fragen zu einzelnen Themenbereichen können auf der Website des Vereines abgefragt werden. Im Kinderforum haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, ganz aktiv ihre Meinung zu äußern. Materielle und ideelle Mittel erhält das Kinderdorf vom Förderverein und Freundeskreis des Kinderdorfes Duisburg e.V. Ziele ■ Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen erfüllen ■ Individuelle Fähigkeiten fördern ■ Verantwortliches Handeln fördern ■ Mitbestimmung von Kinder und Jugendlichen unterstützen

Kontakt Ingrid Lauterborn-Astrath, Kinderdorf Duisburg e.V.

T 0203 283-7384, i.astrath@kidodu.de, www.kinderdorf-duisburg-ev.de



Bündnis für Familie Gelsenkirchen

Seit November 2004 gibt es das Team Familienförderung bei der Stadt. Mit dem Konzept "Stärkung der Familienkompetenz und erfolgreiche Familienerziehung durch Familienbildung und Früherkennung von Problemlagen" sollen Familien frühzeitig gestärkt und Familienbildung wohnraumnah institutionalisiert werden. Um einen frühen Zugang zu Familien zu finden, werden alle Eltern mit Neugeborenem mit dem Angebot zum "Begrüßungshausbesuch" angeschrieben. Über 1000 Hausbesuche haben seitdem stattgefunden. In den Hausbesuchen geht es darum, Eltern zu informieren, sie zu motivieren, sich mit der Teilnahme an Familienbildungsangeboten für den Erziehungsalltag fit zu machen und weitere Hilfestellungen anzubieten oder zu vermitteln. Dazu wurden spezielle Angebote wie die "Gelsenkirchener Elternschule" konzipiert, dort wird Eltern in sieben Treffen Basiswissen zur Kindererziehung vermittelt. Finanzschwache Eltern erhalten einen kostenlosen Teilnahmeutschein vom Referat Kinder, Jugend und Familie der Stadt Gelsenkirchen.

Weitere Angebote richten sich speziell an Alleinerziehende, an Familien mit Migrationshintergrund oder an Eltern, die offene Angebote bevorzugen und nicht regelmäßig an Kursen teilnehmen können/wollen. Im Dezember 2005 wurde unter dem Motto "Gelsenkirchen: eine familienfreundliche Stadt" ein Bündnis für Familien gegründet. 116 Akteurinnen und Akteure haben sich dem Thema Familie verpflichtet und wollen es verstärkt in den Blickpunkt des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und familienpolitischen Interesses rücken. In Arbeitsgruppen mit Schwerpunktthemen wie "Generationen Miteinander" oder "Vereinbarkeit Familie/Beruf und Kinderbetreuung", "Wohnen und Verkehr", "Erziehung und Bildung" sowie "Familienfreundliches Stadtklima" werden familienfreundliche Projekte initiiert.

Kontakt Heike Waldau, Stadt Gelsenkirchen - Team Familienförderung

T 0209 169-9303, heike.waldau@gelsenkirchen.de, www.jugendamt-gelsenkirchen.de



Initiative für Kinder und Jugendliche in Laer und Holthausen e.V.

Der gemeinnützige und als Jugendhilfeträger tätige Verein Initiative für Kinder und Jugendliche in Laer und Holthausen befasst sich im Allgemeinen mit Familienhilfe in den Bereichen offene Kinder -und Jugendarbeit, Offene Ganztagsgrundschule und Elternfortbildungen. Im Vorstand des Vereines sind Vertreter/innen aus Kirchengemeinden, Schule, Verwaltung und Elternvertretungen zu finden. Fünf Träger sowie 20 Einzelpersonen und Institutionen sind Mitglieder des Vereins. Bei der Offenen Ganztagsgrundschule dreht es sich hauptsächlich um den Aufbau, die Organisation und Durchführung einer solchen Institution. Eine qualifizierte Betreuung während der Schulzeit, aber auch in den Ferien, sowie eine Anzahl an Förder- und Förderangeboten im Vordergrund.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Vereinsarbeit. Hier wird vor allem die Aufstockung bereits bestehender Betreuungsangebote und die Koordinierung des Sommerferienprogramms in die Hand genommen. Bei BoyzOnly können sich beispielsweise Jungs im offenen Treff alle 14 Tage die Zeit mit Kicker, Billard spielen oder der Nutzung fester Programmpunkte, wie zum Beispiel Kochen, vertreiben. Beim Mitmach-Sport werden 9 bis 13-Jährige zu mehr Bewegung motiviert. Der sogenannte Mitternachtssport ist im Anschluss für die Älteren ab 14 Jahren eingerichtet worden. Beide Sportangebote finden sechs bis sieben Mal pro Jahr statt. Für einen Offenen Treff bietet die Evangelische Kirche in Laer Räume für Jugendliche an. Auch wurde die Initiative mit der Um- und Neugestaltung des Schulhofgeländes in einem beteiligungsorientierten Verfahren beauftragt. Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen wurden Sitzstangen und Streetballkörbe gebaut und weitere Ideen in einem Hüpfkästchen- und Graffiti-Workshop ausgearbeitet.

Elternfortbildungen unterstützen durch Fortbildungsreihen wie zum Beispiel 'Jedes Kind kann Regeln lernen' Mütter und Väter bei der Erziehung ihres Nachwuchses. Die Initiative finanziert sich durch Zuschüsse vom Land und vom Kreis sowie durch Eltern- und Mitgliedsbeiträgen, aber auch durch Sponsoren- und Spendengeldern oder durch Förderung von Seiten der Gemeinde oder der Kirche. Ziele ■ Erweitertes Betreuungsangebot im Bereich Offene Ganztagsgrundschule und Offene Kinder- und Jugendarbeit ■ Gewährleistung von Qualität bei Betreuungs- und Freizeitangeboten

Kontakt Inge Behler

T 02554 902173, initiative-laer@t-online.de, www.initiative.laer.de

Familienzentrum Moers - Meerbeck

Moers sieht sich als kinder- und familienfreundliche Stadt. Für Kinder und Jugendliche gibt es eine breite Auswahl an Betreuungseinrichtungen oder Spielstuben. Eigens für die Moerser Jugend wurde ein Internetportal eingerichtet. Hier erfährt man, was wann wo abgeht. Dazu findet man unter anderem einen Kleinanzeigenmarkt oder einen Veranstaltungskalender. Im Forum chatten ist ebenfalls möglich. Ganz aktuell ist das Familienzentrum Meerbeck im gleichnamigen Stadtteil. Der Wohnbereich Meerbeck ist im wesentlichen eine ehemalige Bergarbeitersiedlung. Die Einwohnersituation des Stadtteils ist gekennzeichnet durch einen weit über dem Durchschnitt liegenden Migrantenanteil, einen hohen Anteil Alleinerziehender, einen sehr hohen Anteil von Sozialhilfeempfängern unter 14 Jahren und im Vergleich zu allen anderen Stadtteilen den höchsten Anteil an Arbeitslosen. Die städtische Kita liegt mitten im Stadtteil und betreut 95 Kinder, von denen ca 80 Prozent einen Migrationshintergrund haben.

In einer seit vielen Jahren regelmäßig tagenden Stadtteilkonferenz haben sich alle Vereine, Verbände, alle Glaubensgemeinschaften und die Mitarbeiterinnen der im Stadtteil vorhandenen Infrastruktureinrichtungen (Kitas, Schulen, etc) zu Netzwerken zusammengeschlossen- um Lösungen für die Problemlagen des Stadtteiles zu entwickeln. Das städtische Familienzentrum bietet unter anderem Kurse und Betreuung im Bereich zur Unterstützung von Familien an. Neun weitere Organisationen haben sich dem Familienzentrum Meerbeck angeschlossen. Darunter beispielsweise Institutionen der evangelischen und katholischen Kirche, Grundschule, SCi:Moers oder der internationale Kulturkreis Moers. Das Familienzentrum will bedarfsgerecht Betreuungsangebote, Bildungsangebote und Beratungsangebote konzipieren und den Familien vermitteln. Dabei sollen die tatsächlichen Bedarfe der Familien Grundlage der Planungen sein. Was benötigen unsere Kinder, was brauchen unsere Eltern? Ziele ■ Erziehungskompetenz der Eltern stärken ■ Präventive Vermeidung von Problemen ■ Kinderbetreuung (am Wochenende, im Notfall, für unter Dreijährige) ■ Networking

Kontakt Ute Meister, Stadt Moers - Sozialraumteam Ost
T 02841/201-867, ute.meister@moers.de, www.jugend-moers.de



Mülheimer Bündnis für Familie

Das Mülheimer Bündnis für Familie wurde im Dezember 2004 gegründet. Beim Amt für Kinder, Jugend und Schule war bereits eine Servicestelle eingerichtet worden, die sowohl für Eltern als auch für Unternehmen Beratung zu allen Fragen der Kinderbetreuung anbietet. Zu den Aufgaben der Servicestelle gehören neben der Koordinierung der vorhandenen Betreuungsangebote auch die Entwicklung maßgeschneiderter Leistungen. Weitere gute Beispiele auf dem Weg zur familienfreundlichen Stadt wurden bei der Gründungsveranstaltung vorgestellt. Es sind die Einrichtung eines Betriebskindergartens in ehemaligen Räumen der Verwaltungsberufsgenossenschaft und das Modell der Siemens AG, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch zusätzliche Kinderbetreuungsangebote zu entlasten. Gemeinsam mit dem Centrum für bürgerschaftliches Engagement (CBE) und der Caritas Sozialdienste e.V. hat das Bündnis für Familie das Projekt FamilienStart ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Projekts sollen junge Eltern ohne ausreichenden familiären Rückhalt für den Zeitraum von einem Jahr durch ehrenamtliche Paten in alltäglichen Angelegenheiten unterstützt und begleitet werden. Dadurch soll eine Überforderung mit der neuen Lebenssituation und eine daraus entstehende soziale Isolation vermieden werden.

Ein weiteres Projekt, das zur Zeit noch in Planung ist, ist der Familienpass. Für einen Anschaffungspreis von zehn Euro sollen Familien unterschiedlichste Freizeitangebote zu günstigen Konditionen nutzen können, aber auch die Möglichkeit zu finanziellen Einsparungen bei alltäglichen Besorgungen haben. Ziele ■ Kinderbetreuung fördern, um die Balance zwischen Familie und Beruf zu verbessern. Dabei soll der Mix aus kommunalen, kirchlichen und freien Trägern in der Kinderbetreuung erhalten bleiben ■ Die Wirtschaft für ein stärkeres Engagement für mehr Familienfreundlichkeit gewinnen ■ Bezahlbaren Wohnraum für Familien schaffen (100-Häuser-Programm) ■ Bündelung und Vernetzung der einzelnen Initiativen und Partner im Bündnis ■ Entwicklung familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle ■ Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit für Familien

Kontakt Heinz-Hermann Ernst, Mülheimer Bündnis für Familie
T 0208 455-9944, heinz-hermann.ernst@stadt-mh.de, www.muelheim-ruhr.de

Netzwerk für Familien Münster

2004 wurde Münster zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands gewählt und als weltweit lebenswerteste Stadt mit dem LivCom-Award der UNO ausgezeichnet. Im selben Jahr wurde auf Initiative der Stadt Münster und der Westfälischen Wilhelms-Universität das Netzwerk für Familien gegründet, das sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels dafür einsetzt, Familien frühzeitig zu stärken und kinderfreundliche Maßnahmen in allen Gesellschaftsbereichen dauerhaft zu verankern. Als zentrale Handlungsfelder wurden dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Prävention: Familien stärken, Wohnen und Stadtentwicklung sowie die Flexibilisierung der Kindertagesbetreuung definiert. Aufgabe des Netzwerks ist es, Ideen, Projekte und Maßnahmen dieser Handlungsfelder zu bündeln.

Ein konkretes Beispiel aus dem Handlungsfeld Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen. Bis zum Jahr 2010 schafft die Stadt durch Ausbau und Flexibilisierung 800 neue Betreuungsplätze. Ziele ■ Vermittlung von Wissen, Herstellung von Kontakten und Nutzung von Synergieeffekten ■ Ressortübergreifende und nachhaltige Verankerung des Themas Familie in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Kontakt Anna Pohl/Frau Neumair-Otto

T 0251 492-5107, pohla@stadt-muenster.de, www.muenster.de



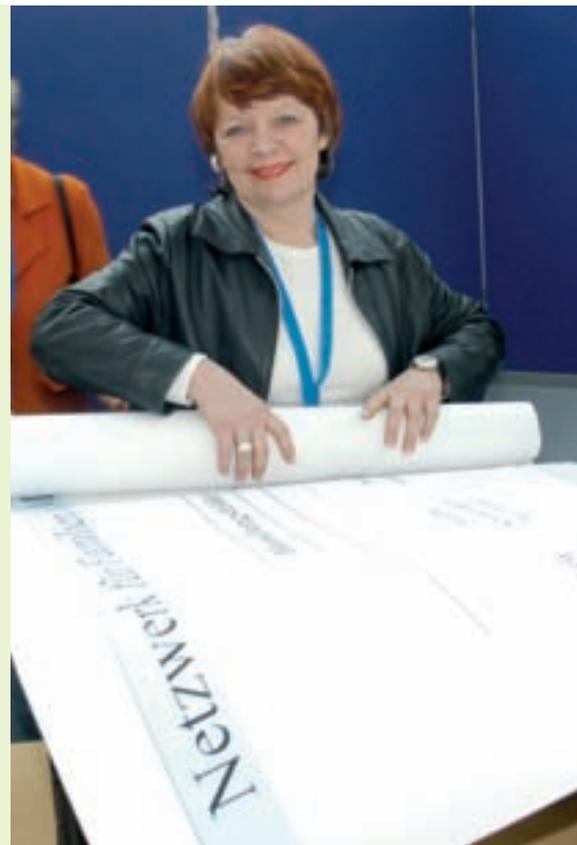
Lokales Bündnis für Familie Oberhausen

Aus dem Projekt "Kommunales Management für Familien KOMMA, FF" ist in Oberhausen das "Oberhausener Bündnis für Familie" entstanden. Alle gesellschaftlich relevanten Gruppen haben sich hier unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Klaus Wehling zusammengeschlossen, um in Oberhausen verbesserte Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen. Zur Koordination dieses Prozesses ist das Familienbüro eingerichtet worden. Das Familienbüro arbeitet eng mit dem Bündnis für Familie zusammen und hat die Aufgabe alle familienpolitischen Aktivitäten der Stadtverwaltung mit dem Ziel zu koordinieren, ein breites Netzwerk zwischen allen Initiativen, Institutionen und Akteuren zu knüpfen. Das Familienbüro initiiert Projekte zur Verbesserung der Situation von Familien in Oberhausen.

Nur eine familienorientierte Querschnittspolitik, die von allen gesellschaftlichen Kräften getragen wird, kann positive Weichen für die Zukunft von Kindern und damit die Zukunftsfähigkeit der Stadt sicherstellen. Ziele ■ Abstimmung der familienpolitischen Aktivitäten ■ Schaffung eines Netzwerkes zwischen Institutionen und Akteuren ■ Anliegen von Familien in der Öffentlichkeit kommunizieren

Kontakt Beatrix Schwarze, Familienbüro Oberhausen

T 0208 825-9376, familienbuero@oberhausen.de, www.oberhausen.de



Lokales Bündnis für Familie Straelen

Auch für die Akteure des Lokalen Bündnisses für Familie in Straelen steht Familienfreundlichkeit an erster Stelle. Die Stadt hat dieses Thema zur 'Chefsache' gemacht. Straelen bietet eine innovative Familienpolitik. Dazu zählen beispielsweise der Familienbeirat und die Offene Ganztagsgrundschule. Zur allumfassenden Maßnahme in Straelen soll sich das neue Familienzentrum entwickeln. Unter dem Dach des Zentrums befindet sich das Montessori Kinderhaus unter der Leitung der Stadtverwaltung und das so genannte Haus der Familie, geleitet vom Caritas Verband Geldern-Kevelaer e.V. Das Haus der Familie beschäftigt sich vor allem mit der Beratung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Es informiert über flexible Familiendienste, versucht Freiwillige für das Thema Familienhilfe zu gewinnen und bietet bestimmte Themenabende an. Beispiele sind intergenerative Projekte, Elternbriefe, Vater-Kind- und Mutter-Kind-Angebote.



Das Projekt Familienzentrum startete im Sommer 2006. Im Sommer 2009 soll der Projektverlauf so dokumentiert sein, dass eine adäquate Auswertung stattfinden kann. Das Familienzentrum soll dann zur festen Einrichtung werden. Ziele ■ Verbesserung der Infrastruktur für Familien ■ Vereinbarkeit von Beruf und Familie ■ Betreuung der unter Dreijährigen ■ Beratung von Familien ■ Ausbildung und Vermittlung von Tagesmüttern und -vätern ■ Aktivierung der Eltern ■ Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen

Kontakt Karl Theunissen, Stadt Straelen
T 02834 70255-411, karl_theunissen@straelen.de, www.straelen.de

Lokale Bündnisse für Familie Velbert

Das lokale Bündnis für Familie in Velbert wurde im August 2005 gegründet. Eine der ersten Maßnahmen zur Steigerung der Familienfreundlichkeit war der so genannte Familiengutschein. Unter dem Motto 'Familie lohnt sich für alle' hat man beispielsweise die Möglichkeit, diesen Gutschein für Kurse wie den Elternführerschein oder Peking-Kurse für Eltern und Säuglinge einzulösen. Diese Kurse werden vom Sozialdienst für Männer und Frauen oder der Volkshochschule angeboten. Des Weiteren wurde das allgemeine Angebot bei Erziehungsfragen für Eltern erweitert. Ebenfalls finden Informationsveranstaltungen für Unternehmer zum Thema "Vereinbarkeit" statt. Ziele ■ Schaffung von familienfreundlichen Rahmenbedingungen ■ Steigerung der Erziehungskompetenz durch Elternangebote ■ Gewinnung von Fachpersonal aus dem Bereich Familienhilfe ■ Ausbau der Betreuungsformen für unter Dreijährige ■ Weiterentwicklung und Qualitätsverbesserung der familienfreundlichen Stadt Velbert ■ Schaffung von Akzeptanz und Bindung an die Stadt durch die Beteiligungen der Kinder und Jugendlichen ■ Schaffung von Netzwerken ■ Zielgerichteter Einsatz von Ressourcen

Besonders im Vordergrund steht jedoch die kinderfreundliche Stadtplanung. Im Nov. 2006 wurde die Stadt dafür mit dem 1.Preis vom Ministerium für Bauen und Verkehr ausgezeichnet. Das Gesamtkonzept umfasst eine hohe Bandbreite an Planungen von der Qualifizierung ortsbezogener Planungen wie der Fußgängerzone bis hin zur Flächennutzungsplanung. Durch die ressortübergreifende AG Spielraum ist eine Vernetzung der Bereiche Jugend, Soziales und Familie mit Vermessung, Stadtplanung und Grünflächen gegeben. Die direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist dabei besonders wichtig. Interessant ist die Schwerpunktsetzung auf bestimmte Zielgruppen, wie zum Beispiel auf die Bedürfnisse von Mädchen. Im Stadtteil Neviges wurde zudem dauerhaft ein mit Kindern und Jugendlichen besetztes Planungsbüro, NEVI-Plan, eingerichtet. Dieses Projekt ist eines von sechs Modellvorhaben im Netzwerk Frühe Förderung (NeFF).

Kontakt Klaus-Dieter Thiel, Stadt Velbert
T 02051 26-2419, klaus-dieter.thiel@velbert.de, www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

Lokales Bündnis für Familie im Kreis Unna

Das Bündnis hat sich nach drei Jahren als Forum für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kreisweit und bundesweit etabliert. Partner und Akteure sind durch die konkrete Arbeit der Familienkonferenzen und Handlungsfelder auf gutem Wege, innovative und familienfreundliche Lösungen für den Kreis Unna als familienfreundlichen Standort zu finden. Die Lenkungsgruppe als Steuerungsinstrument und drei Handlungsfelder arbeiten im Dialog von Fachleuten und Bürgern selbständig seit der ersten Familienkonferenz im April 2005 an konkreten Projekten zur Förderung von Familie und Beruf. Die dritte Familienkonferenz zum aktuellen Thema "Kinderbetreuung – zwischen Qual und Qualität" stieß regional auf große Resonanz und präsentierte mit einem Familienmarkt mit 30 Ständen die Vielfalt der fachlichen Arbeits- und Gestaltungsfelder im Kreis Unna. Ergebnis dieser Familienkonferenz war eine Resolution zur Betreuung von Unter-Sechsjährigen im Kreis Unna. Die Resolution wurde zur Grundlage eines kontinuierlichen Dialoges mit der Bürgermeisterkonferenz und Fachleuten aus Verwaltung und Verbänden.

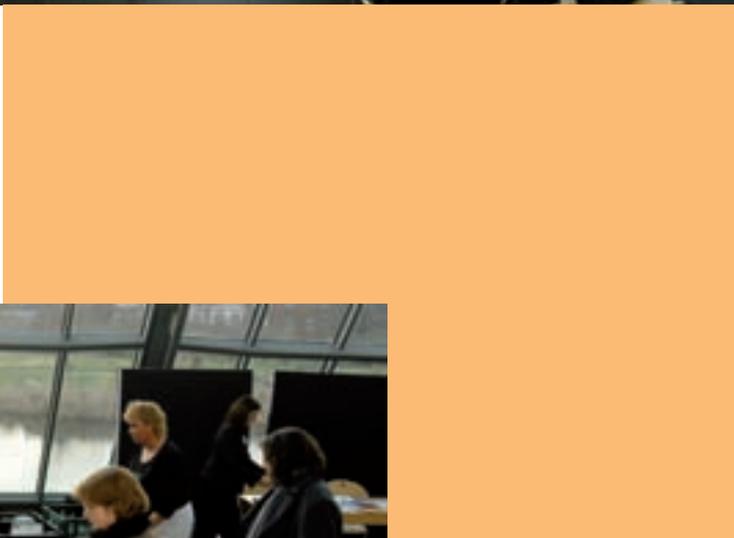
Zum großen Hit wurde die Einrichtung des kreisweiten Notinselprojektes für Kinder. Die Kooperationspartner Kreis Unna, Antenne Unna, die Kreispolizei und das für Organisation und Service zuständige Bündnis für Familie haben 500 Unternehmen und Geschäfte im gesamten Kreis Unna als Notinseln gewinnen können. 60 Grundschulen werden mit Informationen ebenfalls eingebunden. "Wir haben es geschafft, das Motto "Wo wir sind, bist Du sicher im Kreis Unna zu etablieren", so Frau Dr. Kienitz, die Patin des Bündnisses.

Das Bündnis für Familie hat dazu beigetragen, dass der Kreis Unna als erster Kreis in Nordrhein-Westfalen mit diesem flächendeckenden Angebot für Kinder und Familien ein praktisches Netzwerk zum besonderen Schutz der Kinder einrichten konnte. Das Bündnis war bundesweit im Mai beim ersten deutschen Familientag mit einem viel beachteten und stark nachgefragten Informationsstand vertreten. Die überörtliche Präsenz wird mit Referaten, Podien bei Fachveranstaltungen und Gremienarbeit abgerundet. Das Bündnis für Familie als Motor und Markenzeichen für einen familienfreundlichen Kreis Unna wird mit Steuerungsinstrumenten wie der Familienkonferenz und Integrationskonferenz durch ein abgestimmtes Partizipationskonzept Zukunft gestaltet. Das Bündnis ist für 2007 thematisch und personell gut und richtig aufgestellt.

Kontakt Jochen Preisling, Kreis Unna

T 02303 27-158, jochen.preisling@kreis-unna.de, www.kreis-unna.de





Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.



**Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Tel. 0211 8618-3518
info@mgffi.nrw.de

